

**Marcus Bensmann /
CORRECTIV**

**Niemand
kann sagen,
er hätte es nicht
gewusst**

**Die ungeheuerlichen
Pläne der AfD**

Galiani
Berlin

Marcus Bensmann / CORRECTIV

Niemand kann sagen, er hätte es nicht gewusst

Die ungeheuerlichen Pläne der AfD



Kurzübersicht

[Buch lesen](#)

[Titelseite](#)

[Über Marcus Bensmann / CORRECTIV](#)

[Über dieses Buch](#)

[Inhaltsverzeichnis](#)

[Impressum](#)

[Hinweise zur Darstellung dieses E-Books](#)

[zur Kurzübersicht](#)

Über Marcus Bensmann / CORRECTIV

CORRECTIV ist ein 2013 gegründetes, gemeinwohlorientiertes, unabhängiges, spendenfinanzierter Recherchenetzwerk zur Stärkung der Demokratie.

Marcus Bensmann (»ein brillanter Investigativreporter«, Markus Lanz) berichtete 20 Jahre lang für deutsche Medien in Zentralasien, dem Kaukasus, Afghanistan, Iran und dem Irak. Er recherchiert seit 2014 für CORRECTIV, u.a. als Experte für Rechtsextreme, Reichsbürger und die AfD.

Über dieses Buch

In diesem Buch vereint Marcus Bensmann die Erkenntnisse vieljähriger Recherchen des CORRECTIV-Netzwerks über die AfD. Anhand ihrer eigenen Aussagen rekonstruiert er die Pläne der Partei: vom Potsdamer Geheimtreffen bis zur geplanten Abschaffung von Grundwerten.

Als Rechtsextremismus-Experte des Recherchenetzwerks CORRECTIV war Marcus Bensmann über Jahre hinweg auf Parteitagen, Kreisversammlungen und anderen Treffen der rechten Szene dabei, analysierte die Verlautbarungen und Programme rechter Netzwerke und die Bücher ihrer Protagonisten, verfolgte die Entwicklung der AfD von der professoralen Anti-Euro-Partei bis zur rechtsradikalen Übernahme durch den völkischen Flügel und die immense Radikalisierung an der Parteispitze.

Aus den Ergebnissen vieljähriger CORRECTIV-Recherchen setzt Bensmann in diesem Buch zusammen, welche Pläne die Radikalen an der Parteispitze und ihre Einflüsterer verfolgen und was Deutschland blühen wird, sollten sie einst tatsächlich tun können, was sie wirklich wollen: Es geht um die Deportation von Millionen von Menschen, die Hinwendung zu Russland und China und die Abschaffung der universellen Menschenrechte.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Kapitel 1 Die Vertreibungsfantasie

Beschreibung des Treffens

Die AfD-Akteure

Der Ideologe Martin Sellner und die Identitäre Bewegung

Rassismus des monoethnischen Staates

Der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, Maximilian Krah, und sein Manifest über die Vertreibung von 25 Millionen Menschen

Beschneidungs- und Schächtungsverbot: Wie die Idee der Vertreibung sich schon im Programmentwurf der AfD 2016 fand

Kapitel 2 Der Weg nach Russland und die Relativierung der Menschenrechte

Der Parteitag in Magdeburg und wie sich der prorussische Kurs durchsetzte

Mit »multipolarer Weltordnung« und »Eurasien« aus der Westbindung

Wie Anhänger des russischen Ideologen Alexander Dugin in der AfD Fuß fassten

Ziel: Untergang der westlichen Welt und die Abschaffung der Menschenrechte

Europäische Premierminister schlagen Alarm

Kapitel 3 Die radikalierte AfD und ihre Beziehungen zu China, Syrien und dem Iran

Maximilian Krah: Ein China-Lobbyist und ein Spion in dessen Vorzimmer

Der chinesische Spion und die europäische Rechte

Die AfD und das »Mullah-Regime« in Teheran

Syrien: Die Pilgerreisen der AfD ins Assad-Regime

Kapitel 4 Der Weg in die Entgrenzung Die Gründung einer angeblich harmlosen Partei und die Kaperfahrt der rechtsradikalen und rechtsextremen Netzwerke

Euroskeptiker und Wirtschaftsprofessoren gründen 2013 eine Partei

Alte rechtsextreme Netzwerke wittern ihre Chance

Eine völkische Partei etabliert sich in den Parlamenten

Die Junge Freiheit

Das Compact-Magazin

Der Ideologe der Kaperfahrt: Götz Kubitschek

Björn Höcke, der völkische Geschichtslehrer

Die Junge Alternative und die Burschenschaften

Kapitel 5 Die Identitäre Bewegung, Martin Sellner und Maximilian Krah

Der Einflüsterer aus Österreich

Rassismus reloaded, die Idee eines monoethnischen Staates

Die »ethnische Wahl«, der Kampfbegriff gegen die Demokratie

Die TikTok-Strategie der AfD und der Identitären – ein Algorithmus ins Gehirn
der Jugend

Kapitel 6 Die gescheiterte Abwehr der Radikalen und die Legende von einer gemäßigen Partei

Die erfolglose Abgrenzung

Die Unvereinbarkeitsliste und ein antisemitischer Abgeordneter aus Stuttgart

Höckes erster Streich: Die Verdrängung von Bernd Lucke

Höckes zweiter Streich: Das gescheiterte Parteiausschlussverfahren und der Austritt Frauke Petrys

Höckes dritter Streich: Meuthen erringt einen Pyrrhussieg gegen die Rechten und gibt auf

Markus Scheer, der Strategie gegen Höcke, verlässt die Partei

Kapitel 7 Der Weg in die Entgrenzung und die Spendenaffäre aus dem Ausland

Am 29. Oktober 2015 ...

Die Flüchtlingskrise rettet die AfD und danach braucht sie Geld

»Was ist die stärkste Triebkraft des Menschen? Angst!«

Ein ominöser Verein spendet Plakate

»Direktkunde: AfD«

Die Goal AG, eine Werbeagentur aus der Schweiz, organisiert die Kampagne der Angst

Die illegalen Spenden für Meuthen, Reil und Weidel

Kapitel 8 Der Siegeszug der Radikalen

»Das freundliche Gesicht des NS« im AfD-Landesvorstand von NRW

Ein Chat, der in der AfD für Unruhe sorgt

Nach Meuthen: Die Entgrenzung der Partei

Sellners Sieg: Die AfD übernimmt den Begriff »Remigration«

Nawalny und Taurus: Die AfD und die russische Propagandamaschine

Kapitel 9 Die überdrehte Republik Dünger für die Rechten

Der Energieselbstmord der Grünen

Die Letzte Generation überspannt den Bogen

Die woke Überdrehtheit

Kapitel 10 Die Chance der Union und die Möglichkeiten der anderen Parteien

Westbindung gegen Russland

Geregelte Einwanderung versus Vertreibung

Die SPD muss zurück zur Kernwählerschaft

Die Grünen

Die FDP, die Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheit

Kapitel 11 Gebt Aussteigern aus der AfD eine Chance

Die Radikalisierung der AfD ...

Kapitel 12 Die Bewährungsprobe – Was tun angesichts eines möglichen

Siegeszugs der AfD

Versuchen wir es mal mit guter Politik: Ein Appell

Bildung

Geringverdiener

Sicherheit und Sauberkeit

Verbotsverfahren

Der politische Diskurs

Ein Ticket nach Panama

Quellen

Dank

Einleitung

Seit der Gründung der AfD im Jahr 2013, einer neuen Partei am rechten Rand, gibt es die Frage nach ihrer politischen Einordnung und wie andere Parteien und die Medien mit ihr umgehen sollen: Ausgrenzung oder Einhegung.

Die Hoffnung oder Erwartung, die Partei würde sich über die parlamentarische Arbeit von ihren radikalen Rändern befreien können, hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Elf Jahre nach der Gründung sind die radikalen Ränder in den Kern vorgedrungen. Wie dieser Prozess sich in den letzten Jahren rasant beschleunigt hat und wie seit den Parteitagen von Riesa (2022) und von Magdeburg (2023) die Fraktion der Radikalen und offen Rechtsextremen die Partei übernimmt, wird in diesem Buch nachvollzogen.

Heutzutage sieht das Bundesamt für Verfassungsschutz die Bundespartei »als rechtsextremistischen Verdachtsfall«, als »Verdachtsfall« gelten auch die Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Bremen, Hessen und Niedersachsen. Der Jugendverband (Junge Alternative) gilt für den Verfassungsschutz inzwischen als »gesichert rechtsextrem«. Der Landesverfassungsschutz in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stufte die dortigen AfD-Landesverbände ebenfalls als »gesichert rechtsextreme Bestrebung« ein. Die AfD-Bundespartei scheiterte mit einer Klage gegen die Einschätzung als »Verdachtsfall« am 13. Mai 2024 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Für die Richter verstößt die beschreibende Verwendung des Begriffes des »ethnisch-kulturellen Volksbegriffs« allein nicht gegen die Verfassung, »aber dessen Verknüpfung mit einer politischen Zielsetzung, mit der die rechtliche Gleichheit aller

Staatsangehörigen in Frage gestellt wird.« Das Buch zeigt auf, wie Pläne zur »Remigration«, also Vertreibung, als diese »politische Zielsetzung« angesehen werden können.

Eine »Revision« haben die Richter nicht zugelassen, aber die AfD kann Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einlegen. Über die Beschwerde der JA gegen die Hochstufung zur »erwiesen extremistischen Bestrebung« haben die Richter in Münster bis zur Drucklegung noch nicht entschieden. Die Einschätzung der Verfassungsschützämter erfolgte, wie auch die Zitate in diesem Buch zeigen, mit gutem Grund: Immer offener wird rassistisch argumentiert, immer radikaler werden Ideen, Vorschläge und Denkmodelle, immer häufiger geraten Parteimitglieder oder deren Mitarbeiter in den Verdacht der Bestechlichkeit oder der Spionage für Russland oder China (wie kurz vor Drucklegung dieses Buches die zwei EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron und Krahs Mitarbeiter). Eine Demokratie muss zwar auch radikale Positionen auf beiden Seiten des politischen Spektrums aushalten. Parteien oder Bewegungen rutschen dann aber in das Extreme ab, wenn deren Ideen die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« ablehnen oder nach »autoritärem und totalitärem System« streben. Viele Aussagen von führenden Köpfen der AfD zeigen solche Grenzüberschreitungen.

Erschwerend kommt hinzu, dass seit einiger Zeit offen kremlnahe und völkische Ideologen den Kurs der Partei bestimmen, die den liberalen Westen unverhohlen als Feind betrachten. Trotz eines bis heute gültigen Unvereinbarkeitsbeschlusses der Partei sind gerade die führenden Kräfte von den Ideen der Identitären Bewegung und ihres österreichischen Vordenkers Martin Sellner sowie denen des russischen Nationalisten Alexander Dugin durchdrungen.

Zentrale Parteifunktionäre wünschen sich den Sieg Russlands in der Ukraine, hoffen auf den Zerfall des ihrer Meinung nach dekadenten Westens. Sie wollen aus der NATO austreten und denken – mal mehr, mal weniger offen – über die Vertreibung von Millionen von Menschen nach, darunter auch von Staatsbürgern mit migrantischem Hintergrund.

Vieles davon ist innerhalb der Partei nicht ganz neu, vieles wurde an mehr oder weniger verdeckter Stelle schon einmal geäußert. Man muss nur genau hinsehen. Über viele Jahre hinweg hat das gemeinwohlorientierte Medienhaus CORRECTIV zu dieser Partei recherchiert, hat führende Politiker, im Hintergrund agierende Einflüsterer, Ideologen vom Rand und Mehrheitsbeschaffer auf Parteitagen beobachtet. Viele, die irgendwann aus der Partei austraten, kamen danach auf CORRECTIV zu und plauderten aus dem Nähkästchen. Die Berichterstattung über das Potsdamer Geheimtreffen sorgte für große Aufmerksamkeit.

Das hier dargebotene Gesamtbild geht weit darüber hinaus. Dieses Buch stützt sich auf die vieljährigen Recherchen von CORRECTIV, aber auch auf die wertvollen Recherchen anderer Medien zu dieser Partei und ihren radikalen Inhalten.

Die AfD ist die Partei der Entgrenzung geworden, eine Partei Russlands und der Vertreibung, und sie hat die liberale Welt, in der wir leben, zum Feind erklärt, zudem sinniert das Mitglied des AfD-Bundesvorstandes Maximilian Krah offen über die Abschaffung universeller Menschenrechte. Die AfD hatte Krah für die Europawahl am 9. Juni 2024 nominiert.

Dieser Weg der Radikalisierung der Partei zeigt sich in Programmen, Reden, Aussagen einzelner Politiker sowie deren Büchern, sie ähneln z.T. frappierend Aussagen rechtsradikaler und völkischer Ideengeber. Wie ein Puzzle setzt sich aus diesen Aussagen ein Gesamtbild zusammen – das Bild einer Partei, die den Weg in die Entgrenzung nicht nur eingeschlagen hat, sondern schon weit auf ihm gegangen ist.

Schaut man auf dieses Gesamtbild, dann wird deutlich: Die Masken sind gefallen. Niemand kann mehr sagen, er hätte es nicht gewusst. Es ist jetzt klar, was die AfD mit Deutschland und Europa vorhat, wenn sie jemals an die Macht gelangen sollte. Das geht selbst vielen alten Parteimitgliedern zu weit – ihnen sollte der Weg zurück aus der radikalisierter AfD, ins demokratische Lager, geebnet werden.

Kapitel 1

Die Vertreibungsfantasie

Beschreibung des Treffens

Das Landhaus Adlon am Lehnitzsee war im November 2023 Ort eines außergewöhnlichen Treffens. Bei nasskaltem Winterwetter trafen sich in der Jugendstilvilla AfD-Funktionäre, rechtsextreme Ideologen, Politiker, Finanziers und Handlanger, abgedriftete Konservative aus der CDU und der Werteunion, darunter auch der Staatsrechtler und CDU-Mitglied Ulrich Vosgerau sowie der rechte Aktivist Erik Ahrens. Der Social-Media-Experte wird noch eine Rolle spielen. Sie trafen sich zur Vorstellung eines »Masterplans« des Ideologen der Identitären Bewegung Martin Sellner, so stand es in dem Einladungsschreiben. Sellner, bei der Veranstaltung 34 Jahre, kommt aus Österreich und gilt auch in Deutschland und der Schweiz als einer der führenden rechtsextremen Ideologen und ist ein Kommunikationsprofi in den Sozialen Netzwerken: Sein Ziel, die Bewahrung der »ethnokulturellen Identität«, die er durch einen »Regime Change von rechts« durchsetzen will.

Das Landhaus mit der offenen Front zum Wasser ist dem deutschen Fernsehpublikum nicht unbekannt. Der Serie *Babylon Berlin*, die auch den verzweifelten Abwehrkampf der Weimarer Republik gegen die Machtübernahme der Nazis zeigt, diente die Villa als Kulisse.

Das gemeinwohlorientierte Medienhaus CORRECTIV veröffentlichte zu dieser Veranstaltung am 10. Januar 2024 die Recherche mit dem Titel »Geheimplan gegen Deutschland«, die das Land in Aufruhr versetzte.

Seither demonstrierten über eine Million Menschen in Städten und Dörfern Deutschlands, selbst in den neuen Bundesländern kam es zu den bisher größten Demonstrationen gegen die rechtsextremen und völkischen Ideen der AfD.

In der Villa unweit des Wannsees besprachen die Teilnehmer die »ethischen«, »rechtlichen« und »logistischen« Möglichkeiten der »Remigration«, also Vertreibung, von Millionen von Menschen mit Migrationshintergrund, darunter auch »nicht assimilierte Staatsbürger«, die in einem »Jahrzehntprojekt« mit »maßgeschneiderten Gesetzen« und »Anpassungsdruck« dazu gebracht werden sollten, das Land zu verlassen. Da sich die Beteiligten klar waren, dass die Vertreibung von Staatsbürgern mit migrantischem Hintergrund ein Problem sei, schlug der Vortragende Sellner in der Diskussion um den »Masterplan« vor, legale Lösungen zu suchen, »nicht assimilierte« Staatsbürger dazu zu bringen, das Land zu verlassen. Der Österreicher mit den dunkelbraunen Haaren brachte sogar auch eine Musterstadt in Nordafrika ins Spiel, die die Vertriebenen aufnehmen sollte, darunter auch Menschen, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Sellner bestätigte das am 10. Januar 2024 gegenüber dem *Stern*. Das Hamburger Nachrichtenmagazin kommentierte Sellners Idee mit »ein Internierungslager für alle, die ihm nicht ins Weltbild passen«.

Es folgten weitere Vorträge und ein Abendessen. Von einem Saunaboot auf dem See wurden die Teilnehmer hinter den erleuchteten Fenstern fotografiert, ihre Anwesenheit war damit dokumentiert.

Eingeladen hatte ein rechtsextremer Zahnarzt aus Düsseldorf, Gernot Mörig, der seit den 1970ern rechtsextreme Netzwerke organisiert. Er hatte eingeladen als Düsseldorfer Forum, ein ominöser Verein, der rechtsextreme Aktivitäten, Seminare und Schulungen bundesweit abhält und unterstützt.

Auf dem Einladungsbrief fand sich auch die Unterschrift von Hans-Christian Limmer, einem Unternehmer und Investor. Er hatte die bundesweit bekannte Kette *Backwerk* gegründet und gehörte bis zur Veröffentlichung der CORRECTIV-Recherche zu den Anteilseignern von *Hans im Glück* und *Pottsalat*. Beide trennten sich mittlerweile von dem Unternehmer. Im Landhaus Adlon selbst war Limmer nicht dabei. Dem Zahnarzt Mörig ging es nicht nur um die Vorstellung des Masterplans, sondern auch um Geld. Jeder Teilnehmer sollte 5.000 Euro entweder auf ein neutrales Konto spenden (das, wie Mörig auf der Veranstaltung später sagte, seinem Schwager gehöre) oder aber das Geld Mörigs Frau privat geben, was aber wohl nicht jeder tat.

Mörig setzte sofort zu Beginn der Veranstaltung das Leitmotiv des Abends. Zu den Themen »Corona«, »Russland«, »Ukraine«, »Israel« hätten die Rechten verschiedene Meinungen, aber all das sei nicht wichtig, die einzige Frage, die sie zusammenführe, sei die Frage nach der »Remigration«, »ob wir als Volk im Abendland noch überleben oder nicht«.

Die AfD-Akteure

In dem Hotel in der Nähe von Potsdam trafen sich nicht nur ein paar verirrte Rechtsextreme, die bizarre Thesen diskutierten – es waren dort auch hochrangige AfDler zugegen. Es kam die AfD-Bundestagsabgeordnete Gerrit Huy, es kam der Fraktionsvorsitzende von Sachsen-Anhalt Ulrich Siegmund, und es kam auch Roland Hartwig, die damalige rechte Hand der Parteivorsitzenden Alice Weidel.

Hartwig ist kein Politiker aus der ersten Reihe. Aber der groß gewachsene Mann hat das, was viele AfDler vermissen lassen: weltmännisches Auftreten und Erfahrungen in einem milliardenschweren Industriekonzern. Als Chefsyndikus war er bei der Bayer AG für Patente zuständig. Hartwig kommt aus dem mitgliederstärksten Landesverband der AfD, dem von NRW. 2017 schaffte es Hartwig, den man lange für einen moderaten Bürgerlichen hielt, in NRW für die AfD in den Bundestag. Er galt als Unterstützer des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen, der sich nach dem Weggang von Frauke Petry immer mehr der rechtsextremen Übernahmevereuche erwehren musste. Es drohte die Überwachung durch den Verfassungsschutz. Das wollte Meuthen verhindern und Hartwig sollte ihm dabei helfen. Er leitete die »Arbeitsgruppe Verfassungsschutz«. Vor allem hatte Meuthen Andreas Kalbitz aus Brandenburg im Auge.

Kalbitz stand der AfD Brandenburg vor und war ein treuer Parteidünger des völkischen Ideologen in der AfD, Björn Höcke. Als bekannt wurde, dass Kalbitz 2007 an einem Pfingstlager der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) teilgenommen hatte, war für Meuthen das Maß voll. Der Verein organisierte Zeltlager für Jugendliche, die dort an

militärähnlichen Geländespielen teilnahmen und mit rassistischen Ideen infiltriert wurden. Es gab bei der Gründung personelle Überschneidung zur verbotenen Wiking-Jugend. Wolfgang Schäuble, damals Innenminister, hat auch die völkische Heimattreue Deutsche Jugend 2009 verboten. Die Heimattreue Deutsche Jugend steht auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD.

Meuthen leitete ein Parteiausschlussverfahren gegen Kalbitz ein. Das war der Moment, in dem Hartwig Meuthen verließ und sich auf die Seite von Kalbitz stellte, wie die FAZ am 21. Dezember 2020 schrieb. Meuthen konnte sich zwar durchsetzen, Kalbitz wurde aus der Partei ausgeschlossen, und Hartwig wurde als Leiter der Arbeitsgruppe abgesetzt. Und er konnte auch keinen aussichtsreichen Platz für die Bundestagswahl 2021 mehr ergattern. Aber Meuthens Sieg über Kalbitz hielt nicht lange, wenige Monate nach der Bundestagswahl gab er entnervt auf und verließ als dritter Parteivorsitzender nach Bernd Lucke und Frauke Petry die Partei.

Hartwig hatte seinen Einsatz für Kalbitz mit dem Bundestagsmandat bezahlt, doch nach Meuthens Weggang holte Alice Weidel, neben Tino Chrupalla Vorsitzende der Partei und Fraktion, Hartwig an ihre Seite, er wurde ihr persönlicher Referent.

Weidel gilt innerhalb der AfD-Bundestagsfraktion nicht eben als Arbeitsbiene, und als persönlicher Referent konnte Hartwig das machen, was er am liebsten macht: Strippen ziehen, die Partei organisieren und politische Linien und Strategien vorbereiten. Und ausgerechnet Hartwig folgte der Einladung des Zahnarztes aus Düsseldorf, der in den 1970er-Jahren zu den führenden Funktionären des Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) gehörte, den Vorläufern der Truppe, deretwegen Kalbitz aus der Partei geflogen war, und Hartwig seinen Platz im Bundestag verloren hatte. BHJ oder HDJ – die Nähe zur Abkürzung von Hitlers Jugendbewegung HJ

ist sicher nicht zufällig gewählt. Kreise schließen sich also. Und Mörigs Gedanken bewegten sich schon seit seiner Kindheit, wie er in dem Landhaus Adlon stolz erzählte, in rechten Welten. Sein Vater, Wilhelm Mörig, war ab 1932 Mitglied der SA, und sein Entnazifizierung vermerk erhielt die Einstufung »ist für den Öffentlichen und Halböffentlichen nicht tragbar«. Mörig, geboren 1954 in Braunschweig, setzte die politischen Ideen des Vaters offenbar fort und engagierte sich seit seiner Jugendzeit innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

»Jedes Lebewesen auf dieser Welt führt von Geburt an in mehr oder weniger harter Form einen Kampf ums Dasein [...] Mit meiner Familie gehöre ich der nächst größeren biokulturellen Einheit an; dem Volk, in meinem Falle dem deutschen Volk. Das Volk muss eine Willenskraft entwickeln, um die Erhaltung seiner Mitglieder zu gewährleisten. Denn keinem Volk ist von vornherein ein bestimmtes Recht gegeben; so braucht z.B. jedes Volk Raum zum Leben, dieser Raum muss jedoch erkämpft werden.«

Diese Zeilen, die wie aus Hitlers *Mein Kampf* klingen, schrieb Mörig 1977 in der Septemberausgabe der rechtsextremen Zeitschrift *Nation Europa*. In dem Artikel »Jugend im Volk, Heimattreue Jugendarbeit« definierte er die Ziele dieser Jugendgruppe: »so haben wir uns für zwei Grundbegriffe entschieden, die uns und unsere Arbeit prägen: Die bündische und die weltanschauliche Tätigkeit. Beides zusammen erst ist uns ein Garant dafür, dass wahre Persönlichkeiten in unseren Reihen heranwachsen.« Mörig gelang es offenbar auch, seine politischen Ideen seinen Kindern und deren Ehepartnern weiterzugeben, wie er stolz im Landhaus Adlon verkündete, zu dem eben auch Roland Hartwig geladen war. Offenbar schlägt hinter dem weißen Hemd des sich moderat gebenden ehemaligen Syndikus schon länger ein braunes Herz.

Mit der Teilnahme von Hartwig gab es auf der Veranstaltung also eine direkte Verbindung in den AfD-Vorstand. Hartwig übernahm nicht nur zwischenzeitlich die Moderation und stellte ein rechtsextremes Influencer-Projekt des Sohnes von Mörig vor, sondern er versprach auch, dass der AfD-Vorstand dessen Projekt unterstützen werde. Zudem lobte er das Buch von Martin Sellner *Regime Change von rechts*, das die Grundlage für den Masterplan bildete. Und auch das Influencer-Projekt fügt sich in diesen Plan. Über die sozialen Medien will der völkische Ideologe Sellner die Menschen beeinflussen. Auf Plattformen wie Instagram, YouTube oder TikTok sind Influencer mit einer teilweise millionenstarken Anhängerschaft wichtige Multiplikatoren, wie wir im Laufe des Buches noch zeigen werden.

Die erkennbare Nähe der Rechtsextremen zur AfD ist für die Partei gefährlich. Drei ostdeutsche Landesverbände, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sowie die Jugendorganisation Junge Alternative (JA) bewerten die Verfassungssämter schon als »gesichert rechtsextrem« und sie stehen damit unter Beobachtung. Das will die Bundespartei verhindern, deshalb will sie nicht mit dem immer stärker werdenden rechtsextremen Lager in Verbindung gebracht werden.

Die Aussagen auf der Veranstaltung im Landhaus in der Nähe von Potsdam zur »Remigration« von »nicht assimilierten Staatsbürgern« über »maßgeschneiderte Gesetze« und »Anpassungsdruck« als »Jahrzehntprojekt« sind daher heikel: sie widersprechen den offiziellen Verlautbarungen der AfD.

Die Bundespartei sagt, sie mache keinen Unterschied zwischen Staatsbürgern mit oder ohne migrantischen Hintergrund, für sie gebe es

keine Staatsbürger erster, zweiter oder dritter Klasse. Auf der Webseite der AfD findet sich dieser Passus:

»Als Rechtsstaatspartei bekennt sich die AfD vorbehalslos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unabhängig davon, welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat, wie kurz oder lange seine Einbürgerung oder die seiner Vorfahren zurückliegt, er ist vor dem Gesetz genauso deutsch wie der Abkömmling einer seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Familie, genießt dieselben Rechte und hat dieselben Pflichten. Staatsbürger erster und zweiter Klasse gibt es für uns nicht.«

Doch genau diese Versicherung wurde in Potsdam von dem Hauptredner Sellner, dem Chefideologen der Identitären Bewegung, infrage gestellt. Die Recherche zeigte: In der AfD wird offenbar sehr wohl über die Vertreibung von Millionen nachgedacht.

Die Veröffentlichung des Treffens durch CORRECTIV traf einen Nerv. Auf einmal wurde vielen Menschen klar, dass die AfD keine Protestpartei ist, die man wählen kann, wenn man den etablierten Parteien einen Denkzettel verpassen will, etwa wenn man mit dem früheren Entwurf des Heizungsgesetzes, dem Atomausstieg, einem Gesetz zur Selbstbestimmung oder sonst etwas anderem unzufrieden war und ist. Die Ergebnisse der Recherche stellen klar: Eine Stimmabgabe für die AfD kann massive Konsequenzen für einen selbst oder den direkten Nachbarn haben.

Vielleicht war das auch der Grund, warum Millionen von Menschen in deutschen Städten und Gemeinden auf die Straße gingen und gegen die AfD und ihre Einflüsterer demonstrierten. Es gibt in der Geschichte der Bundesrepublik kaum eine Recherche, die so viele Menschen bewegt hat.

Die Teilnehmer der Potsdamer Veranstaltung und der AfD rangen lange mit einer Reaktion. Erst nach Wochen beantragte der Privatdozent Dr. habil. Vosgerau, ein Mitglied der CDU, gegen drei Passagen der Recherche den Erlass einstweiliger Verfügungen. Auch er hatte an dem Potsdamer Treffen teilgenommen und auf der Veranstaltung einen Vortrag gehalten. Seinem Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz fügte er sieben eidestattliche Versicherungen bei, die mit den angefochtenen Passagen in keinem Zusammenhang stehen. Medial sollte der Eindruck erweckt werden, dass die gesamte Recherche »erstunken und erlogen« sei, wie der Hauptredner der Veranstaltung, Martin Sellner, in einem Video witterte. Aber das war eher ein PR-Trick. So etwas wird unter Juristen auch »Litigation-PR« genannt, um einen bestimmten öffentlichen Eindruck rund um das Verfahren zu erzeugen. Die Pressekammer des Landgerichts Hamburg entschied in weiten Teilen zu ungünstigen Vosgeraus, CORRECTIV musste lediglich einen unbedeutenden Satz ändern, der die zentralen Aussagen der Recherche nicht infrage stellt. Die darauffolgende Beschwerde von Vosgeraus Anwalt wies das Oberlandesgericht am 27. März 2024 zurück. Damit hat die Recherche die erste juristische Angriffswelle überstanden, die zentralen Aussagen stehen. Die Kernaussage, dass in Potsdam über die Vertreibung von Millionen Menschen, darunter »nicht assimilierten« Staatsbürger gesprochen wurde, ist nicht angegriffen. Bis zum Redaktionsschluss ist nicht klar, ob die Gäste und Organisatoren aus dem Landhaus Adlon noch weitere Schritte planen, aber CORRECTIV ist entschlossen, die Recherche auch weiterhin und wenn nötig bis zur letzten Instanz zu verteidigen.

Der juristische Blog *Internet-Law* schrieb dazu am 1. März 2024: »Die Berichterstattung von Correctiv ›Geheimplan gegen Deutschland‹ zu einem Treffen von Rechtsextremen, AfD-Politikern und Unternehmern in Potsdam hat hohe Wellen geschlagen und nunmehr auch zu einem

juristischen Nachspiel, in allerdings sehr bescheidenem Umfang geführt. Von zwei Anträgen auf Erlass einer einstweiligen Verfügung wurde einer vollständig und ein zweiter zu 2/3 vom Landgericht Hamburg zurückgewiesen. Die Kernaussagen des Correctiv-Artikels wurden in beiden Verfahren aber erst gar nicht beanstandet.«

Es gibt eine einfache Erklärung dafür: Martin Sellner trägt die »Kernaussagen« auch in seinen Videos im rechtsextremen Magazin *Compact* vor (auf *Compact* geht das Buch später ein).

Zwei Tage vor dem Treffen am Lehnitzsee, am 23. November 2023, geht das Video *Remigration: Wann sagen es Reichelt und Maaßen* online. Sellner sagt darin, Deutschland sei bereit für die »Remigration«, denn »die Debatte in Deutschland hat sich verändert. [...] Der Rahmen des Sagbaren, ist klar und deutlich nach rechts gerückt«. Dann folgen die Kernaussagen:

»Remigration ist nicht nur Abschiebung von Illegalen, sondern ein großes, umfassendes Konzept, das sowohl Asylanten, also Asylbetrüger, Ausländer als auch nicht-assimilierte Staatsbürger im Fokus hat, die in unserem Land ein großes Problem darstellen. Diese Bevölkerungsgruppen, vor allem afro-arabische, oft islamisch, aber nicht immer islamische Einwanderer, stellen deshalb ein Problem dar, weil sie ökonomisch unserem Land schaden. [...] Und Migrantengruppen, die in diesen Bereichen überwiegen, als Asylanten, als Nichtstaatsbürger oder als nicht assimilierte Staatsbürger, die sind im Fokus einer Remigrationspolitik, und dies maßgeschneidert für jede einzelne Gruppe und jede einzelne Ebene in einem Zeitraum von fünf, 15 und 30 Jahren auszurollen.«

Sellner sagt offen, wen er vertreiben möchte, unterteilt nach Herkunft und Aussehen. Er nennt im Weiteren als Vertreibungsorte »Asylstädte« in Nordafrika.

Am 28. Dezember 2023 folgt Sellners Video *Was tun mit Faesers Passdeutschen*:

»Nun sprechen wir über die Gruppe, die den meisten Leuten die größten Sorgen bereitet, und zwar ist das die Gruppe der Staatsbürger, die aber, und das ist das Problem, nicht assimiliert sind, die also die Staatsbürgerschaft bekommen haben in ihrem Leben, oder vielleicht sogar geboren schon sind in Parallelgesellschaften, aber nach wie vor eine fremde Identität haben.«

Hier nennt Sellner Zahlen:

»Aus meiner Sicht sind es fünf bis maximal sechs Millionen Menschen von diesen zwölf Millionen Menschen, also rund die Hälfte, die möglicherweise, wichtig, möglicherweise, für eine Remigrationspolitik in Frage käme.«

Der »Remigrationsdruck« soll durch »Anpassungsdruck« mit »maßgeschneiderten Gesetzen« ausgeübt werden.

Gleichwohl wird in rechten Netzwerken versucht, die Erkenntnisse der Recherche nach dem Rezept »flood the floor with shit« mit Verleumdungen zu diskreditieren. Aber das ändert nichts daran, dass die Recherche die Informationsblase durchbrochen hat und seither heftig diskutiert wird und Menschen mobilisiert hat. Sie hat die Republik verändert.

Der Ideologe Martin Sellner und die Identitäre Bewegung

Martin Sellner ist ein smarter junger Mann, er wurde 1989 in Österreich geboren, war als Jugendlicher in verschiedenen neonazistischen Bewegungen aktiv und ist seit einigen Jahren einer der Hauptideologen der Identitären Bewegung. Die Identitäre Bewegung ist ein Zweig der Neuen Rechten, die 2012 in Frankreich entstanden ist, und später auch in Deutschland und Österreich Fuß gefasst hat.

Einer der Vordenker der Neuen Rechten in Deutschland ist der Verleger Götz Kubitschek. Die Identitäre Bewegung versucht wie die Neue Rechte insgesamt, ihren Rassismus modern zu verpacken, sich vom Ruch der Nazidevotionaliensammler und plumpen Hitlerbewunderer abzusetzen und offen rassistische Ausdrucksweisen zu vermeiden.

Die Identitäre Bewegung verbindet modernen Politaktivismus mit der Idee von der Durchdringung des politischen Vorfelds, so wie der kommunistische Politphilosoph Antonio Gramsci sie mit seinem Konzept der »kulturellen Hegemonie« während seiner Festungshaft als Gefangener der italienischen Faschisten in den 1930er-Jahren erdacht hat. Die Neue Rechte und die Identitäre Bewegung nennen dieses Konzept »Metapolitik«. Es geht dabei aber tatsächlich um die rassistische Idee einer »ethnokulturellen Identität«, die, so die Ideologie Sellners, die alleinige Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen sein soll. Kernparolen der Identitären Bewegung sind daher der Kampf gegen »den Großen Austausch«, womit das Trugbild eines angeblich von »globalen Eliten« geplanten Bevölkerungsaustauschs zu Lasten von Deutschen ohne Migrationshintergrund herbeiphantasiert wird, sowie die Forderung nach

einer »Reconquista« (Rückeroberung). Sellner und sein Mentor Kubitschek teilen die reale Lebenswelt in Deutschland in »Fremde« und »Eigene«, wobei das »Fremde« als unerwünscht gilt und es daher einer »Remigration« zugeführt werden müsse.

Sellner ist ein rechtsextremer Werbeprofi, der es meisterhaft versteht, die sozialen Netzwerke und vor allem TikTok für die Verbreitung seiner Propaganda zu nutzen. Anfänglich hat die AfD Wert darauf gelegt, sich von der Identitären Bewegung abzugrenzen, es gibt sogar einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur Identitäten Bewegung Deutschlands, der bis heute gültig ist. Aber über Kubitschek ist Sellner immer mehr in das ideologische Herz der Partei vorgedrungen. Und auch der Abend in Potsdam zeigte die Annäherung zwischen Sellner und der AfD.

Rassismus des monoethnischen Staates

Der Masterplan, den Sellner in Potsdam vorstellte, dreht sich um die Idee eines monoethnischen Staates. Nach der Veröffentlichung der Recherche hat Sellner den Vortrag aus dem Landhaus in Potsdam aus dem November letzten Jahres noch mal gehalten und veröffentlicht. Das Video wurde auf der Plattform *rumble.com* am 13. Januar 2024 hochgeladen. Der Satz zur »Remigration« von »nicht assimilierten Staatsbürgern« durch »maßgeschneiderte Gesetze« als »Jahrzehntprojekt« fehlt allerdings in dieser Nachstellung. Das Spannende ist, dass Sellner offenbar denkt, er könne damit die Harmlosigkeit seines Vortrages beweisen. Doch da irrt der eigentlich blitzgescheite Ideologe. Sellner erklärt, dass ein ominöser »Bevölkerungsaustausch« die größte Gefahr darstelle, denn bald werde über die »ethnische Wahl« die Situation erreicht, dass die eingebürgerten Migranten größere politische Macht hätten als die Urbevölkerung und diese von ihnen überstimmt würde.

Sellner behauptet, die multikulturellen Gesellschaften seien gescheitert, sowohl in Hinsicht auf Wirtschaft und Kriminalität wie auch in puncto Korruption. Der letzte Aspekt ist nicht frei von Ironie. Sellner nutzt oft Ungarn unter der autoritären Führung des Ministerpräsidenten Viktor Orbán als Paradebeispiel für einen Staat, der die »ethnokulturelle Identität« schütze und somit für eine solide Amtsführung stehe. Ende März demonstrieren Tausende Menschen in Budapest, da ein Tonband zeigt, dass die ungarische Regierung in einen Skandal verstrickt ist, in dem es um Pädophilie und Korruption geht, wie u.a. der *Spiegel* mit dem Titel »Warum einbrisantes Tonband Viktor Orbán bedroht« beschreibt. Bei der Auflistung von Transparency International für das Jahr 2023 belegt Ungarn Platz 76 von

180 Ländern und gilt als das korrupteste Land innerhalb der Europäischen Union.

Nur über eine Rückdrehung des »Bevölkerungsaustauschs« durch »Remigration« sei zu verhindern, dass über die »ethnische Wahl« die »nicht assimilierten« Staatsbürger gegen die Interessen der einheimischen Bevölkerung stimmten. Sellners Idee von der »ethnischen Wahl« nimmt den Staatsbürgern, deren Eltern aus der Türkei oder Syrien kommen, die Individualität. Sie werden stattdessen als kollektive Bedrohung beschrieben. »Demografie frisst die Demokratie. Deshalb ist die ethnische Wahl als politische Auswirkung des Bevölkerungsaustauschs die Zerstörung unserer Demokratie«, sagt Sellner in dem Video, in dem er angibt, den Vortrag im Landhaus Adlon nachzustellen. Dieser Satz kann einfach übersetzt werden. Wählen können in Deutschland nur Staatsbürger. Sellner wirft also pauschal allen Staatsbürgern mit migrantischem Hintergrund vor, über die Teilnahme an der demokratischen Wahl die Demokratie zu zerstören. Auf den Begriff der ethnischen Wahl geht das Buch später gesondert ein. Sellner bestätigt in dem Video, dass die Inhalte in dem Landhaus besprochen wurden, als der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau (CDU) und Roland Hartwig, die rechte Hand der AfD-Parteivorsitzenden Alice Weidel, im Saal saßen. Sellner erklärt damit Staatsbürger mit migrantischem Hintergrund zu Feinden der Demokratie; für Sellner sind diese Menschen nicht Teil des Staatsvolkes, sondern Fremde. »Die nicht assimilierten Fremden lebten nicht nur hier, sie wählten auch hier«, so zitiert die CORRECTIV-Recherche Sellner. Folge ist für ihn das »zähe Ringen, das verzweifelte Aufbegehren der Einheimischen, die im eigenen Land zur Minderheit gemacht werden«. Das ist derselbe Sound wie der aus dem Aufsatz des Zahnarztes Mörig aus Düsseldorf aus dem Jahr 1977. Sellner macht so einen gefährlichen, ja rassistischen Gegensatz auf.

In Sellners Welt haben ein Cem Özdemir, eine Serap Güler oder ein Bijan Djir-Sarai keinen Platz. Alle anderen Aspekte des Individuums wie die wirtschaftlich-soziale Stellung, Bildung, familiäre Herkunft und auch der freie Wille und die Persönlichkeit des Menschen ordnet Sellner dem »ethnokulturellen« Kollektiv unter. Staatsbürger mit Migrationshintergrund werden als kollektive Bedrohung eines vorgeblich einheimischen Eigenen beschrieben, es drohe sogar bald der Kippunkt, wenn nicht die »Remigration«, also die Vertreibung, Abhilfe schaffe.

Immer, wenn Sellner das Wort »Remigration« benutzt, betont er dabei die angebliche Freiwilligkeit; aber wenn Menschen als Bedrohung beschrieben werden und wenn in einem »Masterplan« entworfen wird, wie diese aus dem Land verschwinden sollen, bleibt von der behaupteten »Freiwilligkeit« wenig übrig. Die Empörung Sellners und der Gäste im Landhaus Adlon über die Recherche von CORRECTIV weist vor allem auf deren eigene ideologische Verirrung hin. Denn ihre Überzeugung, dass der Mensch nur innerhalb seiner imaginären »ethnokulturellen« Identität glücklich sein könne, impliziert, dass man denen, die man nicht dazuzählt, etwas Gutes tut, wenn man sie aus dieser Umgebung vertreibt.

Von Sellner verwendete Begriffe wie »autochthon«, »ethnokulturell«, »Ethnopluralismus«, »Großer Austausch«, »ethnische Wahl« oder »Remigration« mögen wissenschaftlich harmlos klingen, aber hinter ihnen steckt die rassistische Idee einer monoethnischen Gesellschaft. Das sehen die Verfassungsämter so, und auch das Verwaltungsgericht Köln.

Dessen Richter lehnten am 13. Oktober 2022 die Klage der Identitären Bewegung e.V. Deutschland, die gegen die Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassung klagte, mit folgender Begründung ab:

»Das Hauptanliegen des Klägers ist die Bewahrung der »ethnischkulturellen Identität«. Damit verfolgt der Kläger zwar nicht dem

Begriff, aber der Sache nach einen völkisch abstammungsmäßigen Volksbegriff, der gegen die Menschenwürde verstößt. Denn die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG umfasst die prinzipielle Gleichheit aller Menschen, ungeachtet aller tatsächlich bestehenden Unterschiede. Sie wird beeinträchtigt bei allen Formen rassistisch motivierter Diskriminierung sowie wenn einzelne Personen oder Personengruppen grundsätzlich wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden.«

Die Kölner Richter bestätigten zudem schon im Oktober 2022, dass die Identitäre Bewegung mit dem Begriff der »Remigration« Ausweisung meint.

»Dies gilt auch für den Begriff der ›Remigration‹, der ebenfalls vom Kläger verwendet wird. Mit der vom Kläger letztlich geforderten Ausweisung derjenigen Bevölkerungssteile aus Deutschland und Europa, die den ethnokulturellen Kriterien des Klägers nicht entsprechen, kommt ebenfalls eine migrantenfeindliche Grundhaltung zum Vorschein.«

Sellners »Ethnopluralismus« ist also nicht mehr und nicht weniger als ein rassistischer Kollektivismus, der Gesellschaften in Fremde und Eigene trennt. Das passt zu einer typisch neurechten Parole: »Die Verteidigung des Eigenen«.

Die ganze Konstruktion ist zudem eine Fiktion. Wirtschaftlich und politisch erfolgreiche Staaten wie die USA, Kanada, Australien oder Neuseeland, in denen die Menschen frei in einer Demokratie leben können, sind erklärte Einwanderungsländer. Auch die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien wurden auch wegen der Einwanderung erfolgreich, selbst Luxemburg entwickelte sich mit den Gastarbeitern aus Portugal von einem Agrarland zu einem erfolgreichen Industrieland.

Allerdings sind auch Einwanderungsländer nicht frei von Überfremdungsängsten. So sahen Anfang und Mitte des 18. Jahrhunderts die englischstämmigen Amerikaner angesichts der ständig anwachsenden Zahl deutscher Flüchtlinge ihr Land durch eine zunehmende »Germanisierung« gefährdet. Schon 1717 fürchtete der pennsylvanische Gouverneur Keith »sehr gefährliche Konsequenzen« für seine Kolonie durch »die große Zahl der Fremden aus Deutschland, die mit unserer Sprache und Verfassung nicht vertraut sind«. Und Benjamin Franklin, der spätere US-Präsident, äußerte 1751: »Schon jetzt beginnen einige Engländer, bestimmte Wohngegenden zu verlassen, die von Deutschen eingekreist sind, weil sie sich dort aufgrund der abstoßenden, ungehobelten Manieren der Deutschen nicht mehr wohlfühlen.« Franklin fürchtete sogar angesichts des deutschen Massenzuzugs, »dass wir, trotz aller Vorzüge, die wir haben, bald nicht mehr in der Lage sein werden, unsere Sprache zu bewahren, und selbst die Regierung wird in Gefahr geraten« (alle Zitate aus dem Vorwort zu Gottlieb Mittelberger *Reise in ein Neues Leben*, 2017). Die erfolgreiche Geschichte der USA zeigt, dass die damaligen Überfremdungsängste vor den »ungehobelten Deutschen« unbegründet waren.

Abgeschirmte Staaten waren dagegen die DDR und die Staaten des Warschauer Paktes. Dort herrschten die Bedingungen einer »ethnokulturellen« Idylle im Sellnerschen Sinn. So richtig erfolgreich war dieser Versuch indes nicht. Wirtschaft und Gesellschaft in diesen Staaten kollabierten.

Japan oder Taiwan könnten vielleicht als kapitalistisch organisierte Beispiele einer sich abschirmenden Gesellschaft genannt werden, aber das sind Inseln, sie bilden daher eher eine Ausnahme, und z.B. im Fall von Japan gilt die Abschirmung zunehmend als Problem.

Der wohl homogenste Staat der Welt ist Nordkorea, und auch das ist nicht gerade ein erstrebenswertes Erfolgsmodell.

Anbei ein kleiner Exkurs:

Woher kommt eigentlich das Trugbild des völkischen Idylls, das die Sellners, Krahs, Kubitscheks oder Höckes dieser Welt predigen? Woher kommt diese Sehnsucht nach der ethnoreinen »Vertrauengemeinschaft« (Höcke hat diesen Begriff im Zusammenhang mit dem Mauerfall geäußert). Woher kommt die Idee, die Welt in das »Eigene« und das »Fremde« zu trennen? Woher kommt der Glaube, dass Menschen in einer solchen ethnoreinen »Vertrauengemeinschaft« glücklich seien, fern von jeder Gefahr und Erschütterung?

Der 1970 geborene Philosoph Alexander Aichele, der an der Uni Halle lehrt, hat dazu in seinem Buch *Deutsch denken* eine interessante Idee geäußert. Er sieht den Ursprung für die Sehnsucht nach einer abgeschlossenen völkisch-reinen Gemeinschaft bei dem deutschen Philosophen Gottlieb Fichte (1762–1814).

Entsetzt von Napoleons Siegeszug durch Europa, der Auflösung des Deutschen Reiches Römischer Nation und der militärischen Niederlage Preußens bei Jena und Auerstedt (1806) gab Fichte der Aufklärung die Schuld für das Ungemach. Die hatte propagiert, das Individuum, also der Einzelne, solle sich aus seiner »selbstverschuldeten Unmündigkeit« befreien. Fichte flüchtete sich in das Kollektiv, dem sich der Mensch unterzuordnen habe, um das tatsächliche Glück zu fühlen.

Aichele beschäftigt sich in *Deutsch denken* mit völkischen Denkern seit Fichte über die Kaiserzeit, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus bis zu den Denkern der sogenannten »Neuen Rechten« und kommt zu einer spannenden Erkenntnis:

»Denn mag es möglich sein, alle Protagonisten dieser Kapitel auszutauschen und doch mehr oder weniger bei den gleichen Ergebnissen zu landen, Johann Gottlieb Fichte – und zu einem geringeren, eher

atmosphärischen Maße Hegel – kann man nicht weglassen. Nicht nur in den »Reden an die deutsche Nation«, sondern auch in seinen anderen populären nicht-akademischen Schriften, insbesondere »Der geschloßene Handelsstaat« und »Die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters«, entwickelt Fichte nach eigenem Bekunden auf der Basis seiner ›eigentlichen‹ akademischen Philosophie, der Wissenschaftslehre, eine Staats- und Geschichtsphilosophie, die nicht anders als nationalistisch, chauvinistisch, isolationistisch und womöglich darüber hinaus zutreffend als rassistisch bezeichnet werden kann.«

Laut Aichele folgen die Anhänger »der ethnokulturellen Identität« bis heute den längst obsolet gewordenen Ideen eines durch die Niederlage gegen Napoleon enttäuschten Berliner Philosophen: »Sein Sendungsbewusstsein, völkischer Nationalismus, Chauvinismus, Isolationismus, seine Ausländerfeindlichkeit und Aufklärungsverachtung bei latentem Beleidigtsein liest sich wie eine Blaupause für die Neue Rechte.« Vielleicht ist da auch der Grund, warum sich die Neue Rechte in Deutschland von den rechten Bewegungen in anderen Staaten unterscheidet. In Frankreich und Italien wird gegen den Flüchtlingszuzug polemisiert, aber in Deutschland scheinen die Protagonisten von einer ethnischen Reinheit, einer »Vertrauengemeinschaft« à la Björn Höcke besessen zu sein. Dies sorgt dann auch im Nachbarland Frankreich für Irritationen, wie wir gleich sehen werden.

Der Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, Maximilian Krah, und sein Manifest über die Vertreibung von 25 Millionen Menschen

Sellner ist der ideologische Kopf der Identitären Bewegung, aber die Ideen waren auch schon längst vor dem Novemberabend von Potsdam in der AfD angekommen. Als Triebkraft dafür fungierte der rechtsextreme Verleger Götz Kubitschek, der von seinem Landsitz im thüringischen Schnellroda heraus versucht, die AfD ideologisch zu dominieren. Er war es auch, der Sellner mit Maximilian Krah zusammen brachte. Krah war früher CDU-Mitglied, lief dann zur AfD über, sitzt nun im Bundesvorstand und führte die AfD in den zurückliegenden Europawahlkampf.

Krah hat Sellners Ideen in seinem Buch *Politik von rechts – Ein Manifest* aufgegriffen. Das Buch wird von Kubitscheks Verlag Antaios im Doppelpack mit Sellners *Regime Change von rechts* angeboten, das auch Grundlage des Vortrags in Potsdam war.

Sellner gibt in seinem Buch die Hauptideen der neurechten Bewegungen vor: Erhalt der »ethnopluralistischen Identität«, Warnung vor den Gefahren des »Bevölkerungsaustauschs«, »Remigration«. Diese Gedanken finden sich auch bei Maximilian Krah. In seinem Buch malt er aus, was geschähe, wenn Deutschland eine restriktive Flüchtlingspolitik einführe. Krah hält das aufgrund des derzeitigen politischen Druckes sogar für möglich. Also selbst wenn Deutschland die Grenzen schließen würde und alle Menschen, die keinen Flüchtlings- oder Asylstatus bekommen, abgeschoben würden, hätte das Land in den Augen von Krah immer noch ein Problem. Denn es verbleiben »25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, darunter 15

Millionen Staatsbürger«. Krah stellt fest, dass es auch in den nächsten zehn Jahren politisch und rechtlich nicht möglich sei, diese Menschen »gegen ihren Willen auszuweisen« (Seite 80). Dieser Satz macht klar: Das AfD-Vorstandsmitglied erklärt 25 Millionen Menschen in Deutschland zum Ärgernis, darunter Menschen, deren Eltern seit den 1960er-Jahren nach Deutschland gekommen sind, die z.T. hier geboren sind, die hier leben, die hier arbeiten und die hier Kinder bekommen haben.

Anders als Sellner trifft Krah bei diesem Befund nicht mal die Unterscheidung zwischen »assimiliert« und »nicht assimiliert«, für Krah passen offenbar alle Menschen mit Migrationshintergrund nicht nach Deutschland. Auch seine Feststellung, deren Ausweisung sei in den nächsten zehn Jahren nicht möglich, macht die Sache nicht besser. Denn warum stellt Krah überhaupt solche Überlegungen an? Und was geschieht nach zehn Jahren, sollten Menschen wie Krah oder Sellner politische Macht bekommen?

Der dann folgende Satz dreht die Schraube der Menschenverachtung noch weiter. Nach der Feststellung, dass eine Ausweisung in den nächsten zehn Jahren nicht möglich sei, schreibt Krah, alle diesbezüglichen Vorschläge hätten »homöopathischen« Charakter, womit er offenbar insinuieren will, die Tatsache, dass in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund leben, sei mit einer Krankheit vergleichbar, gegen die man medizinische Hilfsmittel einsetzen müsse.

Der Europaabgeordnete und Vorstandsmitglied der AfD Krah hat zudem auch enge Verbindung zu der Geschäftsführerin des Landhaus Adlon, Mathilda Huss. Nach der CORRECTIV-Recherche rückte auch die Geschäftsführerin Huss in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nach Recherchen der *Zeit* soll sie von der Überlegenheit »der weißen Rasse«

überzeugt sein. Huss hat dieser Darstellung allerdings widersprochen. Die *Zeit* schrieb am 23. Februar 2024 zudem, dass sie unter einem Pseudonym »rassistisch-genetische« Thesen vertrete. Auch das dementierte Huss. Für den AfD-Mann Krah liegt laut *Zeit* die »ethnische Identität als Deutsche« offenbar in den Genen. Im September schrieb er auf X, »Genetik widerlegt die linke Mär, dass es keine Unterschiede gibt, dass alles – Geschlecht, Familie, Volk – nur sozial konstruiert sei«.

Krah erklärt die Existenz von 25 Millionen Menschen in Deutschland also zur Krankheit, gibt aber zu bedenken, dass man diese Menschen in den nächsten zehn Jahren nicht »gegen ihren Willen« ausweisen könne. Diese Zeitschätzung ist bemerkenswert, denn auch Sellner erklärt in Potsdam die »Remigration« von »nicht assimilierten Staatsbürgern« zu einem Jahrzehntprojekt. Hinter dem Wort »nicht assimiliert« verbirgt sich das Tor zur Hölle. Denn ein Gesetz müsste festlegen, ab wann ein Staatsbürger assimiliert ist und wann nicht; was für eine Kommission sollte Kriterien für eine aus deren Sicht erfolgreiche Assimilation festlegen? Das sind keine abstrakten Gedanken, denn für die Durchsetzung seines Jahrzehntprojekts schlägt Sellner im laufe des Vortrags in der Villa »maßgeschneiderte Gesetze« und »Anpassungsdruck« vor.

Beschneidungs- und Schächtungsverbot: Wie die Idee der Vertreibung sich schon im Programmentwurf der AfD 2016 fand

Es sind, was vielfach unbekannt ist, gerade die Anfänge der AfD, die ein Beispiel dafür geben können, wie solche von Sellner vorgeschlagenen »maßgeschneiderten Gesetze« aussehen könnten. Nach den ersten Wahlsiegen versammelten sich die Delegierten der AfD im Mai 2016 in Stuttgart in der Messehalle zu einem Parteitag. Das Grundsatzprogramm sollte beschlossen werden. Im Sommer des Vorjahres hatten auf einem Parteitag in Essen die Delegierten den Parteigründer Bernd Lucke vom Hof gejagt. Die Partei führten seither Frauke Petry und Jörg Meuthen, beide hatten den Atem von Björn Höcke im Nacken.

CORRECTIV wurde damals der Entwurf des Programms zugespielt und veröffentlichte ihn am 14. März 2016. Darin fand sich ein Passus, der forderte, in Deutschland solle die Beschneidung aus nichtmedizinischen Gründen verboten werden. Zudem solle wegen des Tierschutzes das Schächten untersagt werden. Wenn man diese Gedanken weiterdenkt, wird klar: Sollte Derartiges jemals in Deutschland Gesetz werden, könnten hier weder Juden noch Moslems wohnen und leben.

Nach der Veröffentlichung kassierte die Antragskommission für den AfD-Parteitag das Beschneidungsverbot, darüber wurde auf dem Parteitag in Stuttgart nicht einmal diskutiert. Aber der Vorschlag zeigt, dass der Geist von Potsdam schon in den Anfängen der Partei steckte. Das Schächtungsverbot allerdings wurde Bestandteil des

Grundsatzprogrammes. Während in der Bundesrepublik das Tierschutzgesetz das »Schächten« für »Religionsgemeinschaften« erlaubt, will die AfD das abschaffen: »Nach dem Vorbild von gesetzlichen Regelungen, die schon in Dänemark, Norwegen, Schweden, der Schweiz und weiteren europäischen Staaten gelten, lehnt die AfD Schächten (betäubungsloses Töten bzw. Schlachten) von Tieren ab. Es ist mit dem Staatsziel Tierschutz nicht vereinbar und muss ohne Ausnahme verboten werden. Die Ausnahmeregelung für Religionsgemeinschaften im Paragraph 4a (2) des deutschen Tierschutzgesetzes ist zu streichen. Die AfD lehnt auch das Schächten mit vorheriger Kurzzeitbetäubung ab.« So steht es im Grundsatzprogramm, das am letzten Aprilwochenende 2016 in Stuttgart beschlossen wurde.

Auf der Abendveranstaltung im November 2023 unweit von Potsdam war ziemlich schnell klar, wie kompliziert die »Remigration«, also die Vertreibung von Millionen von Menschen, ist, vor allem, wenn sie auch »nicht assimilierte Staatsbürger« betreffen sollte. Gernot Mörig hatte dann auch gleich einen Vorschlag zur Hand und regte an, ein Expertengremium solle das ausarbeiten. Und zwar unter »ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten«. Eine Person dafür hatte Mörig da schon im Sinn: Hans-Georg Maaßen, den früheren Chef des Verfassungsschutzes. Damit man etwas »in der Schublade« habe, wenn eine patriotische Kraft im Land Verantwortung übernehme. Maaßen sagte auf Anfragen zu CORRECTIV, dass er weder von diesem Abend im Hotel wusste, noch jemals von Mörigs Idee gehört habe. Maaßen verließ Anfang 2024 die CDU und gründete mit der Werteunion eine neue Partei.

An diesem Novemberabend hörten die Anwesenden in der Jugendstilvilla also einen Vorschlag zur Gründung einer Expertenkommission, die die Vertreibung von Millionen von Menschen, darunter auch Staatsbürgern, aus Deutschland nach »ethischen«, »rechtlichen« und »juristischen«

Gesichtspunkten für den Zeitpunkt vorbereiten sollte, an dem eine rechte Partei an die Macht kommt. Dieser Vorschlag weckt Erinnerungen, er lässt einen frösteln.

CORRECTIV hat seine Recherche zu den Vorgängen im Landhaus Adlon wie gesagt am 10. Januar 2024 veröffentlicht. Fünf Tage später feuerte die AfD-Vorsitzende Alice Weidel ihren Mitarbeiter Roland Hartwig. Alle zentralen Aussagen der Recherche blieben, wie ebenfalls schon erwähnt, unangefochten. Der Dreiklang aus »Expertenkommission«, »Remigration« von »nicht assimilierten Staatsbürgern« als »Jahrzehntprojekt« (also Vertreibung von Staatsbürgern mit migrantischem Hintergrund) und die Musterstadt in Nordafrika zeigen, was die völkischen Rechten (unter denen sich hochrangige AfD-Funktionäre befinden) wollen und was sie umsetzen werden, wenn sie die Möglichkeiten dafür erhalten.

Und der AfD-Chef aus Thüringen Björn Höcke hatte wenige Wochen nach der Veranstaltung im Gasthof Adlon bei einer Rede in Gera am 12. Dezember 2023 auch eine Zahl im Kopf. »Wir werden auch ohne Probleme mit 20/30 Prozent weniger Menschen in Deutschland leben können.« In Deutschland leben um die 83 Millionen Menschen, 30 Prozent weniger wären knapp 25 Millionen Menschen; das ist eine Zahl, die sich auch in Krahs Buch findet.

Kapitel 2

Der Weg nach Russland und die Relativierung der Menschenrechte

Der Parteitag in Magdeburg und wie sich der prorussische Kurs durchsetzte

An zwei Wochenenden im Sommer 2023 verabschiedete sich die AfD von der Idee der Westbindung Deutschlands.

Ende Juli wählten in Magdeburg die AfD-Delegierten zunächst den sächsischen Politiker Maximilian Krah zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2024. Danach folgte die Aufstellung der Liste mit den weiteren Kandidaten für eben diese Wahl. Den zweiten Platz erhielt Petr Bystron. Der prorussische Bundestagsabgeordnete aus Bayern wird zum Schluss des Kapitels noch wichtig werden. Am darauffolgenden Wochenende beschlossen die Delegierten auf dem Folgeparteitag das Programm für die Europawahl. Es beinhaltet die Verabschiedung Deutschlands vom Westen. Es findet sich auf der Webseite der AfD.

In der Präambel findet sich folgende Aussage:

»Jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab. Die Staaten Europas werden so in Konflikte hineingezogen, die nicht die ihren sind und ihren natürlichen Interessen – fruchtbare Handelsbeziehungen im europäisch-asiatischen Raum – diametral entgegenstehen.«

Dieser Satz gibt wenig Raum für Interpretationen. Mit den außereuropäischen Großmächten, obwohl im Plural, können eigentlich nur die USA gemeint sein. Denn Russland gehört diesem Konzept nach zu Europa, und China und Indien sind Teil des asiatischen Raumes, mit denen

die Staaten Europas »fruchtbare Handelsbeziehungen« treiben, die durch die von außen geschürten »Konflikte« gestört werden.

Als die AfD-Delegierten über diese Präambel abstimmten, kämpfte die Ukraine im zweiten Jahr gegen die russische Invasion. Als Folge des Krieges wurde Nord Stream II gestoppt und nach der Explosion am 26.9.22 wurde die Gaslieferung über Nord Stream I eingestellt. Zusätzlich wurden die russischen Öl- und Kohlelieferungen beendet. Folgt man der Logik des Satzes in der Präambel, dann hätte eine »außereuropäische Großmacht«, also die USA den dort als »Konflikt« verharmlosten Krieg in der Ukraine geschürt, um Europa von den russischen Rohstoffimporten abzutrennen. Russland ist hier Opfer, nicht Täter. Das ist die Weltsicht einer Partei, die in Deutschland die Macht übernehmen will.

Was mit »außereuropäischen Großmächten« gemeint sein könnte, formulieren der AfD-Spitzenkandidat Krah und sein völkischer Parteifreund, der AfD-Vorsitzende in Thüringen, Björn Höcke, sonst klarer. Sie bezeichnen die USA in Reden und Büchern als »raumfremde Macht«, die in Europa nichts zu suchen habe und nur Unruhe stife. Der Begriff »raumfremde Macht« stammt von dem Staatsrechtler Carl Schmitt, der den Nationalsozialismus unterstützte und die antisemitischen Nürnberger Gesetze als »Verfassung der Freiheit« feierte. Schmitt war ein Gegner der liberalen Demokratie und entwarf eine »Großraumordnung«, in der er nach dem Zweiten Weltkrieg die Rolle der USA als Ordnungsmacht ablehnte. Krah und Höcke trieben diese Idee in die AfD hinein und konnten in Magdeburg damit einen ideologischen Sieg erringen.

Das Europaprogramm der AfD von 2014 las sich noch anders. Dort fand sich ein klares, in die Zukunft gerichtetes Bekenntnis zur Westbindung: »Die Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen

Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA ist. [...] Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen und damit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.«

Was war geschehen?

Auch wenn sich die Parteigründer der AfD wie der Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke oder der FAZ-Publizist Konrad Adam als Eurokritiker sahen, so verstanden sie sich doch als Transatlantiker. Und das aus gutem Grund. Die Westbindung mit den USA garantierte Deutschland und Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg Demokratie und Wohlstand. Es ist eine der großen Leistungen der CDU, die Bundesrepublik in die westliche Integration geführt zu haben, und auch als der Sowjetführer Josef Stalin in den 1950er-Jahren mit der Stalin-Note eine Wiedervereinigung gegen Neutralität anbot, hielt CDU-Kanzler Konrad Adenauer Kurs auf die Westbindung. Das transatlantische Band war ihm wichtiger als eine deutsche Wiedervereinigung von Stalins Gnaden.

In der Geschichte der Bundesrepublik kam die Kritik an der Westbindung, am atlantischen Bündnis und an der NATO meist von links. So demonstrierten in den 1980ern Hunderttausende Menschen gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Stationierung von Pershing-II-Raketen in Deutschland. Der SPD-Kanzler Helmut Schmidt verlor die Basis seiner Partei, weil er diese Aufrüstung wollte. Helmut Kohl von der CDU setzte nach dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Schmidt als neuer Kanzler den NATO-Doppelbeschluss gegen die Proteste der Friedensbewegung durch. Das Konzept der Westbindung ging auf: Der NATO-Doppelbeschluss kam, die Sowjetunion verlor das Wettrüsten und brach zusammen, die Mauer fiel, und Deutschland wurde wiedervereinigt.

Aber auch wenn Antiamerikanismus und NATO-raus-Rufe eher der Linken zugeschrieben wurden, trafen sich auch immer wieder Rechte, die gegen die USA und die NATO wetterten und sich an den Ideen Carl Schmitts begeisterten. Sie lehnten die Rolle der USA als Garantiemacht ab. Der Zahnarzt Gernot Mörig, der zum Potsdamer Geheimgespräch lud, ist, wenig überraschend, auch ein glühender Antiamerikaner. Als nach einer CORRECTIV-Recherche herauskam, dass er sich Anfang der 2000er-Jahre mit Sahra Wagenknecht und dem Satiriker Volker Pispers zu einem Abendessen getroffen hatte, rätselte man in der Republik, was der rechtsextreme Zahnarzt aus Düsseldorf, die linke Wagenknecht und der bissige Satiriker wohl gemeinsam beim Abendessen besprochen haben könnten. Der Autor weiß es nicht, eins aber ist sicher: Mindestens ein Ressentiment-Thema vereinte die drei – die Ablehnung der USA.

Der rechte Antiamerikanismus, der nichts anderes ist als die Ablehnung der liberalen Demokratie, war in der AfD von Beginn an zu Hause, nur eben zu Beginn nicht derart dominant wie jetzt. Die Anhänger der Neuen Rechten und die Jünger von Carl Schmitt sahen in der AfD früh ein Vehikel, ihre Ideen durchzusetzen, und es gelang ihnen in Magdeburg schließlich, die Westler an die Wand zu drücken.

Den Westlern in der AfD blieb nur ein kleiner Achtungserfolg. Im Europaprogramm 2014 stand noch der Treueschwur zur NATO. Im Magdeburger Programmentwurf fehlte anfangs jegliche direkte Positionierung zum Bündnis. Dem kleinen Häuflein an Westlern gelang es nur durch einen Trick, das Wort »NATO« wieder ins Programm zu schmuggeln. Während der Debatte schlug der AfD-Landtagsabgeordnete Christian Loose aus NRW vor, zwei Programmanträge zu bündeln und gemeinsam darüber abzustimmen. Der erste Antrag positionierte sich gegen die Gründung einer europäischen Armee, der zweite enthielt ein

Bekenntnis zur NATO. Vorgelesen wurde allerdings nur der Antrag mit der Ablehnung der europäischen Armee, den Antrag mit dem Bekenntnis zur NATO ließ die Parteitagsregie dezent unter den Tisch fallen. Der Plan gelang, beide Anträge wurden angenommen, damit war das Wort »NATO« im Programm. Als die Gegner ihren Fehler bemerkten, tobten sie, doch sie konnten den Antrag nicht mehr zurücknehmen. Eine Quelle aus der AfD bestätigte dieses Manöver dem Autor. Diese Episode zeigt, dass die Anhänger der Westbindung in der AfD kaum Einfluss mehr haben und es ihnen nur noch mit Kartenspielertricks gelingt, laue Bekenntnisse dazu in die Programme zu schmuggeln.

Aber der Feind der AfD ist nicht nur die USA, sondern auch die EU. Von einer Anti-Euro Partei entwickelte sich die AfD zu einer Anti-EU Partei. Im Januar 2019 beschloss die AfD auf ihrem damaligen Europaparteitag in Riesa zum Entsetzen ihres damaligen Spitzenkandidaten Jörg Meuthen sogar den »Dexit«. Seither versuchte die Parteispitze (erst Jörg Meuthen, nach dessen Austritt Alice Weidel) diese Forderung nach dem »Dexit« einzudämmen. Im neuen Programm für die Europawahl im Juni 2024 liest sich der Krebsgang so: »Wir lehnen die EU ab, die sich zu einem Staat mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung aufschwingen will, ebenso die Idee der ›Vereinigten Staaten von Europa‹. Ausschließlich in Nationalstaaten mit demokratischer Verfassung können Volkssouveränität und Grundrechte der Bürger gelebt und bewahrt werden. Da die EU nicht im Sinne der AfD reformierbar ist, treten wir für die Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft ein.« Allein diese Forderung, sollte sie jemals umgesetzt werden, würde zu millionenfacher Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftlichem Verfall und Armut führen. Allerdings machen die führenden Köpfe der AfD keinen Hehl daraus, was sie über die EU wirklich denken. »Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann«, sagte der völkische Russlandfreund Björn Höcke am 29. Juli 2023 gegenüber dem Fernsehsender *Phönix* und bediente sich dabei,

wie der *Tagesspiegel* am 30. Juli 2023 schrieb, einer »völkisch-schwurbeligen Sprache«, er klinge wie die Parteizeitung der NSDAP, der *Völkische Beobachter*, der zur Niederlage der Wehrmacht bei Stalingrad schrieb: »Sie starben, damit Deutschland lebe«. Aber selbst die angeblich moderatere Alice Weidel tanzt immer wieder mit dem »Dexit«. Bei einem Interview mit der *Financial Times* am 21. Januar 2024 bezeichnete Weidel den Brexit als »Model for Germany«, solle die Reform der EU nicht gelingen.

Während die AfD der EU in ihrer jetzigen Form also den Rücken kehrt, wendet sie sich im Europawahlprogramm Russland zu. »Zur Wiederherstellung des ungestörten Handels mit Russland gehören die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland sowie die Instandsetzungen der Nord-Stream-Leitungen«, heißt es im Wahlprogramm, und »die Beziehungen Deutschlands zur Eurasischen Wirtschaftsunion sollen ausgebaut werden«. Die Eurasische Wirtschaftsunion ist ein von Russland dominierter Wirtschaftsraum, dem Armenien, Belarus, Kirgistan und Kasachstan angehören. Der Wunsch der AfD nach Zusammenarbeit mit Putins wirtschaftlichem Hinterhof spricht Bände. Als Putin 2013 den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch mit Milliarden bestach, nicht dem Assoziierungsabkommen der EU beizutreten, sondern dem Eurasischen Wirtschaftsraum, führte das zu den gewaltigen Protesten auf dem Maidan, dem zentralen Platz in der ukrainischen Hauptstadt Kyiv, und dem Sturz des korrupten Präsidenten. Seither überzieht Putin die Ukraine mit Krieg. Das scheint die AfD nicht zu stören, sie will auch Deutschland in Putins wirtschaftlichen Hinterhof führen, ihre Träume gehen sogar noch weiter in den Osten: »Deutschland sollte einen Beobachtungsstatus in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) anstreben, um der Bedeutung dieses Marktes angemessen Rechnung tragen zu können«, heißt es im Programm.

Das Schanghaier Bündnis wird von China und Russland dominiert und gilt als der »Klub der Despoten«.

Mit »multipolarer Weltordnung« und »Eurasien« aus der Westbindung

Magdeburg zeigte mithin: Die AfD löst in ihren Verlautbarungen die Bindung zu den USA, sie sieht sich an der Seite Russlands und Chinas. So findet sich in der in Magdeburg verabschiedeten dort Präambel auch ein Bekenntnis zur »multipolaren Weltordnung«.

»Einheit und Stärke nach außen – nationale Vielfalt nach innen« lautet daher die Formel, mit der die AfD den europäischen Pol in der multipolaren Weltordnung aufstellen will. Die Bezeichnung »multipolare Weltordnung« klingt harmlos, darunter versteckt sich aber ein weiterer Kampfbegriff. Für Nationalisten wie Alexander Dugin bedeutet dieser Begriff, dass die Vorherrschaft des Westens gebrochen werden soll; das Ziel: der Untergang der liberalen Demokratie.

Alexander Dugin ist ein ultranationalistischer Ideologe, der 1962 im damals noch sowjetischen Russland geboren wurde. Er sieht im westlichen Liberalismus den Feind, den nur ein von Russland dominiertes »Eurasien« besiegen kann.

Dugin gehört zu den ideologischen Wegbereitern des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, sein Ziel ist die Vertreibung der USA aus Europa.

Die von der AfD befürwortete Entwicklung geht in dieselbe Richtung, wie die CORRECTIV-Recherche »Alternative für Russland« am 22. November 2023 zeigte.

Der EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah beschreibt in seinem Buch *Politik von rechts – Ein Manifest* (S.129) die Vorteile dieser neuen Weltordnung:

»Rechte Außenpolitik sucht Stabilität aufgrund gewachsener und natürlicher Bindung. Europa ist historisch, kulturell und ökonomisch auch eine solche Region, will es aber militärisch und politisch nicht sein, weil sich seine Eliten dem Globalismus verschrieben haben und als Vasall der USA agieren. In einer multipolaren Welt organisieren sich diese Regionen selber.«

Der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt feierte nach dem Parteitag in Magdeburg die Aufnahme des Kampfbegriffs der russischen Nationalisten ins AfD-Wahlprogramm.

»Wir wollen die multipolare Weltordnung. Und in diesem Sinn ist die multipolare Weltordnung der Gegenbegriff zur unipolaren Weltordnung, zur Weltherrschaft der USA. Russland und China sind zusammen mit den vielen Verbündeten in der Welt nicht mehr willens, den Anspruch der USA auf alleinige Weltherrschaft hinzunehmen [...]. [...] Und deshalb bin ich auch sehr froh darüber, dass im Europawahlprogramm der AfD der Begriff der multipolaren Weltordnung gelandet ist und auch dort an prominenter Stelle als Kernbegriff steht.«

Es ist bezeichnend, dass Tillschneider dieses Video aufnahm, als er in Moskau eine Sicherheitskonferenz besuchte, wie CORRECTIV am 22. September 2023 in der Recherche »Alternative für Russland« zeigte.

Ein weiterer Kampfbegriff der russischen Nationalisten, den die AfD nutzt, ist neben »multipolare Weltordnung« auch »Eurasien«. Damit gemeint ist nicht nur die neutrale Bezeichnung der Landmasse von Lissabon nach Wladiwostok, sondern für russische Nationalisten wie Dugin meint dies ein Europa unter russischer Dominanz.

Ausgerechnet vor der Landtagswahl in Bayern im Oktober 2023 bekannte sich der dortige Landesverband in einer sogenannten Friedensresolution zu

diesem Begriff.

»Bayern als Brückenbauer zwischen Ost und West statt als Unterstützer Bidens einseitiger US-Interessen- und -Geopolitik für eine gezielte Spaltung Eurasiens«.

Auch hier wieder das gleiche Muster. Die AfD verortet Bayern in Eurasien an der Seite Russlands und beschuldigt den US-Präsidenten Biden der Spaltung dieses »Eurasiens«.

Diese Resolution atmet denselben antiamerikanischen Geist wie die Präambel des Programms für die Europawahl. Und auch hier schimmert das Konzept der »raumfremden Macht« des Nazistaatsrechtlers Schmitt durch.

Deren Mitverfasser war Rainer Rothfuß, der seit 2023 im Bundestag sitzt. Der AfD-Mann aus Bayern hat zu »Eurasien« eine konkrete Vorstellung. In einer Studie für die rechtsradikale ID-Fraktion im Europäischen Parlament im Dezember 2022 schlägt er vor:

»Um jedoch die Toxizität aus den asymmetrischen US-EU-Beziehungen zu nehmen, sollte »die sich seit Anfang 2022 manifestierende ›Eurasische Tirade‹ Russland-China-Indien mit Deutschland und Europa zur ›Eurasischen Quadriga‹ erweitert werden.«

Dass mit dem Begriff »Eurasien« durchaus etwas Bedrohliches für ein freies Europa einhergehen kann, zeigt dessen Verwendung durch den früheren russischen Präsidenten und Putinvertrauten Dimitrij Medwedew. Wenige Wochen nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine benannte Medwedew das russische Ziel. Die Welt titelte am 5. April 2022: »Medwedew träumt von ›offenem Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok‹«.

Wie Anhänger des russischen Ideologen Alexander Dugin in der AfD Fuß fassten

Schon bald nach der Gründung der AfD konnten zwei Jünger des Ideologen Alexander Dugin in der Partei ankern. Manuel Ochsenreiter, ein bekannter Rechtsextremist, positionierte sich schon früh als Anhänger von Dugins Idee der multipolaren Weltordnung. Gleich mit der Gründung der AfD suchte er Kontakt zu dem damaligen Chef der Jungen Alternative (der Jugendorganisation der AfD) Markus Frohnmaier und brachte damit den aufstrebenden Jungpolitiker in der AfD auf Duginkurs. Ochsenreiter nutzte seine Kontakte zu russischen Nationalisten und bot sich als Strippenzieher für AfD-Verbindungen nach Russland an. Ochsenreiter war auch Gründer des »Deutschen Zentrums für eurasische Forschung« und soll seine Kontakte genutzt haben, um Reisen von AfD-Politikern nach Russland und sogar in die von Russland unterstützten Separatistengebiete in der Ukraine zu organisieren, das recherchierte der Politikwissenschaftler Anton Shekhovtsov für die *Tagesschau* am 29. September 2022. Als Frohnmaier 2017 den Einzug in den Bundestag schaffte, folgte Ochsenreiter ihm als Mitarbeiter in den Bundestag. Wenige Jahre später begannen polnische und deutsche Ermittler sich für ihn zu interessieren. Ochsenreiter soll an einem Terroranschlag in der Ukraine beteiligt gewesen sein. Frohnmaier musste ihn entlassen und zeigte sich über die Ermittlungen überrascht. Ochsenreiter bestritt die Vorwürfe, ergriff aber die Flucht und starb im August 2021 mit 46 Jahren im Moskau an einem Herzinfarkt. Ochsenreiters ideologischer Lehrer, der nationalistisch-russische Philosoph Alexander Dugin, verfasste am 19. August 2021 auf Facebook folgende Beileidsbekundung:

»Er war ein überzeugter deutscher Patriot. Tapfer und mutig. Er hat sein Leben für die multipolare Welt geopfert. Er war ein Gegner der offenen Gesellschaft und der Atlantiker. Er hat das größte Europa gewählt, das Eurasien, das Pluriversum.«

Frohnmaier gelang bei der Bundestagswahl 2022 der Wiedereinzug ins Parlament, und dort polemisiert er seit dem russischen Angriff gegen die Hilfe der Bundesrepublik für die Ukraine und gegen die Ukraine selbst.

Die Arbeit des rechtsextremen Duginjüngers Ochsenreiter trägt bei Frohnmaier und im Deutschen Bundestag weiter Früchte. Ochsenreiter war damals bei Frohnmaier offenbar so erfolgreich, dass dieser in einer E-Mail eines ehemaligen russischen Geheimdienstoffiziers als »absolut unter Kontrolle« stehend beschrieben wird, wie eine Recherche von *Spiegel* und *Frontal* am 9. April 2019 zeigte. Frohnmaier hatte dieser Darstellung volumnäßig widersprochen. Er kenne diese E-Mail nicht, könne sich »nicht vorstellen, dass so etwas geschrieben worden ist« und vertrete deutsche Interessen.

Ein weiterer russlandnaher Ideologe ist Dimitrios Kisoudis, der seit 2023 für den Fraktions- und Parteivorsitzenden Tino Chrupalla tätig ist. Wie Ochsenreiter ist Kisoudis ein Anhänger von Dugin und dessen Idee der »multipolaren Weltordnung«, vor allem aber von Carl Schmitt. 2015 publizierte Kisoudis das Buch *Goldgrund Eurasien: Der neue Kalte Krieg und das Dritte Rom*.

Und auch hier wieder das gleiche Lied, vorgesungen von Carl Schmitt und Dugin: Der Westen und die USA sind dem Ende geweiht; dagegen erwächst unter dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Russland ein Drittes Rom. Deutschland solle sich nicht die USA, sondern Russland unter Putin als Partner wählen.

Mitarbeiter im Bundestag wie früher Ochsenreiter oder heute Kisoudis stehen nicht im Rampenlicht. Aber sie haben großen Einfluss, wenn sie einen direkten Zugang zu den Funktionsträgern haben und ihre Ideen und Vorschläge auf dem Schreibtisch ihrer Arbeitgeber landen. Besonders zeigt sich das bei Kisoudis. Seine Ideen von einer »multipolaren Weltordnung« und »Eurasien« prägen nun die Weltsicht des Fraktions- und Parteivorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla. Das zeigte sich nach dem 7. Oktober, als die Hamas Israel überfiel und bei ihrem Terrorangriff Hunderte Menschen grausam abschlachtete. Taglang äußerte sich die AfD-Spitze nicht, weder Alice Weidel (die sonst keine Gelegenheit für eine Meinungsäußerung auslässt) und auch nicht Tino Chrupalla.

Dann kam von Letzterem am 11. Oktober 2023 folgender Tweet:

»Der Angriff der #Hamas auf #Israel ist zu verurteilen. Ich trauere um alle Kriegstoten. Jetzt müssen Staaten der Region auf Deeskalation setzen, um einen Flächenbrand abzuwenden. Diplomatie ist das Gebot der Stunde. Eine tragfähige Lösung für alle Seiten muss das Ziel sein.«

Hier spiegelt sich die Ideologie der »multipolaren Weltordnung« von Kisoudis und Dugin wider. Die »Staaten der Region«, nicht die USA als »raumfremde Macht« sollen das Problem lösen. Wenn dieser Tweet Wirklichkeit werden würde und Syrien, Türkei, Iran oder Ägypten das alleinige Sagen hätten, stünde die Existenz Israels auf dem Spiel.

Ziel: Untergang der westlichen Welt und die Abschaffung der Menschenrechte

Einer dieser Funktionäre ist der schon mehrfach genannte Maximilian Krah. Auf Seite 100 in seinem Buch setzt er offen auf den Sieg Russlands, er sieht den russischen Angriff auf die Ukraine als Fanal im Kampf gegen die westliche Welt.

»Die ökonomische, kulturelle und politische Macht des Westens erodiert. [...] Falls Russland mit seinem Vorhaben nicht komplett scheitert, wird es schnell eine andere Weltordnung und ein anderes Völkerrecht geben. Ohnehin aktive Veränderungsprozesse werden sichtbar und beschleunigt. Die politische Rechte kann dabei gewinnen.«

Das Buch von Krah erschüttert selbst dessen Parteifreund, den AfD-Bundestagsabgeordneten Norbert Kleinwächter. Der schreibt in einer Rezension auf seiner Webseite über Krahs Buch:

»Sein Manifest ist ausdrücklich anti-konservativ, anti-liberal, anti-freiheitlich, anti-bürgerlich, anti-christlich, anti-individuell, anti-rechtsstaatlich, anti-völkerrechtlich, anti-ethisch und anti-souveränistisch, vor allem aber anti-anglosächsisch und anti-westlich [...] ich jedenfalls will den Praxistest seiner Ansichten in Deutschland niemals erleben müssen.«

Norbert Kleinwächter sitzt zwar noch im Bundestag, aber seine Stimme wird in der AfD nicht mehr gehört. Krah hat das Ruder übernommen, und er fühlt sich siegessicher. Auf TikTok predigt Krah die neue Männlichkeit der rechten Welt, »echte Männer sind rechts«.

Und Krah steht nicht allein. Björn Höcke, der Parteichef von Thüringen, der bei der Landtagswahl im September 2024 nach den Umfragen vom April 2024 über 30 Prozent der Stimmen erwarten kann, stellt sich offen auf die Seite Russlands. Höcke hielt eine dahingehende Rede, bereits 2022 in Gera, wohl nicht zufällig am Tag der Deutschen Einheit.

»Die us-amerikanische Regierung hat der deutschen Bundesregierung den wirtschaftlichen Selbstmord befohlen und Scholz & Co. führen diesen Befehl aus. Liebe Freunde, ich glaube, es geht nicht zu weit, wenn ich Folgendes feststelle: Es war und ist us-amerikanische Strategie, als raumfremde Macht auf unserem Kontinent Keile zu treiben, Keile zu treiben zwischen Völker und zwischen Nationen, die eigentlich sehr gut miteinander arbeiten könnten.« [...] »Der natürliche Partner, der natürliche Partner für uns als Nation der Tüftler und Denker, der natürliche Partner unserer Arbeits- und Lebensweise wäre Russland; ein Land mit schier unerschöpflichen Ressourcen [...] Aber wenn ich mich jetzt für das deutsche Volk entscheiden müsste zwischen dem Regenbogenimperium, zwischen dem neuen Westen, zwischen dem globalistischen Westen und dem traditionellen Osten, ich wählte in dieser Lage den Osten.«

Bei Krah, Tillschneider und Höcke kommt immer wieder der Begriff der »raumfremden Macht« als Bezeichnung für die USA vor, der verbunden ist mit dem Hass auf die liberalen Werte unserer Demokratie. Sie reden, als hätte es die 80 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Bundesrepublik nicht gegeben. Damit stehen die drei nicht allein. Die AfD wird dominiert von Anhängern des Kreml. Der *Spiegel* berichtete am 11. August 2023, dass ein »kremlnaher Aktivist mit möglichen Verbindungen zum russischen Inlandsgeheimnis« (FSB) im Bundestag für den AfD-Bundestagsabgeordneten Eugen Schmidt gearbeitet habe, der gleich noch mal wichtig wird. Bei einer Einreise aus Russland soll der Zoll bei ihm große Mengen von Bargeld gefunden haben, und außerdem soll er einem Agenten

des russischen Geheimdiensts FSB versprochen haben, dafür zu sorgen, dass die AfD-Bundestagsfraktion gegen die deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine klage. Im Februar gab laut *Spiegel* der AfD-Abgeordnete Eugen Schmidt bekannt, dass der Mitarbeiter nicht mehr für ihn tätig sei.

CORRECTIV zeigte am 23. Oktober 2023, dass auch frühere AfD-Abgeordnete fragwürdige Kontakte zu dem Kremllobbyisten Amram Petrosjan hatten, der ebenfalls dem FSB nahestand und im Bundestag die Abgeordneten traf.

Aber auch AfD-Politiker, die sonst keine Beziehung zu Russland hatten, dienten sich dem Kreml an, als sie in den Bundestag kamen, so auch der Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter aus Essen. Kaum wurde er 2017 in den Bundestag gewählt, suchte er die Nähe zur russischen Botschaft und bot sich Putin 2018 als willfähriger Wahlbeobachter an. In einem auf Facebook veröffentlichten Bericht nach der Wahl schreibt der AfD-Mann aus Essen, »dass die Bevölkerung der Meinung ist, dass Putin gut für Russland ist und sich für die Bevölkerung einsetzt, sowie nationale Interessen vertrete«. Die Wahlen seien aus Keuters Sicht »frei, gleich und geheim«.

Auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt macht im Parlament Propaganda für Putin. Eugen Schmidt stammt aus Kasachstan und siedelte nach Deutschland über. Aber neben der deutschen Staatsbürgerschaft besaß Schmidt mindestens noch 2009 die russische Staatsbürgerschaft, wie CORRECTIV am 11. Mai 2022 zeigte, denn er reiste 2009 mit einem russischen Pass nach Kasachstan ein. Schmidt und der AfD-Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré waren Gäste des russischen Kriegspropagandisten Wladimir Solowjow, der damit drohte, Berlin mit Atomraketen zu vernichten. Das erzürnte selbst einige in der AfD. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen warf seinen Parteifreunden, die

bei dem russischen Propagandisten auftraten, während der Sendung von Markus Lanz am 12. April 2023 sogar »Volksverrat« vor.

Was die Hinwendung von AfD-Spitzenpolitikern zu Russland bedeuten kann, wird sichtbar, wenn wir an die Veranstaltung in Potsdam denken. Dort wurde über einen Masterplan zur Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland geredet, darunter auch von »nicht assimilierten« Staatsbürgern. Krah sieht in seinem Buch Millionen Menschen mit Migrationshintergrund offenbar als störend in Deutschland an und schreibt, wie aufgezeigt, dass man sie in den nächsten zehn Jahren aus rechtlichen und politischen Gründen nicht »gegen ihren Willen« »ausweisen« könne. Sollte Russland allerdings in der Ukraine siegen und die USA als »raumfremde Macht« Europa verlassen, dann würde sich Deutschland neben China und Russland in einer »multipolaren Welt« wiederfinden. Die »multipolare Welt«, die Krah sich vorstellt, weist im Vergleich zu der jetzigen allerdings noch einen weiteren Unterschied auf: In einer solchen Welt würden keine universellen Menschenrechte mehr gelten. Es sei »richtig, wenn die konkrete Ausformung der Menschenrechte nicht global einheitlich, sondern je nach Kulturkreis verschieden erfolgt«, schreibt Krah in seinem Buch (auf S.125), »Menschenrechte sind nicht absolut, sondern im Kontext der Gesellschaft zu definieren«. Das bedeutet nicht nur, dass China Hunderttausende der uigurischen Minderheit in Konzentrationslager stecken kann, sondern es könnte auch zur Folge haben, dass für Deutschland die rechtlichen Barrieren fallen könnten, die 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (darunter 15 Millionen Staatsbürger) gegen ihren Willen auszuweisen.

Europäische Premierminister schlagen Alarm

Am 16. April 2024 zogen der Premierminister von Belgien, Alexander de Croo, und dessen Amtskollege aus Tschechien, Peter Fiala, die Samthandschuhe aus. Die beiden Regierungschefs warnten gemeinsam in einem Brandbrief an die Europäischen Institutionen vor der russischen Einflussnahme im Vorfeld der europäischen Parlamentswahlen:

»In den letzten Wochen haben die Nachrichtendienste mehrerer Mitgliedstaaten Versuche eines externen Akteurs festgestellt, die Demokratie in Europa zu stören [...] Der belgische Geheimdienst bestätigt diese russischen Einmischungen: ›Unser Dienst hat die Existenz eines pro-russischen Netzwerks entdeckt, das in Belgien aktiv ist. Die Aktivitäten des Netzwerks zielen unter anderem darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen pro-russischen Politikern im Europäischen Parlament zu fördern, die Wahl weiterer pro-russischer Kandidaten ins Parlament zu unterstützen und Personen, die in diesem Netzwerk aktiv sind, als Mitarbeiter von (neu gewählten) MdePS zu gewinnen.‹ Dieser Versuch der Einmischung beinhaltet die Übergabe von Bargeld, vor allem in der Tschechischen Republik.

Es ist klar, dass das russische Regime versucht, die bevorstehenden Europawahlen zu beeinflussen und das pro-russische Narrativ im neuen Europäischen Parlament zu stärken.«

Der Brief an die »Lieben Kollegen« mit den Unterschriften beider Regierungschefs war keine Geheimsache, der belgische Premier De Croo veröffentlichte ihn am 17. April 2024 auf der Plattform X.

Im Zentrum dieses Einflussapparates steht das Nachrichtenportal *Voice of Europe* mit Sitz in Prag. Der tschechische Premier setzte am 27. März 2024

das prorussische Portal sowie den ukrainischen Oligarchen Wiktor Medwedtschuk, der es finanziert haben soll, auf die Sanktionsliste. Medwedtschuk war bis zum russischen Angriff einer der Strippenzieher der prorussischen Kräfte in der Ukraine. Nach der Invasion wurde der Putin-Vertraute in der Ukraine verhaftet und später nach Russland ausgetauscht. »*Voice of Europe* sei Teil einer russischen Einflussoperation, deren Ziel es sei, die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Freiheit der Ukraine in Frage zu stellen», schrieb die *Welt* am 27. März 2024.

Der tschechische Geheimdienst hat Erkenntnisse, dass über dieses Portal rechte Politiker in Europa mit Bargeld oder Kryptowährung bezahlt worden seien. Das Geld soll über Polen geflossen sein.

Auch die AfD-EU-Spritzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron gerieten ins Blickfeld, beide hatten dem Kreml-freundlichen Sender Interviews gegeben. Krah und Bystron dementierten gegenüber den Medien aber auch dem AfD-Vorstand, Geld genommen zu haben.

Krah und Bystron gehören zu denjenigen, die die AfD auch nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf Kremlkurs hielten. So nutzte Bystron eine Dienstreise nach Litauen am 16. November 2022 für einen heimlichen Abstecher nach Belarus, dessen Herrscher Alexander Lukaschenko im Februar zuvor der russischen Armee erlaubt hatte, auch von Belarus aus die Ukraine zu überfallen. Monate später, am 8. Februar 2023, deckte CORRECTIVC Bystrons fragwürdige Reisetätigkeit auf.

Innerhalb der AfD gibt es eine kleine Gruppe von Kritikern des russlandfreundlichen außenpolitischen Kurses, die schon früh eine russische Einflussnahme ahnten und hinter vorgehaltener Hand zu verstehen gaben: Sollte bewiesen werden, dass AfD-Politiker aus Russland

Geld bekommen hätten, müsse dies das Ende der Akteure in der Partei bedeuten.

Die Erkenntnisse der tschechischen und belgischen Geheimdienste, aber auch des US-amerikanischen FBI bringen Krah und Bystron in Erklärungsnot.

Am 19. April wurde bekannt, dass Bystron verdächtigt wurde, von Artem Martschewskyi, einem der Hintermänner von *Voice of Europe*, Geld empfangen haben. Laut mehreren Berichten von *Zeit* und *Spiegel* von diesem Tage habe der tschechische Geheimdienst Film- und Tonaufnahmen von der Übergabe verdächtiger Pakete Martschewskys an Bystron gemacht und Parlamentariern und Prag vorgespielt. Zu hören sei, wie Bystron mit Geld raschelt und sich »beschwert habe. Einen Teil des Geldes (the »other numbers«) könne man schwer loswerden.« (*Der Spiegel* vom 19. April 2024)

»Laut zwei Parlamentariern diskutierte Bystron mit Martschewskyi auch darüber, dass das prorussische Einflussnetzwerk zukünftige Assistenten der neu gewählten Politiker im Europäischen Parlament bezahlen sollte. Um welche Politiker es sich handele, werde aus der Aufnahme jedoch nicht deutlich.« (Die Zeit vom 19. April 2024)

Bystron dementierte umgehend.

Auch bei Krah hatte sich schon vorher etwas Ungewöhnliches ereignet. Als er im Dezember 2023 in die USA flog, um an einem Spendendinner für den US-amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump teilzunehmen, wurde er bei der Einreise vom FBI aufgehalten. Der *Spiegel* berichtete rückschauend am 16. April 2024 davon:

»So hielten die amerikanischen Ermittler dem Deutschen unter anderem eine Chatnachricht vor. Darin soll der prorussische Aktivist Oleg Woloschyn seinem Bekannten Krah versichert haben, das Problem mit den ›Kompensationen‹ für Krahs ›technische Ausgaben‹ sei gelöst. Von Mai an ›wird es so sein, wie es vor Februar war‹. Die Formulierung legt

den Verdacht nahe, dass Krah schon länger verdeckt bezahlt worden sein könnte. Die Behörden gehen dem nun nach.«

Krah dementierte. Die ARD berichtete am 17. April 2024, dass die FBI-Beamten bei dieser Befragung bei Krah 3000 Euro in bar gefunden hätten. Das überrascht: Denn die USA gelten eigentlich als Land der Kreditkarten. Krah sagte gegenüber der ARD, dies sei seine »Bargeldreserve« gewesen, weil er die Kreditkarten vergessen hätte.

Der AfD-Bundesvorstand befragte am 22. April 2022 erneut Krah und Bystron zu den Vorwürfen. Beide würden bestreiten, finanzielle Zuwendungen erhalten zu haben, hieß es aus dem Vorstand. Solange keine konkreten Beweise vorlägen, müsse man sich hinter die beiden Spitzenkandidaten für die Europawahl stellen, sagte der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla gegenüber den Medien, aber »käufliche Meinungen« seien in der AfD die »rote Linie«. Die Kandidatenliste war vor der Europawahl nicht mehr zu ändern, die AfD musste mit Krah und Bystron in den Europawahlkampf gehen.

Es wird für die Partei schwer werden, die außenpolitische Weichenstellung wieder zurückzudrehen. In dem Brief der Regierungschefs von Belgien und Tschechien hieß es, dass die russische Einflussnahme auch auf die Mitarbeiter der Abgeordneten ziele. Fälle wie der Ochsenreiters oder des russischstämmigen Mitarbeiters von Eugen Schmidt und andere scheinen dies zu bestätigen.

Wie die Affäre um Krah, Bystron und die *Voice of Europe* ausging, war bis zur Drucklegung des Buches noch offen.

Aber ungeachtet dessen, zeigt die Geschichte der AfD, dass die immer radikaleren Ideen in der Partei bleiben, auch wenn ihre Träger, aus welchen

Gründen auch immer, ausscheiden. Krahs Ideen zu Russland, zur »Remigration« oder zu den »Menschenrechten«, stoßen innerhalb der AfD auf Unterstützung, sie hängen nicht an einer Person.

Kapitel 3

Die radikalierte AfD und ihre Beziehungen zu China, Syrien und dem Iran

Die AfD orientiert sich nicht nur nach Russland. Auch das Reich der Mitte ist für hochrangige AfDler offenbar ein begehrter Partner. Die Parteichefin Alice Weidel promovierte über das chinesische Rentenmodell. Sie spricht nach eigenen Angaben Mandarin und bereiste im August 2023 mit einer AfD-Delegation Schanghai und Peking und soll den chinesischen Vize-Außenminister getroffen haben.

Weidel habe während der Reise gesagt, dass die Gesprächspartner in China »sehr gut über unsere Arbeit in Berlin informiert« seien, den Kontakt wolle man »intensivieren«, und »die nächsten Schritte sind bereits in Planung«, heißt es dann in der *Spiegel*-Recherche »Chinas Stasi, ein belgischer Handlanger und Spuren zur AfD« vom 15. Dezember 2023.

Weidel macht aus ihrer Bewunderung für China keinen Hehl. Auf X, vormals Twitter, griff sie am 17. April 2023 die Bundesregierung an und nahm China in Schutz:

»Während Abrissbirne #Habeck das Inland abwirtschaftet, schlägt #Baerbock uns im Ausland einen weiteren Sargnagel ein: In ihrer Selbstüberhöhung düpiert sie #China – unseren wichtigsten Handelspartner.«

Und schon früher betrachtete Weidel das autoritäre China mit Wohlwollen. Am 25. Juli 2017 beschrieb die *Wirtschaftswoche* die Sichtweisen der AfD-Frontfrau auf das Reich der Mitte:

»Heute, als AfD-Politikerin, lobt sie den Fleiß und Unternehmergeist der Chinesen sowie die Tatsache, dass das Riesenland viel Wert auf Grenzsicherung lege.«

Maximilian Krah: Ein China-Lobbyist und ein Spion in dessen Vorzimmer

Die Begeisterung für China ist aber nicht nur ein nostalgischer Reflex aus Alice Weidels früherem Leben und ist auch nicht allein durch wirtschaftlichen Opportunismus zu erklären. Die Begeisterung für das Reich der Mitte ist Teil der Ideologie der »multipolaren Weltordnung«, der immer mehr AfD-Funktionäre folgen. Das erklärt auch, warum die, die mit Moskau tanzen, dies auch mit Peking tun. Wie im Kapitel zu Russland erwähnt, beschreibt Rainer Rothfuß, AfD-Bundestagsabgeordneter aus Bayern, den Grund dafür: in der »multipolaren Weltordnung« soll sich Deutschland zusammen mit Russland und China zu einem »Eurasien« verbinden, um den Einfluss der USA zu mindern. Einmal mehr hört man Kreml-Ideologen Alexander Dugin den Ton vorgeben.

Und auch bei diesem geopolitischen Husarenritt mischt der Maximilian Krah vorne mit. Seit dem Einzug ins Europaparlament 2019 macht der AfD-Mann aus Sachsen Lobby-Politik für China. Er wurde sehr schnell Mitglied der EU-China-Friendship Group, die allerdings nach der Recherche des US-Magazins Politico mit dem Titel »Beijing's influence in European Parliament draws fresh scrutiny« vom 26. November 2020 wegen verdächtiger Chinanähe ihre Tätigkeit einstellte.

Krah bezweifelt die systematische Verfolgung der Uiguren durch den chinesischen Staat, lobt die chinesische Politik in Tibet, setzt sich entgegen Skeptikern in der Partei für die chinesische Firma Huawei und deren 5G-Technik ein, ließ sich bei einer Reise ins Land der Mitte Zugfahrten und Hotels bezahlen. Und einen Bekannten aus Studienzeiten, Jian G., holte er als seinen Mitarbeiter ins Europäische Parlament.

Am 1. Oktober 2023 schaute sich t-online in der Recherche »Maximilian Krah, das Geld aus China und die Geheimdienste«, den AfD-Europaabgeordneten und dessen Mitarbeiter genauer an:

»Recherchen von »t-online« zeigen nun, dass Krah den Anstoß für ein deutsch-chinesisches Lobby-Netzwerk gab. Ein enger Vertrauter orchestrierte es direkt aus Krahs Abgeordnetenbüro in Brüssel und lotste Politiker in den Einparteienstaat. Zeitgleich floss über das Netzwerk Geld aus China in Richtung des Vertrauten. Es gibt Hinweise auf Verbindungen zum chinesischen Staat.

Der AfD-Spitzenkandidat sagte »t-online«, er sehe keine Interessenkonflikte. Sein Vertrauter äußerte sich nicht zu zentralen Fragen. Krahs China-Gate: Es ist ein Politthriller, der in der jüngeren deutschen Geschichte einzigartig scheint.«

Die Recherche beschreibt auch die zwielichtige Tätigkeit von Jian G..

Spätestens also seit Oktober 2023 hätten Krah und die AfD, die ihn mit 65,7% der Stimmen zum AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl gewählt hatte, gewarnt sein können. Aber Krah sah sich als Opfer einer Medienkampagne und setzte die Lobby-Arbeit für China im EU-Parlament zusammen mit seinem Mitarbeiter Jian G. fort.

2024 platzte die Bombe. Am 24. April ließ der Generalbundesanwalt Krahs Mitarbeiter wegen Geheimdiensttätigkeit für China in dessen Dresdner Wohnung verhaften, ihm wird »Agententätigkeit für einen ausländischen Geheimdienst in einem besonders schweren Fall« zur Last gelegt.

Jian G. war in chinesischen Oppositionsgruppen engagiert und er hat sich sogar mit dem Dalai Lama, dem im Exil lebenden Oberhaupt der Tibeter getroffen – reiste aber gleichwohl mehrfach nach China und organisierte für

seinen Chef und für Politiker aus der sächsischen Stadt Pirna Reisen dorthin. Als engagierter Aktivist, der sich mit dem Dalai Lama trifft, hätte er in China mit Schwierigkeiten rechnen müssen. Doch diesen Widerspruch bemerkte Krah offenbar nicht. Nach der Verhaftung gab er sich überrascht, feuerte den Mitarbeiter, weigerte sich aber, politische Konsequenzen zu übernehmen. Die AfD-Führung um Alice Weidel und Tino Chrupalla zeigten sich entsetzt, war aber machtlos. Zwar durfte Krah auf dem Wahlkampfauftakt der AfD für die Europawahl nicht auftreten, aber er sah sich weiter als Spitzenkandidat seiner Partei, »er werde nicht in Sack und Asche« gehen, sagte Krah den wartenden Journalisten am Berliner Flughafen, als er am Tag der Verhaftung seines Mitarbeiters aus Brüssel in die Hauptstadt eilte.

Soweit der Stand bei Redaktionsschluss des vorliegenden Buches.

Während in der AfD viele an Maximilian Krah verzweifelten, sprangen ihm zwei wichtige völkische Ideologen zur Seite. Der Verleger und rechtsradikale Strippenzieher Götz Kubitschek bezeichnet am 23. April 2024 auf Sezession die Verhaftung von Jian G. als ein »durchsichtiges Manöver«, um die »Machtbeteiligung« der AfD in Deutschland zu verhindern.

Und auch der Kopf der Identitäten Bewegung, Martin Sellner, trommelte auf seinem Telegramm-Kanal für den AfD-Mann; er hielt den Zeitpunkt der Verhaftung von Jian G. für verdächtig und fordert seine Anhänger auf, Krahs Videos zu verbreiten.

Das wundert nicht. Kubitschek bietet in seinem Verlag Sellners und Krahs Bücher im Doppelpack an. Und nach dem Parteitag in Magdeburg, am 31. Juli 2023, hatte er auf *Sezession* gejubelt:

»Wir werden, wenn es so weitergeht, bis zum Ende des Jahres den Begriff Remigration in der Gesellschaft und die Warnung vor bloßem Parlamentspatriotismus in der Partei platziert haben. Krah in Magdeburg, Sellner in Wien – das sind Zahnräder, das ist die gelungene Verschränkung von Vorfeld und Partei, von Nachdenken und Umsetzen.«

In diesem Artikel lobt Kubitschek ausdrücklich auch Krahs Buch Politik von rechts – Ein Manifest, Krah habe mit dem Buch »an einer politischen Grundlage gearbeitet und sie als Ausweis seiner Ernsthaftigkeit in Buchform vorgelegt.«

»Remigration«, Orientierung nach Russland und China und »mulitpolare Weltordnung« – all das fasst der AfD-Politiker in dem »Manifest« zusammen – sind keine voneinander unabhängigen Ziele. Wenn man sie zusammendenkt, wirken sie wie Teil eines größeren Plans. Die CORRECTIV-Recherche über die Vertreibungspläne und die Russland- und China-Affären von Krah im März und April 2024 haben das Ineinandergreifen der »Zahnräder« zumindest zeitweise ins Stocken gebracht.

Auch TikTok scheint Chinas Mann im Europaparlament nicht einfach so fallen lassen zu wollen. Der auf sozialen Netzwerken aktive Rechtsanwalt Chan-jo Jun aus Würzburg stellt auf X am 23. April 2024 fest: »TikToks chinesischer Betreiber ByteDance bremst Videos über chinesische Spionage oder solche in denen Maximilian Krah erwähnt wird in der Reichweite.« Jun zeigt dies anhand von Zugriffsdaten seiner TikTok-Posts. Die, in denen Krah oder die Spionageaffäre erwähnt werden, wurden deutlich weniger weit verbreitet.

Auffallend auch bei diesem Skandal, dass wieder ein Mitarbeiter eines AfD-Abgeordneten das Scharnier für eine fremde Macht darstellt. Es ist exakt die Form der Einflussnahme, vor der der belgische und der tschechische Premierminister im April 2024 eindringlich gewarnt hatten.

Für Krahs auffallende Chinanähe hat dessen Parteifreund, der AfD-Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter, eine Erklärung: Krah wolle den Rechtsstaat und die Menschenrechte abschaffen und habe die Ideologie

der chinesischen KP zum Vorbild für Europa und Deutschland übernommen. Kleinwächter, der in der AfD keine Mehrheiten mehr gewinnen wird, kam zu diesem Ergebnis nach der bereits erwähnten Lektüre von Krahs Buch *Politik von rechts – Ein Manifest*, das schon im Kapitel über die Russlandbeziehungen verstörende Einsichten aufzeigt.

Der Titel von Kleinwächters Rezension darüber, die er auf seiner Webseite vor dem Parteitag in Magdeburg, auf dem Krah zum Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl gewählt wurde, veröffentlicht hat, ist eindeutig: »Krahs ›Politik von rechts‹ und die Antidemokratie Chinas«.

Kleinwächters Meinung nach will Krah die liberale Demokratie durch die Herrschaft jeweils einer Partei ersetzen, die sich als alleiniger Vertreter des Volkes sieht. Das bedeutet: Den Menschen schützen weder Menschenrechte noch die Verfassung vor dem Zugriff des Staates.

»Es ist wenig verwunderlich, dass insbesondere die Menschenrechte im Fokus von Krahs und Chinas Kritik stehen. Die chinesische Führung hat Hunderttausende Uiguren in Umerziehungslager gesteckt und foltern lassen (Müller/Pfaff), erwehrt sich aber jeglicher Kritik daran. Die Einlassung des chinesischen Außenministers Qin Gang, dass jeder Staat seine eigenen Gegebenheiten und kulturellen und historischen Hintergründe habe und es deswegen bei den Menschenrechten ›keine einheitlichen Standards in der Welt‹ geben könne (Heide/Gusbeth), findet sich auch bei Krah: ›Die politische Rechte muß aber nicht nur auf eine dezentrale Interpretation der Menschenrechte drängen, sondern auch die Unvollständigkeit des Konzepts herausstellen, indem sie auf die eigenen Rechte von anderen Organisationsebenen zwischen dem Individuum und der Menschheit verweist: Rechte der Familie, der lokalen Gemeinschaft, des Volkes. Menschenrechte sind nicht absolut, sondern im Kontext der Gesellschaft zu definieren.‹«

Dann legt Krahs Parteifreund nach:

»Krah erteilt also unveräußerlichen Menschenrechten – etwa dem Recht auf Leben, auf Heirat oder eine Familie sowie dem Schutz vor ungerechtfertigter Strafverfolgung und Folter – eine Absage, weil diese ›im Kontext der Gesellschaft‹ zu definieren seien. Zudem entzieht Krah dem Individuum den Status als Rechtssubjekt, den es sich künftig mit anderen Organisationsebenen, etwa des Volkes, teilen muss. Wenn jedoch der Staat aufgrund des ›Mythos‹ der Verfassung vorgeht, die staatlichen Institutionen selbst politisiert sind, der Rechtsstaat und seine Schranken der Verhältnismäßigkeit abgeschafft sind und dann auch noch dem Individuum keine individuellen Rechte zuteilwerden, fällt ›Politik von rechts‹ hinter die Errungenschaften der Aufklärung zurück und erschafft nichts anderes als einen brutalen Führer- und Gewaltstaat, dessen Entstehung die Menschenrechte ja immer verhindern sollten.«

Das Ergebnis ist für den AfD-Bundestagsabgeordneten Kleinwächter nichts anderes als ein totalitärer Staat nach dem Beispiel der chinesischen KP.

Norbert Kleinwächter hat in der AfD wie erwähnt kaum noch Freunde. Die Krahs und Höckes und Chrupallas haben sich durchgesetzt und genießen die Rückendeckung der Chinafreundin Weidel. Während die AfD 2024 und 2025 auf Wahlsiege hofft, wird Kleinwächter kaum mehr einen Listenplatz für den nächsten Bundestag ergattern können.

Der chinesische Spion und die europäische Rechte

Die chinesischen Bindungen in die AfD gehen jedoch noch weiter. Am 15. Dezember 2023 veröffentlichte der *Spiegel* die Recherche »Chinas Stasi, ein belgischer Handlanger und Spuren zur AfD«.

Der *Spiegel* konnte E-Mails zwischen einem chinesischen Spion namens Woo und einem Politiker auswerten, die zeigen, wie der chinesische Spion versuchte, über rechte Parteien Einfluss in Europa auszuüben. Der Kontaktmann des chinesischen Agenten ist nach der Recherche vom *Spiegel* Frank Creyelman, ehemaliges Parlamentsmitglied in Belgien und Mitglied der rechtsextremen Partei Vlaams Belang.

Besonders augenfällig: Der chinesische Spion und sein belgischer Kontaktmann bedienen sich erneut Manuel Ochsenreiters, der als Mitarbeiter für den AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier tätig war und dafür gesorgt hatte, dass die Ideen der russischen Nationalisten in die AfD einsickerten.

Ochsenreiter war nach den E-Mails, die dem *Spiegel* vorlagen, also nicht nur für Russland tätig. Er soll, so der *Spiegel*, überdies dabei geholfen haben, dass der AfD-Bundestagsabgeordnete Stefan Keuter aus Essen eine Kleine Anfrage zu Flüchtlingen aus Hongkong gestellt habe. Keuter ist der Mann, der sich schon Russland und Putin angedient hatte. Kreise schließen sich erneut. Der *Spiegel* weiter:

»Ochsenreiter fungierte für AfD-Leute offenbar als Mittelsmann zu beiden Ländern, Russland und China. Unter anderem soll er eine aktive Rolle im Vorfeld der Kleinen Anfrage von Stefan Keuter gespielt haben, wie Sicherheitskreise dem SPIEGEL bestätigten. Ochsenreiter soll demnach für die erfolgreiche Abwicklung dieses Projekts aus China mehrere Tausend Euro erhalten haben.«

Keuter bestreitet gegenüber dem *Spiegel*, zu der Anfrage angestiftet worden zu sein, er habe diese aus eigenem Antrieb und politischer Sorge gestellt. Der *Spiegel* konnte Ochsenreiter nicht mehr befragen, er war in Moskau an einem Herzinfarkt gestorben. Dorthin floh er 2019, da die polnische Staatsanwaltschaft wegen Terrorismusfinanzierung und Anstiftung zur schweren Brandstiftung gegen ihn ermittelte.

Der chinesische Spion und sein Kontaktmann im Vlaams Belang freuten sich jedoch in E-Mails, die vom *Spiegel* ausgewertet wurden, über Keuters Anfrage im Frühjahr 2021 an die Bundesregierung und bezeichnen diese als einen Erfolg. Keuter stellte seine Anfrage, als die deutsche Öffentlichkeit eigentlich mit Corona beschäftigt war; der AfD-Mann aus Essen war jedoch offenbar mehr über die angebliche Gefährlichkeit von Flüchtlingen aus Hongkong besorgt. Dies verwundert. Infolge der brutalen Niederschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong rissen sich Kanada, Australien und die USA regelrecht um die gut ausgebildeten Flüchtlinge aus der ehemaligen britischen Kolonie. Das war mit ein Grund dafür, warum die Flüchtlingszahlen aus Hongkong nach Deutschland eher gering waren. Von 2016 bis 2021 stellten nur acht Flüchtlinge aus Hongkong in der Bundesrepublik einen Asylantrag, von denen vier Asyl erhielten, wie der *Spiegel* zeigt.

In den vom *Spiegel* ausgewerteten E-Mails zwischen dem chinesischen Spion und seinem Kontaktmann in Belgien, der sich gute Verbindungen zur AfD röhmt, fällt ein Dialog ins Auge. Hier der Absatz aus der Recherche:

»Unvermittelt teilt Woo Creyelman im Oktober 2022 mit, dass sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz als auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron nach China reisen würden. ›Es gibt ein Projekt, das wir diskutieren. Wir sollten Stimmung machen, um zu verdeutlichen, dass die USA und UK die Energieversorgung in Europa destabilisieren.‹ China hingegen helfe aus. Er habe da eine Idee: ›Über unsere Abgeordneten vom rechten Flügel ein Statement im Europäischen Parlament verbreiten zu

lassen<, etwa in der Lesart, dass Großbritannien und die USA in Europa nur Probleme verursachten, China die EU hingegen unterstütze. Diese Botschaft solle dann während des Besuchs in Medien verbreitet werden. ›Denkst Du, das ist möglich?‹ Creyelman antwortet Sekunden später: ›In Deutschland können wir über die AfD-Leute die deutsche Delegation auffordern, offen mit der chinesischen Führung zu sprechen, statt nur der US-Strategie zu folgen.««

In diesem Kontext macht es Sinn, sich an die geschilderten Ergebnisse des Parteitags in Magdeburg im Sommer 2023 zu erinnern. Dort wurde der Chinafreund Maximilian Krah zum Spitzenkandidaten gewählt, und die AfD gab sich ein Europaprogramm. In der Präambel findet sich bekanntlich folgender Satz:

»Jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab. Die Staaten Europas werden so in Konflikte hineingezogen, die nicht die ihren sind und ihren natürlichen Interessen – fruchtbare Handelsbeziehungen im europäisch-asiatischen Raum – diametral entgegenstehen.«

Dieser Satz im Europawahlprogramm der AfD entspricht ziemlich genau dem, was zehn Monate zuvor der chinesische Spion mit seinem belgischen Kontaktmann besprach, und dieser sicherte zu, diese Gedanken »über die AfD-Leute« zu verbreiten.

Alles Zufall?

Für die AfD ist neben Russland auch China offenbar ein wichtigerer Partner als die USA. Das setzt gerade vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und Europa die liberale Demokratie auch in unserem Land unter Druck. Die Chinapolitik der AfD zeigt eine weitere Entgrenzung der Partei.

Die AfD und das »Mullah-Regime« in Teheran

Die AfD hat wie gesehen einen Hang zu autoritären Systemen. Selbst das Mullah-Regime in Teheran hat es einigen AfD-Politikern angetan. Schon die Bezeichnung »Mullah-Regime« geht ihnen zu weit, sie wollen sie abschaffen.

»Wir sollten es zudem ausdrücklich vermeiden, abwertend über die Führungen anderer Länder zu sprechen, unabhängig davon, wie sympathisch oder unsympathisch sie uns sind – in diesem Fall dem Iran. Die Wortwahl ›Mullah-Regime‹ ist unangemessen. Wir sprechen auch nicht vom ›Saud-Regime‹ in Saudi-Arabien – und sollten dies auch nicht«,

schrieben in einem internen Positionspapier für die AfD-Bundestagsfraktion die Abgeordneten aus NRW Roger Beckamp und Eugen Schmidt. CORRECTIV veröffentlichte das Papier am 23. November 2022.

Während weltweit die mutigen Demonstrationen gegen die Drangsalierung von Frauen durch die Religionspolizei und die brutale Reaktion iranischer Sicherheitskräfte durch die Medien gingen, wollten Beckamp und Schmidt zwar nicht »herzlos« sein, warfen den Demonstranten aber vor, gewalttätig zu sein und den Umsturz anzustreben.

»Wir sollten aber dabei zugleich den Eindruck vermeiden, herzlos-kühl zu sein. Die Proteste im Iran sind selbstverständlich sympathisch! Die AfD ist die Partei der Freiheit und der Islam-Kritik! Schaufensterreden aber schaden. Die AfD sollte also eine pragmatische oder Realpolitik betreiben, die zugleich Emotionen anspricht, aber nicht aufstachelt«,

hieß es in dem Papier; es kritisierte »aber auch die Demonstranten (von denen nicht selten auch Gewalt ausgeht). Deutschland sollte ausdrücklich erklären, keinen Regime Change anzustreben!«, und forderte, »Gespräche mit dem Iran zu verstärken«.

In dem Papier widersprachen Beckamp und Schmidt überdies dem AfD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Braun und dessen Iranpapier. Braun war zu dieser Zeit auch stellvertretender Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Bundestag und vertritt eine diametral entgegengesetzte Ansicht zu Beckamp und Schmidt.

Braun warf in seinem Papier der iranischen Führung vor, die eigene Bevölkerung zu »terrorisieren«, und forderte: »die Politik des Beschwichtigens, der Verharmlosung des Mullah-Regimes« könne und solle nun enden. Während Beckamp und Schmidt die »Würdigung der seit 150 Jahren freundschaftlichen deutsch-iranischen Beziehungen« forderten, wollte Braun genau das nicht.

Beckamp und Schmidt griffen deshalb den Parteifreund an: »Der Tenor des Antrags von Braun ähnelt dem der Koalitionsfraktionen. Die Wortwahl des Antrags von Jürgen Braun läuft auf eine ideologische Legitimierung und Aufforderung zur Unterstützung eines Regime Changes hinaus.« Das aber wollen Beckamp und Schmidt verhindern, denn sie sehen in der Nähe der AfD zu den Despoten offenbar ein Alleinstellungsmerkmal, mit dem sie denken, bei der Bevölkerung punkten zu können: »Die AfD besitzt auch hinsichtlich der Außenpolitik ein Alleinstellungsmerkmal: Nur wir fechten für deutsche Interessen und treten zugleich auch genau darum grundsätzlich für eine Politik des außenpolitischen Ausgleichs ein.« Da stört offenbar das Mitgefühl ihres Parteifreundes Braun für die unterdrückten Frauen im Iran.

Beckamp sucht die direkte Nähe zu den Vertretern des Mullah-Regimes. Die *Welt* beschrieb am 17. November 2022, wie der AfD-Abgeordnete Beckamp Anfang Juli die iranische Botschaft in Berlin besuchte und als Gastgeschenk eine 100 Jahre alte Karte Persiens überreichte. Am 20. Juli 2022 stellte Beckamp zusammen mit anderen AfD-Abgeordneten eine Kleine Anfrage im Bundestag über die Rolle des Iran als Gaslieferant und Ölförderer. Die AfD-Anfrage preist das Potenzial des Iran als »Gasförderer« und fragt die Bundesregierung, ob sie »Kenntnis darüber« besitze.

Dem anderen Iranfreund in der AfD, Eugen Schmidt, begegneten wir schon im Abschnitt über die Russlandnähe der Partei. Er zeigte sich wie erwähnt im Bundestag wenige Tage vor Beginn des Angriffskriegs am 19. Februar 2022 noch vom Friedenswillen des Kremls überzeugt: »Will Russland Krieg?«, fragte Schmidt das Plenum und gab auch gleich die Antwort: »Sicher nicht.«

Nach dem Überfall trat der AfD-Bundestagsabgeordnete Schmidt dann in der Politshow des russischen Kriegspropagandisten Wladimir Solowjow auf. Schmidt ist offenbar nicht nur russlandnah, er blinkt auch in Richtung Teheran.

Die Iranliebe ist in der AfD allerdings nicht unumstritten, neben Braun zeigte sich auch Beatrix von Storch empört: »Der islamische Terrorstaat Iran steht für alles, was wir bekämpfen«, zitiert die *Welt* die Vize-Fraktionsvorsitzende am 17. November 2022 , das sei »Konsens in der AfD«.

Das Buch von Maximilian Krah spricht da eine andere Sprache. In *Politik von rechts – Ein Manifest* (S. 108) feiert der AfDler aus Sachsen sogar die Islamische Revolution.

»Der erste Rückschlag für die westliche Dominanz und zugleich das erste Erwachen eines nichtwestlichen Modells war 1978 die Islamische Revolution des Ayatollah Khomeini im Iran, die sich explizit gegen die Verwestlichung des Landes durch Schah Reza Pahlavi richtete.«

Das war ganz im Sinne Krahs (Seite 116):

»Ein mental konservativer Denkender wird immer die eigene Tradition fortsetzen wollen, nicht die fremde Tradition. Das sollte spätestens mit der Islamischen Revolution im Iran 1978/79 unbestritten sein. Der Westen gewinnt in den nichtwestlichen Ländern exakt jene Menschen, die mit den lokalen Traditionen hadern, vielleicht weil sie politisch links ticken, einer sexuellen Minderheit angehören oder sonstwie am Rande der traditionellen Gesellschaften stehen.«

Der AfD-Europaabgeordnete Krah veröffentlichte sein Buch 2023, als im Iran landesweit Zehntausende Frauen gegen die Unterdrückung durch das Mullah-Regime auf die Straße gingen. Es ist interessant zu sehen, dass Krah die Frauen Irans am »Rande der Gesellschaft« verortet.

Aber Krah findet auch die Taliban nicht schlecht. Im Juni 2023 war Krah Guest bei einem Podcast des »Instituts für Staatspolitik« des völkischen Verlegers Götz Kubitschek und dessen Frau Ellen Kositzka. Dort sagte das Mitglied des AfD-Bundesvorstandes über die Taliban: »2021 hatte die US-Botschaft ganz stolz den Pride Month ausgerufen. Es dauerte keine drei Wochen, bis die Taliban in Kabul eingerückt sind. Ich glaube, dass das die einzige richtige Antwort auf den Pride Month gewesen ist«. Die *Frankfurter Rundschau* zitiert am 2. August die Reaktion von Kubitschek: »Das lassen wir jetzt mal so stehen«. Krah blieb fest. »Ich finde den (Pride Month) ganz widerlich. Ich finde den ganz widerlich.«

Die Ansicht von Beatrix von Storch, dass die Ablehnung des Mullah-Regimes in der AfD Konsens sei, bewahrheitete sich offensichtlich im Sommer 2023 nicht, als Krah mit breiter Mehrheit zum Spitzenkandidaten

der AfD für die Europawahl gewählt wurde. Und zwar nachdem er sein Buch geschrieben und veröffentlicht hatte, in dem dies alles steht.

Syrien: Die Pilgerreisen der AfD ins Assad-Regime

Bei der Liebe zu den Despoten der Welt darf auch der syrische Diktator Baschar al-Assad nicht fehlen. Assad stürzte sein Land in einen blutigen Bürgerkrieg, mit Terroreinheiten ließ er Tausende Regimekritiker und Oppositionelle systematisch foltern, töten und verschwinden. Mithilfe der russischen Armee konnte sich Assad die Macht in Syrien sichern. Der Preis dafür war gewaltig. Die russische Luftwaffe bombardierte Städte wie Aleppo und Dörfer in Syrien in Grund und Boden. Dessen ungeachtet zelebrieren AfD-Politiker ihre Syrienbegeisterung in aller Öffentlichkeit. Das überrascht nicht. Der von Putin und Assad brutal geführte Krieg löste 2015 die Flüchtlingsströme aus, aus denen die AfD bis heute politisch Honig saugt.

2018 reiste der NRW-Landtagsabgeordnete der AfD Christian Blex mit einer Delegation nach Syrien, wie der *Spiegel* am 19. März 2018 berichtete, »in Syrien aber wurde die siebenköpfige Gruppe [...] hofiert wie eine Abordnung deutscher Staatsgäste. Es gab großformatige Berichte in den staatlichen syrischen Medien. Unter anderem traf die Gruppe den Großmufti von Syrien.«

Aus dem Ziel der Reise machte Blex keinen Hehl. Die Delegation wollte zeigen, dass syrische Flüchtlinge zurückkehren könnten. »Wir haben daran keinen Zweifel gefunden«, sagte der AfD-Abgeordnete aus NRW auf der Pressekonferenz nach der Reise in Berlin. Blex zeigte sich von dem Leben in Syrien unter Assad begeistert. Er erzählte vom Eisessen und Spaziergängen auf dem Basar, wie der *Spiegel* schreibt, und habe hinzugefügt, »während sogenannte syrische ›Flüchtlinge‹ aus Homs auf Kosten der deutschen Steuerzahler in Berlin Kaffee trinken, trinken wir ihn auf eigene Kosten in

Homs«, habe Blex gesagt. Den Unterdrückungs- und Terrorapparat des Assad-Regimes übersah die AfD-Delegation geflissentlich.

Es gab weitere Reisen. Der AfD-Abgeordnete aus NRW Roger Beckamp, den wir bereits auch als Mullah-Versteher kennengelernt haben, fuhr im August 2022 nach Syrien und berichtete in einem Video auf YouTube ganz euphorisch darüber.

»Ich nehme ganz deutlich mit, dass das Thema Sanktionen allen Leuten auf den Nägeln gebrannt hat. Das ist der große Faktor, der Syrien eben am Boden noch hält. Es ist in weiten Teilen Frieden. Es ist natürlich kein demokratisches, freiheitliches Regime dort vor Ort, nicht nach unseren Maßstäben, aber es lässt sich in Frieden leben. Und insofern wäre es auch unsere Aufgabe als Politiker aus dem Westen, zu sehen, dass wir Sanktionen aufheben, möglichst rasch, damit auch Perspektiven für die Menschen vor Ort sind und für die Menschen, die bei uns in Deutschland und ganz Europa sind, damit sie in ihre Heimat zurückkehren können.«

Das Video warb für ein Sonderheft des rechtsextremen Mediums *Info-DIRECT* über Syrien mit dem Titel »Schluss mit der Märchenstunde: Die ganze Wahrheit über Syrien«, Beckamp gab darin ein Interview. Syrien unter dem Tyrannen Assad wird darin als ein friedliches Land dargestellt.

In den Chor der Assadversteher reihen sich Altbekannte aus der Russlandfraktion ein. Der Bundestagsabgeordnete aus Brandenburg, Steffen Kotré, auch Gast bei dem russischen Kriegspropagandisten Wladimir Solowjow, fordert die Aufhebung der Sanktionen gegen Syrien. Kotré und Beckamp geben die Mehrheitsmeinung der AfD-Fraktion im Bundestag wieder.

Am 9. November 2023 brachte die AfD-Bundestagsfraktion einen Antrag ein, die Sanktionen gegen Syrien aufzuheben. Darin macht sie für das Leid

der Menschen nicht etwa das Terrorregime von Assad verantwortlich, sondern den Westen. »Ursächlich für das humanitäre Desaster in Syrien sind – neben den Kriegsschäden, der libanesischen Finanzkrise und COVID-19 beziehungsweise den entsprechenden Maßnahmen – die von den USA und der EU verhängten Sanktionen«, heißt es in dem Antrag. Dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, den Mullahs und nicht zuletzt Assad in Syrien dürfte das gefallen haben. Das war nicht das erste Mal. Die Forderung, Sanktionen gegen Syrien aufzuheben, stellte die AfD-Bundestagsfraktion auch schon 2019.

Die Orientierung der Partei zu den Despotien und die Vertreibungsideen der AfD zeigen, wie weit die Entgrenzung der Partei inzwischen gediehen ist, die sich vor 11 Jahren als vergleichsweise harmlose Interessengemeinschaft gegen den Euro gegründet hat.

Kapitel 4

Der Weg in die Entgrenzung Die Gründung einer angeblich harmlosen Partei und die Kaperfahrt der rechtsradikalen und rechtsextremen Netzwerke

Euroskeptiker und Wirtschaftsprofessoren gründen 2013 eine Partei

Griechenland stand vor dem Staatsbankrott, der Euro war in Gefahr. 2012 und 2013 waren für die Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihren Finanzminister Wolfgang Schäuble harte Zeiten. Merkel wollte den Euro retten, und Schäuble zwang das wankende Griechenland über die EU zu immer mehr Sparrunden. »Die Eurorettung ist alternativlos«, sagte Merkel damals im Bundestag. Merkel verpasste es aber in dieser Situation, dem Euro die politisch-historische Bedeutung zu geben, mit der Bundeskanzler Helmut Kohl für dessen Einführung gestritten hatte. Die europäische Integration war für Kohl immer eine »Frage von Krieg und Frieden«, und davor verblasste die Frage, wie viele Milliarden Deutsche Mark aus dem Bundeshaushalt dafür aufzuwenden seien. Diese Geldzuwendung war eh zweitrangig, da die deutsche Wirtschaft zu den Hauptprofiteuren der europäischen Einigung und später der Einführung des Euros zählte.

Mit seinem politisch-historischen Pathos vertrieb Kohl die Erbsenzähler der Austerität und die Jünger einer strikten Sparpolitik. Kohl wusste: Das Geld war der Preis für den größten Erfolg in der deutschen Geschichte, die friedliche Wiedervereinigung. Damit war das Bekenntnis für den Euro ein patriotischer Akt. Schon früh liefen sich Wirtschaftsprofessoren warm gegen die Einführung des Euros. Der Tübinger Volkswirt Joachim Starbatty zog 1997 mit den Professorenkollegen Karl Albrecht Schachtschneider (damals schon stramm rechts), Wilhelm Hankel und Wilhelm Nölling vor

Gericht, um die Einführung des Euros zu stoppen. Erfolglos: 1999 wurde der Euro eingeführt, zunächst als »unsichtbare« Währung. 2002 wurde er zum Zahlmittel mit Geldscheinen und Münzen. 2011 erhoben sie erneut Einspruch. Die *taz* nannte sie am 1. Juli 2011 »Der Klub der alten Kläger«. Der Bayreuther Wirtschaftsprofessor Peter Oberender unterzeichnete zusammen mit 155 Professoren am 10. Februar 1998 ein Manifest, das forderte, man müsse die »Konvergenzkriterien strikt einhalten«. Diese bestimmen die Bedingungen für die Mitgliedschaft in dem Euroraum. Das öffentliche Defizit darf nicht mehr als drei Prozent des Bruttonsozialprodukts betragen, der Gesamtschuldenstand nicht mehr als 60 Prozent, und die Inflationsrate darf nicht über 1,5 Prozent liegen. Die politische Dimension des Euros haben diese Professoren leider nie verstanden. Und offenbar führte die Ablehnung des Euros allzu oft in die AfD. Starbatty gehörte zu den ersten AfD-Abgeordneten des Europaparlaments, und Alice Weidel, die heutige AfD-Vorsitzende, studierte bei Oberender in Bayreuth.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung brachte Merkel, obwohl aus der DDR stammend, nicht dieselbe pathetische Begründungskraft auf wie Kohl: sie stritt für die »Eurorettung« mit kaum verständlichen ökonomischen Zwangslagen und Hebelmechanismen. Kohl hätte wahrscheinlich die Eurorettung für Griechenland, immerhin die Wiege der Demokratie, wohl zu einer pathetischen Tat erklärt, sodass sich kein konservativer Sparzwickel aus den Löchern getraut hätte. Merkels defensive Alternativlosigkeit dagegen reizte die hohen Ritter der Sparpolitik aus den deutschen Wirtschaftsuniversitäten.

So versammelten sich Mitglieder des Bundes freier Bürger, der Hayek-Gesellschaft und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Gründung einer neuen Partei. Achtzehn von ihnen trafen sich am 6. Februar 2013 im hessischen Oberursel, darunter der damalige FAZ-Publizist Konrad Adam

sowie der Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, und gründeten die »Alternative für Deutschland«.

Auf dem ersten Parteitag wurde eine Dreierspitze gewählt: Bernd Lucke, Frauke Petry und Konrad Adam. Der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel tadelte für die AfD durch die Talkshows.

Von den Gründern ist noch Martin Renner aus NRW aktiv, er sitzt seit 2017 für die AfD im Bundestag. Die Partei gründete sich gegen die Eurorettungspolitik. Die AfD trat bei der Bundestagswahl 2013 an, verfehlte aber knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Im Programm für 2014 forderte die AfD »einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro« und stellte fest: »Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft.«

Diese Sätze schafften es in das Europaprogramm der AfD, obwohl vier Jahre zuvor der *Spiegel* anhand von »geheim gehaltenen Protokollen« am 25. September 2010 zeigen konnte, dass der damalige französische Präsident François Mitterrand von dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl für dessen Zustimmung für die Wiedervereinigung die Einführung des Euros gefordert hatte. »Mitterrand forderte Euro als Gegenleistung für die Einheit«, titelte damals das Hamburger Nachrichtenmagazin. Wenn man die deutsche Wiedervereinigung als einen der größten Erfolge der deutschen Geschichte ansieht, ist es schon widersprüchlich, wenn die AfD damals auf der einen Seite behauptete: »Die Europäische Union ist der Freiheit, dem Frieden, dem Wohlstand und der sozialen Sicherung verpflichtet. Sie hat zum deutschen und europäischen Wiederaufstieg, zum Wirtschaftsaufschwung, zur Völkerverständigung und zur deutschen Wiedervereinigung beigetragen«, auf der anderen Seite aber gegen die Einheitswährung wetterte, die diese Wiedervereinigung ermöglichte.

Der große Erfolg war die Europawahl im Jahr 2014: Die junge AfD erhielt sieben Prozent und zog mit sieben Abgeordneten in das EU-Parlament ein,

darunter Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, der Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty, aber auch die radikal-religiöse Netzwerkerin Beatrix von Storch und der damalige AfD-Chef aus NRW Marcus Pretzell. Von den ersten EU-Abgeordneten ist nur noch von Storch in der Partei. Sie sitzt seit 2017 im Bundestag. Von Storch ist gut vernetzt und eng verbunden mit Rechtskatholiken, vor allem mit ihren Ansichten zur Familienpolitik und zur Abtreibung versucht sie in der AfD zu punkten.

Genauso wie die Professoren Starbatty oder Lucke und der ehemalige Wirtschaftsfunktionär Hans-Olaf Henkel ist von Storch Anhängerin einer radikal liberalen Staatsidee, die von dem österreichischen Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek geprägt ist, einem der Vordenker des Neoliberalismus und des Nachtwächterstaates.

Alte rechtsextreme Netzwerke wittern ihre Chance

Von Franz Josef Strauß, dem langjährigen bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU, stammt der Satz, es dürfe in den Parlamenten keine Partei rechts von der Union geben. Dieses Diktum des neben Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl wohl prägendsten Politikers der alten Bundesrepublik kann natürlich rein taktisch verstanden werden, denn eine solche Partei würde die Union Stimmen kosten.

Allerdings meinte Strauß nach Einschätzung des Autors damit etwas anderes: Strauß wusste um die Gefahr für die Demokratie in Deutschland. Dem CSU-Mann aus Bayern war klar, welche Gedanken in den rechten Winkeln der Republik gedacht, geschrieben und gesprochen wurden. Nicht zuletzt gehörte zeitweilig Armin Mohler, der rechtsradikale Vordenker der Neuen Rechten, zu Strauß' Beraterkreis. Der 1920 geborene Schweizer Mohler war während der Nazizeit Hitlerbewunderer, ging nach Deutschland und wollte in die SS aufgenommen werden, die Eignungsprüfung für den Fronteinsatz bestand er jedoch nicht.

Nach der deutschen Niederlage und dem Untergang der Naziherrschaft versuchte Mohler mit dem Begriff der »konservativen Revolution« die rechten Ideologen oder Intellektuellen der Weimarer Republik von den verfemten Nationalsozialisten alten Schlags abzusetzen und gehörte zu den Rehabilitierern des Nazistaatsrechters Carl Schmitt.

Strauß wusste zu genau, welche Gedanken am rechten Rand der Bundesrepublik kursierten, und er wusste, dass es für die Bundesrepublik gut war, diese Rechten in den Unionsparteien einzukapseln. Strauß war

klar, dass diese Menschen über keine eigene Partei verfügen sollten und sich nicht in den deutschen Parlamenten festsetzen durften.

In der Bundesrepublik war dieser Kreis der Rechtsnationalen lange eingefriedet. Einer der Orte, an denen sie sich trafen, war das Studienzentrum Weikersheim in Baden-Württemberg, das von dem CDU-Politiker und ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründet wurde und als eine Brutstätte der Neuen Rechten in der Bundesrepublik gilt. Filbinger war in der Zeit des Nationalsozialismus als Jurist tätig und wurde von dem Schriftsteller Rolf Hochhuth als »furchtbarer Jurist« bezeichnet; Filbinger klagte gegen diesen Ausdruck vergeblich.

Eine völkische Partei etabliert sich in den Parlamenten

Diese rechten Kreise tagten hinter verschlossenen Türen, und ihnen fehlte der parlamentarische Arm. Und schon damals war klar, wie sich ihre Ideen von denen der CDU oder der CSU unterschieden. Die liberalkonservative Publizistin Liane Bednarz definierte nach dem Aufstieg der AfD den Unterschied zwischen bürgerlich-konservativ und rechtsradikal. Der Unterschied basiere auf »den Säulen Antipluralismus, Antiliberalismus und Ethnopluralismus«, so Bednarz am 21. Januar 2020 in der *Neuen Zürcher Zeitung*.

Der Autor möchte noch zwei Säulen hinzufügen, nämlich den Anti-Atlantismus und den Anti-Globalismus. Diese Abgrenzung gilt bis heute. Wobei gerade der Anti-Globalismus und das Wettern gegen »globale Eliten« kaum den antisemitischen Kern verstecken können, der darin auch verborgen ist. Es sei in Erinnerung gerufen: Die Nazipropaganda diffamierte die Juden in Deutschland als »vaterlandslose Kosmopoliten«.

Es gelang rechtsradikalen Parteien wie erst der NPD, dann den Republikanern oder der DVU zwar immer wieder, kurzfristig in die Parlamente zu rücken, aber nach der nächsten Wahlperiode war meist Schluss.

Mit der AfD ist das von Strauß benannte Problem jetzt Wirklichkeit geworden: In der Bundesrepublik hat sich 27 Jahre nach der Wiedervereinigung rechts von der Union eine Partei in den deutschen Parlamenten etabliert, deren faktisches Hauptziel nicht mehr der Kampf gegen den Euro ist, sondern der Erhalt einer »ethnokulturellen Identität«, der völkischen Idealvorstellung eines Gemeinwesens, in dem eine

»autochthone Bevölkerung« die Menschen mit migrantischem Hintergrund entweder zu »Assimilierung« zwingt oder zur »Remigration«. Davon zeugen etwa die Aussagen des Spitzenkandidaten für die Europawahl Maximilian Krah in seinem 2023 veröffentlichten Buch *Politik von rechts – Ein Manifest* (S. 63).

»In immer mehr urbanen Gebieten besteht keine kulturell deutsche öffentliche Ordnung mehr. Wird sie aber wiederhergestellt und durchgesetzt, müssen sich die Migranten entscheiden; akzeptieren sie diese Ordnung und assimilieren sich in sie, was ein Prozeß von zwei, drei Generationen ist, oder verlassen das Land wieder.«

Ausgerechnet ein Sozialdemokrat aus Berlin, Thilo Sarrazin, schuf mit seinem Buch *Deutschland schafft sich ab* die Grundlage für den Siegeszug der neuen rassistischen Ideologie im Gewand der »Ethno-Identität«. Sarrazin gab den Grund für die Verelendung in Kreuzberg, Wedding oder Neukölln, die er unter anderem mit einem rigiden Sparzwang selbst mitverursacht hatte, nicht etwa in den heruntergekommenen Kitas oder Grundschulen, sondern der ethnischen Zusammensetzung dieser Viertel. Das »Kopftuchmädchen« wurde durch Sarrazin zum Synonym der Überfremdung, gegen die man sich wehren müsse, sonst drohe der heimischen Identität der Untergang.

Auf die andere Idee, mit gut ausgestatteten Schulen, Kitas und einer effektiven Stadtverwaltung den Menschen in Neukölln oder Wedding einen Weg in Arbeit und gesellschaftliche Partizipation zu ebnen, kam der Sozialdemokrat leider nicht. Es ist offenbar einfacher für einen Finanzsenator in Berlin, den langjährigen Nachbarn zum nicht assimilierten Fremden zu erklären und aus ihm eine Bedrohung zu machen, als Schulen zu renovieren und für ausreichend Lehrer zu sorgen.

Es ist bezeichnend, dass Personen, die in den 1970ern bis 1980ern im Verborgenen agierten, etwa in Zentren wie in Weikersheim, mit dem Aufstieg der AfD Morgenluft witterten und seither systematisch diese Partei personell und inhaltlich kapern.

Die Junge Freiheit

Die Wochenzeitung *Junge Freiheit* unter dem Gründer und Chefredakteur Dieter Stein erhielt mit dem Einzug der AfD erst in die Landesparlamente und dann in den Bundestag einen Bedeutungsgewinn, der mit dem der linksalternativen Tageszeitung *taz* vergleichbar ist, als die Grünen erst in die Parlamente kamen und dann zur Regierungspartei wurden.

Stein gründete die Zeitung 1986 in Freiburg zunächst als Schülerzeitung. Die *Junge Freiheit* war in den Anfängen eine Hauspostille für rechtsnationale Burschenschaften. Stein sah die Zeitung als einen ideologischen Anker für »Aktivitäten im nationalkonservativen vorpolitischen Raum« und suchte Verbindungen zum rechten Rand der Union.

Sein damaliger Redakteur Hans-Ulrich Kopp frohlockte damals schon über die Anschlussfähigkeit rechtsnationaler Ideen. In dem Buch *Neue Rechte in Deutschland: antidemokratische und rassistische Tendenzen* von 2001 wird er mit dem Satz zitiert:

»Erfreulich ist auch, dass parteipolitische Differenzen hier keinerlei Bedeutung haben und die von totalitären Parteistrategen gewünschte scharfe Abgrenzung zwischen CDU-Mitgliedern und Angehörigen rechtsgerechteter Gruppierungen nur mit einem Lächeln quittiert wird.«

Hans-Ulrich Kopp ist kein Unbekannter. Die *taz* schrieb bereits am 21. November 1989 über den rechten Netzwerker: »Wenn man eine Figur erfinden würde, eine Art graue Eminenz, die in den relevanten Netzwerken seit Ende der 1980er Jahre dabei ist: Es wäre Hans-Ulrich Kopp. Er ist Burschenschafter, Vertriebenen-Funktionär, rechter Publizist.« Am

16. Januar 2024 zeigte die *taz*, dass auch Hans-Ulrich Kopp bei dem Treffen im Landhaus Adlon im November letzten Jahres dabei war.

Die *Junge Freiheit* organisierte Sommeruniversitäten zusammen mit der rechten Burschenschaft Danubia München. Schirmherr war der CDU-Politiker Heinrich Lummer aus Berlin. Die *Junge Freiheit* tat sich besonders in der publizistischen Auseinandersetzung um die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung hervor. Diese Ausstellung brach mit einem Tabu, das jahrelang die Bundesrepublik geprägt hatte. Laut gängiger Meinung waren für die Verbrechen der Nazizeit nur die führenden Nationalsozialisten und vielleicht die SS verantwortlich, der einfache Soldat aber habe im Zweiten Weltkrieg lediglich seine Pflicht getan. Es gab die Erzählung von der »sauberen Wehrmacht« – die Wehrmachtsausstellung räumte damit auf. Die Stiftung hinter der Ausstellung hatte Jan-Philipp Reemtsma gegründet, ein Spross der in die Nazizeit tief verstrickten Unternehmerdynastie und des gleichnamigen Tabakkonzerns.

Mit dem Siegeszug der AfD konnte die *Junge Freiheit* ihre Auflage vergrößern, sie liegt jetzt bei knapp 28000 Exemplaren. Seit 1993 ist sie eine Wochenzeitung und sitzt jetzt in Berlin. Stein versuchte über Jahre, mäßigend auf die Partei einzuwirken, und galt als Gegner des rechtsextremen Björn Höcke aus Thüringen.

Bei der Bewertung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch die *Junge Freiheit* hat vor allem Stein als Chefredakteur eine andere Position als die AfD. Allerdings scheinen diese Differenzen für Stein keine allzu große Rolle zu spielen, denn er fordert, dass diese AfD, die nun von Ideologen wie Höcke dominiert wird und sich an Russland orientiert hat, zum politischen Partner der Union werden müsse. Stein rechnet nach Meinungsumfragen in seinen Postings auf X (ehemals Twitter) immer

wieder die Stimmen der CDU/CSU und die der AfD zusammen, wobei er dabei offenbar nicht zur Kenntnis genommen hat, dass die Krahs, Höckes und Chrupallas schon lange gegen die Westbindung sind und so nichts mehr mit der Union eines Kohl, Strauß oder Adenauer zu tun haben. Hier kommt noch hinzu, dass das AfD-Vorstandsmitglied Krah die CDU als Volkspartei vernichten will. Am 26. August 2023 postet Krah sein Interview bei dem NDR-Magazin *Panorama* auf TikTok, »der Europäische Vergleich zeigt, dass die politische Rechte nur dann zum Erfolg kommt, wenn die Christdemokraten verschwinden. Von daher setze ich nicht auf die CDU, ich setze auf die Implosion der CDU«. Auf Nachfragen des Journalisten bestätigt Krah, dass »die Zerstörung der CDU« sein Hauptziel ist, »insofern bleibt die CDU der strategische Hauptgegner«.

Das Compact-Magazin

In der rechten Szene ist das *Compact*-Magazin die hässliche Schwester der *Jungen Freiheit*. Der Verfassungsschutz stuft das Monatsheft aus dem brandenburgischen Falkensee als »erwiesen extremistisch« ein.

Gegründet wurde es 2010 von dem Journalisten Jürgen Elsässer, der 1957 in Pforzheim in Baden-Württemberg geboren wurde. Elsässer legte eine weite Reise zurück, von einem linken Journalisten, der sich als antideutsch und antiimperialistisch verstand, und früher in *Konkret*, *Neues Deutschland* oder *Junge Welt* veröffentlichte, zu einem Propagandisten der völkischen und prorussischen Szene.

Der umtriebige Herausgeber unterstützte früh mit seinem Magazin den völkischen Ideologen Björn Höcke bei seinem Aufstieg in der AfD und befeuerte während der Flüchtlingskrise 2015 die Ängste vor Überfremdung. Das *Compact*-Magazin entwickelte sich während der Pandemie (2020 bis 2022) zu einem Zentralorgan der Coronaleugner und Impfgegner.

Nach der russischen Annexion der Krim 2014 war Elsässer einer der Köpfe der Querfront, die linke und rechte Putinfreunde zusammenführte. Auch seit dem russischen Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 stellt sich *Compact* auf die Seite des russischen Präsidenten und trommelt für eine »multipolare Weltordnung«. Am 28. September 2022 veröffentlichte sogar der russische Nationalist Alexander Dugin in Elsässers Blatt einen Artikel mit dem programmatischen Titel »Die Eurasische Idee: Ein Weg zur multipolaren Weltordnung«.

Auch Martin Sellner ist regelmäßiger Autor bei *Compact*, er stellte dort im Winter 2023 in einer Videoserie seine Vertreibungspläne vor. Ebenso trifft man den rechtsradikalen Verleger Hans-Ulrich Kopp wieder. Der *Spiegel* berichtete am 22. März 2023 in der Recherche »Die geheimen Geldgeber des *Compact*-Magazins«, dass Kopp zu einem der Unterstützer des Magazins gehören soll, das angebliche eine Auflage von 40000 hat. Gegenüber dem *Spiegel* äußerte Kopp sich nicht.

Der Ideologe der Kaperfahrt: Götz Kubitschek

Die Radikalisierung der AfD ist nicht ohne den rechtsradikale Verleger Götz Kubitschek zu verstehen. Der ehemalige Bundeswehroffizier engagiert sich in den rechten Szene seit den 1980er-Jahren. Bundesweit bekannt wurde er durch die Organisation von Demonstrationen gegen die Wehrmachtausstellung. Und er schrieb sehr früh für die *Junge Freiheit*.

Kubitschek gründete die Zeitschrift *Sezession* und den Verlag Antaios. Er zog 10 Jahre nach dem Fall der Mauer in die ehemalige DDR nach Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Er ist Mitbegründer des inzwischen aufgelösten *Instituts für Staatspolitik*, das vom Verfassungsschutz als rechtsextrem bezeichnet wurde. In Schnellroda bewohnt er mit seiner Familie ein Rittergut und lebt das Kitschbild eines Landbauern, der die Ziegen melkt und Holz hackt. Der Umzug in die ehemalige DDR ist ein politisches Zeichen, denn in der DDR hoffte die Familie Kubitscheks das zu finden, was sie in der Bundesrepublik glaubten, verloren zu haben: Städte und Dörfer ohne Ausländer. Das gab Kubitscheks Ehefrau Ellen Kositza offen zu. Am 30. Januar 2015 interviewte das ZDF die rechte Publizistin, die in Leipzig an einer Legida-Demo teilnahm. Die Bewegung hatte sich in der ostdeutschen Messestadt als Unterstützung zu den allwöchentlichen Pegida-Aufmärschen in Dresden gegründet.

»Das ist der deutsche Widerstand, dass man nicht mehr Herr im Eigenen ist. Ich bin aus Offenbach geflohen. Also ich bin keine Leipzigerin. [...] Genau vor zwölf Jahren.«

Auf die Nachfrage des ZDF-Reporters nach dem Grund für die Flucht aus Offenbach antwortet Ellen Kositza: »Da gibt es 30 Prozent Ausländer da, und

in der Innenstadt gibt es 90 Prozent.«

Kubitscheks Ehefrau hält bei der Demo eine rote Fahne mit einem gelb-schwarzen Kreuz. Das ist die Fahne des deutschen Widerstandes vom 20. Juli 1944, sie wird auch »Wirmer-Flagge« genannt.

Die Demo im Januar 2015 fand vor dem Flüchtlingszuzug im Sommer 2015 statt. Das Video ist nicht mehr in der Mediathek zu finden, es liegt dem Autor jedoch vor.

Allerdings begreift Kubitschek offenbar bis heute nicht, dass das von der Mauer abgeschirmte DDR-Idyll kollabierte, während in der Bundesrepublik dank der Menschen, die aus Portugal, Spanien, Italien, der Türkei und anderen Ländern kamen, um in der Bundesrepublik zu arbeiten, die Wirtschaft florierte. Das gab dem Land nach der Wende die wirtschaftliche Kraft, die marode DDR aufzunehmen und die zerfallenen Städte und Dörfer wiederaufzubauen. Trotz aller Härten des Einigungsprozesses für viele Menschen in den neuen Bundesländern und den Fehlern der Treuhandgesellschaft hatte Westdeutschland die wirtschaftliche Kraft die Wiedervereinigung zu schaffen.

Mit seinen Verlagen zog Kubitschek rechtsradikale Denker und Ideologen an und gab der Pegida-Bewegung einen ideologischen Überbau. Auffallend: Die Bewegung gegen die Islamisierung des Abendlandes fand vor allem dort Anhänger, wo dank der Mauer kaum Menschen mit migrantischem Hintergrund lebten. In Dresden organisierte sich Pegida ein halbes Jahr vor dem Sommer 2015, in dem Angela Merkel entschied, dass die Flüchtlinge vor allem aus Syrien und Afghanistan vom Balkan aus nach Deutschland einreisen durften.

Kubitschek und seine Frau Ellen Kositzka wurden das intellektuelle Glamourpaar der neurechten Szene. Sie veranstalteten auf dem Rittergut sogenannte »Sommerakademien«, auf denen sich Burschenschafter,

Identitäre und Jungautoren, rechte Publizisten und AfD-Politiker trafen und vernetzten.

Mit dem Siegeszug der AfD erhielt der rechte Verleger die Bedeutung, die er sich lange erhofft hatte. Der langjährige Kontakt zu dem Geschichtslehrer Björn Höcke aus Hessen, der wohl aus denselben Gründen nach Thüringen gezogen war wie Kubitschek nach Sachsen-Anhalt, zahlte sich letztendlich aus. Mit Höcke hatte Kubitschek einen Mann, der ideologisch zu ihm passte und der in der AfD nach Höherem strebte. In den 13 Jahren AfD wurde aus dem rechtsextremen Sonderling Höcke der zentrale Strippenzieher der Partei. Kubitschek fokussierte sich allerdings nicht nur auf Höcke. Über das Rittergut von Schnellroda konnte Martin Sellner die Ideologie der Identitären Bewegung in die AfD massieren, und Kubitschek schloss zudem enge Bande zu dem jetzigen Spitzenkandidaten für die Europawahl, Maximilian Krah.

13 Jahre nach der Parteigründung ist Kubitscheks Kaperfahrt gelungen, die völkische Rechte hat in der Bundesrepublik eine Partei. Der Albtraum von Franz Josef Strauß ist wahr geworden.

Björn Höcke, der völkische Geschichtslehrer

Der ehemalige Geschichtslehrer Björn Höcke wurde im Frühjahr 2014 einem großen Fernsehpublikum bekannt, als die AfD in Thüringen die Fünf-Prozent-Hürde übersprang und er als Spitzenkandidat der AfD interviewt wurde. Seine Art zu reden habe ihn an Goebbels erinnert, meinte der ehemalige BDI-Chef Henkel, nachdem er 2015 die Partei verlassen hatte, in der er nun ein »Monster« sah, eine »NPD light«.

Anfangs wirkte Höcke wie ein schräger Sonderling aus dem rechten Panoptikum. Bei Günther Jauch drapierte er die Deutschlandfahne über seinen Stuhl, seine Reden wirkten, als übe er vor dem Spiegel und ahme alte Wochenschauen nach.

Für die erste große Aufregung sorgte Höcke 21. November 2015 mit einem Vortrag, den er auf dem Rittergut von Kubitschek für das rechtsextreme Institut für Staatspolitik (IfS) hielt. Am 12. Dezember 2015 wurde die Rede als Video auf YouTube hochgeladen. Höcke redete darin vom »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« und dozierte über verschiedene Menschentypen und deren Reproduktionsstrategien.

Die AfD-Führung um Frauke Petry und Jörg Meuthen war alarmiert. Aber Höcke machte weiter, publizistisch unterstützt von dem Verleger Kubitschek. Er kokettierte mit der Bewegung Pegida und gründete den sogenannten Flügel, als einen rechtsradikalen organisatorischen Arm in der Partei. Mit diesem gelang es ihm im Sommer 2015, den Parteigründer Bernd Lucke aus der AfD zu drängen.

Höckes Hang zum nationalen Pathos mag einen Grund haben. Der linke Soziologe Andreas Kemper zeigte Anzeichen dafür auf, dass Höcke unter dem Pseudonym Landolf Ladig für eine NPD-Zeitschrift geschrieben habe und noch heute in seinen Reden die Nazisprache von damals benutze. Höcke dementierte die Recherche von Kemper zwar, hat aber niemals dagegen geklagt. Zudem gibt es ein Foto, das Höcke 2010 auf einer NPD-Demo in Dresden zum 65. Jahrestag des Bombardements inmitten von Neonazis zeigt.

Ein weiterer Auftritt hätte beinahe das politische Ende Höckes bedeutet. Im Januar 2017 hielt er eine seiner berüchtigten Reden im Ballhaus Watzke in Dresden. Er bezeichnete damals das Holocaustmahnmal in Berlin als »Denkmal der Schande« und forderte »eine 180-Grad-Wende« in der Erinnerungskultur. Der AfD-Vorstand um Frauke Petry versuchte damals, Höcke aus der Partei zu drängen, scheiterte aber. Petry verließ 2017 nach der Bundestagswahl die Partei. In dem gescheiterten Parteiausschlussverfahren fiel die Bemerkung, Höcke passe besser zur NPD als zur AfD. Aber das schadete Höcke nicht. Er organisierte mit dem Flügel jährliche patriotische Treffen am Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen und begeisterte das Publikum mit pathetisch-nationalen Reden.

Dann kam ein kleiner Rückschlag. Höcke stimmte zwar zu, den Flügel aufzulösen, auch musste er zusehen, wie die AfD seinen engsten Vertrauten Andreas Kalbitz hinauswarf. Doch er hielt durch, und die Geduld zahlte sich aus. Nachdem auch Jörg Meuthen die AfD verlassen hatte, wurde Höcke zu dem Mann, der personell und inhaltlich die Partei bestimmt.

Sollte die AfD bei den Landtagswahlen in Thüringen am 1. September 2024 über 30 Prozent kommen, so wäre vielleicht eine Regierungsbeteiligung noch nicht möglich, aber die AfD könnte ihren Einfluss im Landtag nutzen,

um destruktiv wichtige Besetzungen wie z.B. von Richtern zu verhindern. Höcke, der als »Faschist« bezeichnet werden darf, träumt von der Macht. Die Entgrenzung dieses gymnasialen Geschichtslehrers in der AfD wird in diesem Buch noch weiter beschrieben.

Die Junge Alternative und die Burschenschaften

Die Junge Alternative wird vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem bezeichnet, für ihre Mitglieder gibt es kaum noch eine Grenze des Sagbaren.

Neben Kubitschek und Höcke sind es vor allem die Burschenschaften und die Junge Alternative, die den rechtsextremen Kurs der AfD maßgeblich beeinflussen.

Auch wenn in der AfD die rechtsextremen Positionen der Mitglieder der Jungen Alternative bei einigen auf Unverständnis stoßen, so sind sie doch so gut organisiert, dass auf den Parteitagen kaum eine Mehrheit ohne sie zu erlangen ist. Ihr Machtanspruch soll selbst Höcke missfallen, wie Quellen aus der AfD raunen.

Von langer Hand geplant, schafft es die Junge Alternative, unter der es viele Burschenschafter gibt, auf den Parteitagen entweder ihre Leute auf aussichtsreiche Plätze zu drücken oder von den Kandidaten das Versprechen zu erhalten, nach dem erfolgreichen Einzug in die jeweiligen Parlamente aus der Jungen Alternative Mitarbeiter zu rekrutieren. Für das Versprechen bekommen dann die jeweiligen Kandidaten die Stimmen der Jungen Alternative und der Burschenschafter.

Viele JA-Mitglieder sympathisieren mit den Ideen der Identitären Bewegung, gleichwohl gehen deren rechtsextreme Ausreißer selbst dem Chefideologen der Identitären aus Österreich, Martin Sellner zu weit. Er schlägt in seinem Telegramkanal vor, die AfD solle einen eigenen Geheimdienst unterhalten, um die Junge Alternative zu kontrollieren. Darüber berichtete *t-online* am 26. Februar 2024. Ein erschreckender Fall war

z.B. Daniel Halemba. Der Burschenschafter hatte sich mit zwielichtigen Methoden einen erfolgreichen Listenplatz gesichert und war nach der bayerischen Landtagswahl am 8. Oktober 2023 ins Parlament eingezogen. Die AfD hat ihn nun aus der Fraktion geworfen, da die Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Volksverhetzung ermittelt. Die Staatsanwaltschaft hatte bei einer Razzia im Verbindungshaus der »Teutonia Prag« in Würzburg ein Gästebuch beschlagnahmt, wo sich der Eintrag »Sieg Heil« neben Halembas Namen befand. In seinem Zimmer wurde die Kopie eines Befehls des SS-Chefs Heinrich Himmler gefunden, in dem Himmler die SS-Männer aufforderte, vor dem Krieg Kinder zu zeugen, »über die Grenzen bürgerlicher Gesetze und Gewohnheiten hinaus«. Auf dem Befehl fanden sich die Siegesrunen der SS. Die Staatsanwaltschaft stellte einen Haftbefehl aus und verhaftete den AfD-Jungpolitiker, wie die ARD am 30. Oktober 2023 berichtete.

Verdeckte rechte Netzwerke aus der alten Bundesrepublik, ein Verleger, ein ehemaliger Geschichtslehrer, der EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah, die Ideologen der Identitären Bewegung sowie karrierebewusste Burschenschafter mit streng gescheitelten Haaren führten die AfD 13 Jahre nach der Gründung zu einer Radikalisierung, gegen die selbst die Leitartikel Dieter Steins, des Gründers der *Jungen Freiheit*, moderat wirken.

Kapitel 5

Die Identitäre Bewegung, Martin Sellner und Maximilian Krah

Der Einflüsterer aus Österreich

Martin Sellner, der rechtsradikale Medienprofi aus Österreich, mausert sich zum Ideengeber für die AfD. Zwar hieß es im Juni 2016 in einem offiziellen Beschluss: »Der Bundesvorstand stellt fest, dass es keine Zusammenarbeit der Alternative für Deutschland und ihrer Gliederungen mit der sogenannten ›Identitären Bewegung‹ gibt« – aber tatsächlich sind die Verbindungen eng, zum Beispiel die zwischen Sellner und Maximilian Krah, Vorstandsmitglied der AfD.

Sellner, der Sohn eines Homöopathen und einer Englischlehrerin aus Wien, war anfangs in der neonazistischen Bewegung Österreichs aktiv und arbeitete unter anderem mit dem verurteilten österreichischen Holocaustleugner Gottfried Küssel zusammen. Sellner klebte 2006 Hakenkrezaufkleber an eine österreichische Synagoge und wurde zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt. In den USA hat er Einreiseverbot, seine Kanäle auf Instagram, YouTube und X, vormals Twitter, sind gesperrt. Auch in der Schweiz und der Bundesrepublik hat der rechtsextreme Ideologe inzwischen ein Einreiseverbot.

Über den rechtsradikalen Verleger Götz Kubitschek kam Sellner in Verbindung mit dem Ideengut und den Methoden der Neuen Rechten, die den alten rassistischen Wein in neuen Schläuchen anbieten. Kubitschek wurde Sellners Mentor, und über ihn lernte dieser die Bücher der Neuen Rechten kennen, unter anderem die von Rechtsextremen wie Alain de Benoist, ein rechtsextrem Philosoph aus Frankreich, der die Nouvelle Droite (die Neue Rechte) ins Leben gerufen hat, oder eben dem Möchtegern-

SS-Mann Armin Mohler. Die Publizistin Liane Bednarz sieht in ihrem viel beachteten Buch *Die Angstprediger* De Benoist als Erfinder der Neuen Rechten, »De Benoist hatte erkannt, dass das rechte Denken mit seinem Hang zum Extremismus in eine Sackgasse geraten war. Wie Mohler knüpfte auch er stattdessen an völkische Intellektuelle der Weimarer Zeit an.«

Gleichwohl geht es dieser Neuen Rechten ebenfalls um »eine möglichst strikte räumliche Trennung von Rassen bzw. Völkern«, schreibt Bednarz weiter. Das Zauberwort ist »Ethnopluralismus«. Dieses Konzept geht, anders als die NS-Ideologie, nicht mehr von einer Herrenrasse aus, sondern sieht »alle Rassen respektive Kulturen als gleichwertig« an. Die Unterscheidung zwischen dem »Eigenen« und dem »Fremden« sei der »zentrale Topos« der Neuen-Rechten-Szene. Eine Unterscheidung, die dann zu den »Remigrations-« oder besser Vertreibungsplänen führt, wie sie in dem Landhaus Adlon im November 2023 besprochen wurden.

2012 gründete Sellner in Österreich den lokalen Zweig der Identitären Bewegung, die schon früh nach Deutschland und dort vor allem in die Burschenschaften ausstrahlte. Die Identitäre Bewegung entwickelte ein modernes und anschlussfähiges Vokabular, agierte mit Guerillaattacken und über die sozialen Medien und konnte so ihr Gedankengut erfolgreich in der AfD verankern.

Rassismus reloaded, die Idee eines monoethnischen Staates

Die Nationalsozialisten fühlten den »reinrassigen Volkskörper« bedroht, Sellner und die Identitären die »ethnokulturelle Identität«. Beiden Gruppierungen ist gemein, dass sie in Fremden eine Gefahr für die als Ideal verstandene eigene Gemeinschaft sehen: Bei den Nazis galten als Hauptbedrohung »die Juden« und sogenannte »minderwertige Rassen«, bei Sellner sind es vor allem Flüchtlinge und Muslime, aber auch Gastarbeiter und Staatsbürger mit migrantischem Hintergrund, die einen angeblichen »Bevölkerungsaustausch« herbeiführen. Und Sellners Ziel ist es, wie wir oben schon gesehen haben, diesen »Bevölkerungsaustausch« rückgängig zu machen, nämlich durch das, was er »Remigration« nennt. Mit diesem Begriff will sich Sellner Assoziationen an die unselige Zeit des Nationalsozialismus entziehen, auch betont er in öffentlichen Äußerungen immer wieder die »Freiwilligkeit« dieser Rückwanderung (so die Übersetzung des lateinischen Begriffs Remigration).

Wie oben schon erwähnt hat diese »Freiwilligkeit« eine innere Logik, wenn man in Sellners Gedankenwelt einsteigt. Denn als Anhänger des Konzepts des sogenannten »Ethnopluralismus« meint Sellner offenbar: Menschen könnten nur glücklich sein, wenn sie unter ihresgleichen leben. Was wiederum heißt: Ein Mensch, dessen Eltern z.B. aus der Türkei stammen, der in Köln geboren ist, in Köln arbeitet, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt und sich mit seinen Eltern auf Türkisch unterhält und türkische Feste feiert, könnte nach der Idee Sellners in Köln nicht glücklich sein, da er sich in einem fremden »ethnokulturellen« Umfeld befindet. Man tut nach dieser Lesart diesen Menschen geradezu etwas Gutes, wenn man ihnen hilft, Deutschland zu verlassen.

Diesen Gedanken nimmt der AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Maximilian Krah, in seinem Buch *Politik von rechts – Ein Manifest* auf. Die Remigration, heißt es da, »ermöglicht den Migranten ein Leben im Einklang mit ihren Traditionen in der angestammten Heimat«. Sellner und Krah gestehen einem Menschen wie dem oben beschriebenen nicht zu, in Deutschland glücklich und erfüllt leben zu können. Eine größere Übergriffigkeit ist kaum vorstellbar.

Das bedeutet nichts anderes als: Das »ethnokulturelle« Konstrukt unterwirft den Menschen einem Kollektiv und beraubt ihn seiner Individualität.

Sellner und Krah konterkarieren die von ihnen selbst postulierte »Freiwilligkeit« auch recht zügig, indem sie offen zugeben, dass sie Druck ausüben wollen, um die Menschen aus dem Land zu treiben. Sellner benutzte beim Potsdamer Geheimtreffen die Worte »maßgeschneiderte Gesetze« und »Anpassungsdruck«, mit deren Hilfe die Menschen in einem »Jahrzehntprojekt« aus Deutschland gedrängt werden sollen. Krah formuliert in seinem Buch (S. 62) konkrete Ideen:

»Eine wirksame Verhinderung der Heirat von ›Importbräuten‹, ein konsequentes Durchsetzen deutscher sozialer Normen, etwa in den Schulen von Schuluniformen bis zum Schwimmunterricht, und eine Rechtsordnung, die Verstöße konsequent ahndet, vergällen dem Integrationsunwilligen den weiteren Aufenthalt.«

Auch diesen Absatz sollte man genau lesen. Krah will entscheiden, wen Menschen mit migrantischer Abstammung heiraten dürfen und wen nicht. Diese Idee ist ein direkter Angriff auf die Individualität des Menschen, die Grundlage unserer Demokratie.

Krah beschreibt Maßnahmen, wie man durch gezielte Gesetze und Vorgaben Menschen das Leben in Deutschland so »vergällen« könnte, dass sie ausreisen. Solche Methoden, die von Sellner ins Spiel gebrachten »maßgeschneiderten Gesetze« und der »Anpassungsdruck«, machen klar, dass mit dem harmlos klingenden Wort lateinischen Ursprungs »Remigration« in der völkischen Ideologie Vertreibung gemeint ist.

Krah beschreibt in *Politik von rechts – Ein Manifest* (S. 61) auch das Ziel dieser Vertreibung:

»In immer mehr urbanen Gebieten besteht keine kulturell deutsche Ordnung mehr. Wird sie aber wiederhergestellt und durchgesetzt, müssen sich die Migranten entscheiden: Akzeptieren sie diese Ordnung und assimilieren sich in sie, was ein Prozeß von zwei, drei Generationen ist, oder verlassen das Land wieder und suchen sich eine Heimat, die ihren Vorstellungen von öffentlichem Zusammenleben entspricht.«

In diesen Worten zeigt sich eine unverhüllte Unmenschlichkeit. Und man fragt sich: Wo sollen denn die »urbanen Gebiete« sein, von denen Krah schreibt? Er wird hier nicht spezifisch – aber in AfD-internen Diskussionen werden als abschreckende Beispiele immer die Ortsteile Marxloh in Duisburg oder Neukölln in Berlin genannt. Krah will dort die »kulturell deutsche Ordnung« wieder durchsetzen. Auch hier muss man sich der vollen Bedeutung des Satzes erst bewusst werden: Aus »Gebieten« wie zum Beispiel diesen beiden Stadtteilen will Krah diejenigen Menschen mit migrantischem Hintergrund vertreiben, die sich nicht dem fügen wollen, was er und Sellner »kulturell deutsche Ordnung« nennen.

Die, die bleiben wollen, müssen sich »assimilieren« – wenn sie das nicht tun, sollen sie Deutschland verlassen. Krahs Ideen passen zu dem

Masterplan zur »Remigration«, der auch in dem Landhaus unweit von Potsdam besprochen wurde.

Sellner und auch Krah ersetzen den Begriff der »Integration« durch »Assimilierung«. Sellner spricht im Potsdamer Landhaus Adlon von »nicht assimilierten Staatsbürgern«, in der Öffentlichkeit von »Nicht Assimilierten«, und Krahs Forderung nach Assimilierung steht in dessen Buch.

Es reicht Sellner und Krah offenbar nicht, dass die Menschen sich integrieren, die Sprache sprechen, arbeiten, sich an die Straßenverkehrsordnung halten und Steuern zahlen, sondern sie sollen das übernehmen, was Sellner und Krah für »kulturell deutsche Ordnung« halten.

Diese Forderung nach Assimilierungsdruck entspringt u.a. der antisemitischen Gedankenwelt, die im 19. Jahrhundert von den in Deutschland lebenden Juden forderte, das Judentum aufzugeben und sich zu assimilieren. Die Forderung nach »Assimilierung« ist ein Angriff auf die Freiheit des Menschen. Krah und Sellner reden ganz offen über den Zwang, den sie ausüben wollen, damit Menschen, die nicht in ihr »ethnokulturelles« Kollektiv passen, das Land verlassen. Dass sich hinter solchen Begriffen der Identitären Bewegung ein rassistisches Weltbild verbirgt, ist von den Verfassungsämtern der Länder und des Bundes und durch Gerichtsentscheidungen bestätigt worden.

Krah macht aus seinem Rassismus auch keinen Hehl. »Wer ethnische Afrikaner und Afghanen in die Regierung nimmt, macht die Regierung auch kulturell afrikanischer und afghanischer«, so zitiert die *Zeit* Krah am 9. Februar 2024. Krah hatte so den Antritt von Aminata Touré als erste schwarze Ministerin in Schleswig-Holstein auf X kommentiert, dem

früheren Twitter. Dominik Lenze beschrieb in der *Zeit* in einem Artikel mit dem Titel »Mit dem Umfragehoch fallen die Tabus« die Diskussion, die nach dem Post von Krah entstand. Ein AfD-Mitglied hatte Krah widersprochen; der AfD-Europaabgeordnete antwortete: »Lösen Sie sich von der inneren Angst, die Wahrheit auszusprechen! Natürlich ist Korruption korreliert mit Kultur und Kultur mit Ethnie.« Den Tweet hat Krah Ende Januar gelöscht.

Die »ethnische Wahl«, der Kampfbegriff gegen die Demokratie

Ein wichtiger Kampfbegriff im völkischen Weltbild von Sellner ist die »ethnische Wahl«. Wie oben gesehen sprach er darüber auch bei seinem Vortrag im November im Landhaus Adlon unweit von Potsdam. Da er diesen Teil danach auch noch veröffentlicht hat, ermöglicht das eine genaue Betrachtung.

Sellner trennt die Staatsbürger in Fremde und »Autochthone«, wirft Staatsbürgern mit migrantischem Hintergrund pauschal vor, die Freiheit der ursprünglichen Staatsbürger zu bedrohen, und spricht ihnen ab, aus individuellen Gründen zu wählen: ein Frontalangriff auf deren Rechte und deren Individualität.

Am Anfang seines Vortrages warnt Sellner vor angeblicher Überfremdung: »Unser Problem heißt Bevölkerungsaustausch. Bevölkerungsaustausch ist das bekannteste, offensichtlichste Geheimnis, das klarste Tabu und zugleich aber auch der dunkle Schatten, der über der gesamten Politik weht und schwebt.« Gegen diese Überfremdung stehe, so Sellner, die einheimische Bevölkerung in einem Abwehrkampf, »das zähe Ringen, das verzweifelte Aufbegehren der Einheimischen, die im eigenen Land zur Minderheit gemacht werden«.

Der Begriff des »Bevölkerungsaustauschs« ist ein wichtiger Kampfbegriff der Identitären Bewegung; er unterstellt, dass über eine gesteuerte Zuwanderung die »ethnokulturelle Identität« in einem Gebiet gestört werden soll. Das Wort impliziert eine Verschwörungserzählung: Angeblich

solle eine globale Elite die Fluchtbewegungen nutzen, um die Menschen untereinander zu verschmelzen und monoethnische Identität zu vernichten.

Und dann baut Sellner im Video mit dem nachgestellten Potsdamer Vortrag ein Bedrohungsszenario auf:

»Denn je mehr Migration wir im Land haben, je mehr Leute im Elektorat selber nicht europäischen Migrationshintergrund haben [...] desto schwieriger wird es, Mehrheiten zu gewinnen, demokratische, die die Migration begrenzen. Der Bevölkerungsaustausch ist also eine sich selber verstärkende Spirale eines Teufelskreises. Und je mehr wir davon haben, vom Bevölkerungsaustausch, desto schwieriger wird es auch politisch, ihn wieder loszuwerden.«

Eine mit dem Bevölkerungsaustausch verbundene Gefahr sei für ihn die »ethnische Wahl«, die politische Ausdehnung des »Bevölkerungsaustauschs«. Mit diesem Konzept der »ethnischen Wahl« macht Sellner Staatsbürger mit migrantischem Hintergrund generell zur Bedrohung. Damit rekuriert er auf das alte Freund-Feind-Schema des Nazistaatsrechtlers Carl Schmitt. Gegen einen Feind muss man sich laut diesem wehren, sonst wird man besiegt. Dieser verqueren Logik folgend wäre die millionenfache Vertreibung eine Abwehrmaßnahme. Genau darüber schreibt auch AfD-Spitzenkandidat Maximilian Krah ganz offen in seinem Buch, wenn er darüber räsoniert, dass man 25 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, darunter 15 Millionen Staatsbürger, innerhalb von 10 Jahren nicht gegen ihren Willen ausweisen könne.

Allerdings ist sich Krah nicht zu schade, bei ebenjenen, die er und Sellner zur kollektiven Bedrohung erklären, in einem TikTok-Video auf Stimmenfang zu gehen. Das hat auch die *Zeit* am 10. März 2024 berichtet. »Der TikTok-Algorithmus, der bestimmt, wer was zu sehen bekommt, ist

stark personalisiert – sodass die kurzen Clips passgenau auf dem Profil der Nutzer landen. Das erlaubt es der AfD, in ihren offiziellen Kanälen weiterhin klar antimuslimisch zu bleiben und ihre Stammwählerschaft mit Ressentiments zu bedienen, während auf den Handys der potenziellen Neuwähler mit Migrationshintergrund Videos landen, die mit Hashtags wie #gerechtigkeit oder #türkenindeutschland offensiv um sie werben.« Am 19. Januar 2024, neun Tage nach der Veröffentlichung der CORRECTIV-Recherche trat Krah bei einem Bürgerdialog in Teterow in Mecklenburg-Vorpommern auf. Das Video ist bei YouTube hochgeladen. Dort geht er erneut auf die Debatte um die »Remigration« ein.

»Wer von euch nach Rostock fährt, nach Schwerin fährt, da reden wir nicht von Berlin-Neukölln, von Hamburg oder vom Ruhrgebiet. Ist das noch Deutschland? Und genau deshalb lehnen wir diese Masseneinwanderung ab. Und lassen Sie mich das ganz klar sagen. Geheimtreffen hin oder her. Wir wissen, dass viele Menschen in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind, vor allem nach Westdeutschland. Wir wissen, dass es viele gibt, die sich da auch angepasst haben und ihr Glück hier geschafft haben. Sie sind herzlich willkommen. Sie sind unsere Wähler. Mit ihnen gemeinsam bauen wir das neue Deutschland wieder auf. Es muss sich nicht der Enkel des 1960 eingewanderten Mehmed fürchten, der vielleicht gar kein Türkisch mehr kann, aber natürlich an seinen Traditionen festhält.«

Bei dieser Rede zeigt sich die Janusgesichtigkeit der Partei. Die »Masseneinwanderung« auch in Neukölln, Hamburg und im Ruhrgebiet (diese fand lange vor 2015 statt) wird beklagt, aber einem Enkel von »Mehmed« rät Krah, er müsse sich nicht fürchten, sondern die AfD wählen. Freilich steckt hinter solchen Aussagen der reine Horror: Sollen zukünftig AfD-Politiker wie Krah bestimmen dürfen, wer sich in Deutschland zu fürchten hat oder nicht?

AfD-Chefin Alice Weidel rudert zurück. Sie befürchtet, die Debatte um »Remigration« könne der AfD schaden. *The Pioneer* schreibt am 25. März 2024, »Weidel sagt: ›Remigration‹ werde in der Öffentlichkeit mit Deportation gleichgesetzt. ›Die Verwendung des Begriffs halte ich für unklug.‹ Intern habe sie das klargestellt: ›Was wir meinen, lässt sich auch anders sagen.‹«

Aber Alice Weidel fürchtet nicht nur um die Wähler im Inland. Die Vertreibungsphantasien in der AfD, die unter dem Begriff »Remigration« firmieren, schreckt in Frankreich sogar Marine Le Pen von der rechtsextremen Partei Rassemblement National auf. Le Pen träumt davon, die Präsidentschaft in Frankreich zu gewinnen, gleichzeitig ist ihre Partei zusammen mit der AfD und anderen rechtsgerichteten und europakritischen Parteien Mitglied in der Fraktion »Identität und Demokratie« im Europaparlament. Der französischen Politikerin gehen die völkischen Ziele innerhalb der AfD, vor allem von dem AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl, mit dem zusammen Le Pens Partei eine Fraktion teilen wird, zu weit. Alice Weidel pilgerte am 20. Februar 2024 nach Paris zu Le Pen, um zu beruhigen. Doch Le Pen blieb skeptisch. Die AfD-Frontfrau Alice Weidel schrieb am 26. Februar 2024 der französischen Politikerin daraufhin noch einen Brief und versuchte darin, die Probleme auf Übersetzungsschwierigkeiten beim Wort »Remigration« zu schieben. Weidel steckt in einer Zwickmühle: auf der einen Seite kann sie die völkischen Claqueure innerhalb der AfD nicht verlieren, auf der anderen Seite Le Pen in Frankreich nicht vergraulen. Mit wenig Erfolg, wie die FAZ am 8. März 2024 feststellte. Die Überschrift des Artikels war der Befund: »Weidels Erklärungen reichen Le Pen nicht«.

Einmal mehr erweist sich die AfD als Partei voller Widersprüche. Zwar sollen die Menschen zur »Remigration« getrieben werden, vorher sollen sie aber die AfD wählen.

Die TikTok-Strategie der AfD und der Identitären – ein Algorithmus ins Gehirn der Jugend

Die enge Verbindung zwischen Maximilian Krah und Martin Sellner kam wie beschrieben über Götz Kubitschek und dessen Verlag in Schnellroda zustande. Der Verlag des rechtsextremen Verlegers bietet die Bücher der beiden als Doppelpack an. Sellner lobt in einem Video, das Kubitschek auf seiner Seite veröffentlicht hat, ein TikTok-Video Krahs.

Sellners politisches Hauptziel ist der Erhalt der »ethnokulturellen Identität« durch »Remigration«, diese muss aber über den »vorpolitischen Raum« vorbereitet werden. Mit anderen Worten: Die Menschen müssen bereit sein, diese Vertreibungspläne nicht nur zu billigen, sondern auch zu unterstützen.

Dafür setzt Sellner auf die sozialen Medien und vor allem auf TikTok, wie er in dem Vortrag »TikTok-Patriotismus und Rote Linien« ausführte, den er am 22. September in Schnellroda für die Sommerakademie des rechtsextremen Instituts für Staatspolitik gehalten hat. Seine Ideen laufen auf die Delegitimierung des politischen Systems hinaus. Wie das geschehen soll, stellt Sellner klar und vergleicht TikTok mit den französischen Flugschriften, den Libelles, die im vorrevolutionären Frankreich die Monarchie lächerlich machten.

»Die Libelles waren kleine, oft nur vierseitige Flugschriften, die vor der Revolution in den Jahren davor Frankreich, die Gesellschaft, insbesondere Paris, überschwemmten. In ihnen befanden sich Fake News, Hetze, Pornografie und vor allem Pornografie, explizite Darstellungen des Klerus, des Königs und immer wieder der Königin Marie-Antoinette. Das

beliebteste Ziel dieser Libelles. Die Königin erschien darin als mannstolle Nymphomanin. Ihr wurden Inzucht und Homosexualität vorgeworfen und ich zitiere: Die Geschlechtsteile ihrer Liebhaber reichen aneinandergereiht von Paris bis Versailles. Diese Libelles wurden zum Werkzeug einer einzigartigen historischen Verleumdungskampagne [...] Und die Masse an Libelles, die im Ausland gedruckt wurden, waren für die Monarchie schlicht nicht zu bändigen. [...] Das führte zu dem, was die Historiker heute die These der Desakralisation nennen, also der Entweihung und der Entehrung. Denn erst musste die Idee der Monarchie und die Idee der Gottauserwähltheit des Monarchen im breiten Volk zerstört werden. [...] Die tatsächliche Revolution war, und das sagt auch Hannah Arendt, nach dieser metapolitischen Operation nur noch Makulatur. Die Monarchie ertrank unter anderem in einer Flut von Pornoheftchen.«

Es geht nicht um die Vermittlung von Wahrheit oder klugen Arumenten. Es geht um Hetze und Fake News. Was die Libelles in Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts waren, sind für Sellner heutzutage die Smartphone-Kommunikation und vor allem die Plattform TikTok.

»Eine technische Neuerung kann also in einem Zeitfenster, bis die Elite sich angepasst hat, einer bis dato unterlegenen Opposition eine Waffe in die Hand geben, um der Herrschaft ihre Säulen wegzuschlagen.«

Das sagt Sellner und verweist dabei auf das TikTok-Video von Maximilian Krah, in dem der AfD-Politiker sagt, »unsere Vorfahren sind keine Verbrecher«. Krah postete das Video am 6. September 2023 auf TikTok unter dem Hashtag »#AfD: Sei stolz auf #Deutschland«.

»Unsere Vorfahren waren keine Verbrecher. Wir haben allen Grund, stolz auf unser Land zu sein. Und auf die Menschen, die es aufgebaut haben. Deutsche Lieder, deutsche Wertarbeit, deutsche Gedichte, deutsche Gedanken. Das hat in der Welt bis heute einen wunderbaren Klang.

Überall wird Deutschland mehr gemocht als von seinen eigenen Politikern, Lehrern und Professoren. Wenn du wiederentdeckst, was deine Vorfahren alles getan haben, dann wirst auch du dich aufrichten können. Und musst keine Angst mehr haben und hast das Ziel, dass deine Kinder dasselbe über dich sagen, weil du es immer weitergibst. Deshalb krieg mal raus, was Oma, Opa, Uroma und Uropa gemacht haben, wo sie herkamen, was sie gekämpft und gelitten haben. Überlege, was es für dich bedeutet, und mach dir eins klar. Sie haben gelebt und wollen jetzt, egal wo sie sind, stolz auf dich sein. So wie du später stolz auf deine Nachfahren sein wirst. Wenn du den Gedanken hast, dann geht es mehr als nur um einen Augenblick. Dann geht es um das große Ganze. Dann geht es endlich um dich und um uns als ein Volk.«

In diesem Video blendet Krah die Zeit des Nationalsozialismus völlig aus, tut, als hätte es ihn nicht gegeben, und das, obwohl zumindest der »Uropa« und die »Uroma« der heute 18- bis 22-Jährigen ohne Migrationshintergrund diese Zeit erlebt haben müssen.

Dieses Video wird auf TikTok in einer Endlosschleife gesendet. Das ist so gewollt, wie der rechte Multimediaexperte Erik Ahrens sagte. Er hat auch Krahs Video angefertigt und trat auf derselben Sommerakademie mit einem Vortrag auf, in der auch Sellner seinen Vortrag hielt. Das Video von Ahrens' Vortrag, »TikTok von Rechts« wurde am 23. November 2023 auf dem »Kanal Schnellroda« auf YouTube hochgeladen.

»Vielleicht wundert man sich, warum das jetzt so plötzlich abgeschnitten ist. Das hat einen Grund. Denn auf der Plattform ist es in diesem Moment so, dass das Video sofort wieder von Neuem anfängt. Das heißt, es entsteht faktisch ein hypnotischer Effekt, wo der Zuschauer dasselbe Video mit derselben Musik und derselben Botschaft mehrfach hört und ihm sozusagen suggeriert wird, auch wenn er vielleicht beim ersten Mal gar nicht auf alle Einzelheiten geachtet hat, dass es ihm eben suggeriert

wird und diese Botschaft immer und immer tiefer in sein Bewusstsein eindringt.«

Ein Reel, also ein Kurzvideo mit Tonspur und eventuell Effekten, auf TikTok zu erstellen, so Ahrens, sei einfach. Und wenn man »ein paar Grundprinzipien richtig« befolge, könne man auf TikTok eine gewaltige Reichweite erreichen. Denn über die Verbreitung entscheidet nicht der jeweilige Nutzer, sondern der Algorithmus.

»Entscheidend ist, dass der Algorithmus eben das Video entsprechend an viele Leute ausspielt [...] Der Algorithmus weiß, was du guckst, wie lange du guckst, bei welcher Sekunde du weiterscrollst, was du likst, was du kommentierst usw. Und jedes neue hochgeladene Video, was jetzt ein neuer Kanal hochlädt, wird auch zufällig irgendwelchen Leuten in die Timeline gespült. Das heißt, wenn man ein Video hochlädt, kriegt man eine garantierte Grundreichweite [...] Bei irgendwelchen Leuten kommt das Video gut an und sie gucken das, sie gucken das vielleicht mehrfach, sie kommentieren vielleicht, und dann sieht der Algorithmus: Ja, das Video ist wichtig, das hat Relevanz, das zeige ich noch mehr Leuten. Und wenn dann bei diesen noch mehr Leuten wieder Leute da durchscrollen, dann auf dieses Video stoßen, hängen bleiben, das öfter gucken, vielleicht mal kommentieren, dann ist da noch eine höhere Reichweite. Und so haben wir also wirklich ein, ja, ein exponentielles Wachstum.«

Ahrens sieht eine Analogie zwischen einer Plattform wie TikTok und dem damals neuen Medium des Radios in Zeiten der Weimarer Republik, das besonders die Nationalsozialisten geschickt für ihre Propaganda zu nutzen wussten.

»Und das Schöne ist, das habe ich mir nicht im Vorfeld ausgedacht, sondern das hat der Algorithmus für mich gemacht. Ich muss nur die Inhalte reinstellen, und diese Videos finden von alleine ihr Publikum. Also

das ist wirklich so, wie man sich 1923 gefühlt haben muss, als man das Radio für sich entdeckt hat.«

Der Social-Media-Experte nutzt TikTok als Waffe gegen den Feind, den er offenbar im politischen System der Bundesrepublik sieht:

»Also die entscheidenden Probleme, die wir lösen können, nämlich die, die ebendieses Medienkartell und diese Plattformzensur uns aufzwingen, einerseits die Unsichtbarkeit, dann, dass unsere Standpunkte eben nicht direkt die Leute erreichen, sondern nur durch zwei Framingstufen, sozusagen des Feindes, und dass wir dadurch eben auch nur ganz beschränkte eigene Zielgruppen, eigene Blasen haben. All diese Probleme können wir eben mit einer solchen Strategie überwinden.«

Von Leuten wie Ahrens wird in Schnellroda offenbar alles als »Feind« betrachtet, was hilft, die gesetzlichen Rahmenbedingungen bei der Nutzung von Social Media einzuhalten, darunter fällt etwa das Faktenchecken oder Debunking. Ahrens sagt, dass YouTube den Kanal von Martin Sellner gelöscht habe. Und um diesen »Feind« zu überlisten, geht der rechte Propagandist nun die jungen Menschen auf TikTok an.

»[...] wenn man sich jetzt hier von Statista einfach mal die Nutzerzahlen im Jahr 2022 anguckt, dann konsumiert über die Hälfte der 14- bis 19-Jährigen in Deutschland TikTok, durchschnittlich übrigens 90 Minuten am Tag. Das heißt, man hat eigentlich 90 Minuten am Tag ein Fenster in deren Gehirn, wo man da reinsenden kann.«

Der rechtsradikale Social Media Experte Ahrens ist besonders stolz auf das TikTok-Video von Krah. Dessen Erfolg greift auch der Österreicher Sellner auf. Da die TikTok-Algorithmen anders funktionieren als die der anderen Plattformen, so Sellner, hätte Krahs Ansprache 1,3 Millionen Views bekommen: »Eine ganze Generation Jugendlicher, vor allem junger Männer, wird durch die Politik von rechts geprägt und konfrontiert.« Mit solchen

Ansagen, aber auch mit Memes (satirischen Fotomontagen), könne man heute ähnliche Wirkungen erzielen wie vor der Französischen Revolution mit den Libelles.

»Man kann das, was die Memes heute tun, nämlich Ridikulisierung, die – man gestatte mir den Ausdruck – gnadenlose Verarschung der schrecklichen vier, Habeck, Baerbock, Faeser und Co., auch mit der Desakralisation der französischen Libelles vergleichen.«

Martin Sellner sagt hier ziemlich genau, was er vorhat: unter Ausnutzung von Algorithmen mit einer Flut verächtlich machender TikTok-Videos durch Hetze und Falschnachrichten die politische Klasse und damit das politische System der Bundesrepublik zu delegitimieren und letztendlich zu stürzen. Sellner zeigt sich in Schnellroda siegessicher.

»Und auch ein Regime Change von rechts wird ohne Handys nicht möglich sein. [...] Ein Sieben-Sekunden-Video mit Auflösung 300 mal 200 von einer Afrikanerin, die sich in einer Telefonzelle erleichtert – keine Erfindung, gibt es wirklich –, wiegt wahrscheinlich den propagandistischen Effekt von vier Tatortproduktionen und zwei Konzerten gegen rechts auf. Das ist ein Abnutzungskrieg, den der Gegner langfristig nicht gewinnen kann bzw. den wir, wenn wir ihn richtig spielen, gewinnen können.«

Techunternehmer Christoph Mause aus Düsseldorf schätzt die Aussagen von Sellner und Ahrens folgendermaßen ein:

»Sellner begreift Social Media als Propaganda-Waffe in einem Infowar. Es ist wichtig, dass wir verstehen, dass wir uns hier nicht in einer gesellschaftlichen Diskussion oder einer politischen Auseinandersetzung befinden, sondern tatsächlich in einem Krieg. Und es kommt hinzu, dass die Verbündeten aufseiten des Feindes größer sind, als wir wahrscheinlich annehmen und beweisen können.«

Ohne neurechte Medienprofis wie Sellner und Ahrens »würde die AfD nicht anders dastehen als alle anderen Parteien«, die beiden hätten sehr gut verstanden, »wie soziale Plattformen funktionieren und wie sie für ihre eigenen propagandistischen Zwecke genutzt werden können«, sagt der Unternehmer aus Düsseldorf. Das System von TikTok und seinen Algorithmen funktioniere aber mit »aufmerksamkeitsstarken, polarisierenden und populistischen Inhalten« viel besser als mit Filmen mit argumentativer politischer Auseinandersetzung.

Der *Spiegel* schrieb dazu am 11. März 2024: »Es gibt eine Wesensverwandtschaft zwischen den Erfolgskriterien des Algorithmus und des Populismus.«

Für den Unternehmer Mause habe TikTok nur das übernommen und »perfektioniert«, was vorher die US-Unternehmen Google oder Meta mit Instagram und Facebook, Snapchat und vor allem Twitter, oder jetzt X, entwickelt hätten, die »algorithmische Ausspielung von Content«, nur eben mit gewissen Unterschieden, damit sei »die Büchse der Pandora« geöffnet.

Doch die liberalen Demokratien müssen sich gegenüber diesen propagandistischen Angriffen nicht wehrlos zeigen. Bisher würden die gesetzgeberischen Maßnahmen eher auf den Inhalt zielen, »wie Meldeverfahren für Hassreden«, so Mause, aber viel wichtiger sei, dass »das algorithmische Ausspielen von Inhalten sehr eng reguliert werde«. Dafür gibt er Vorschläge: Entweder beschränke man das Ausspielen von Inhalten auf Menschen, denen man tatsächlich folgt, also die aktiv wünschen, Informationen geteilt zu bekommen, oder aber: Die User müssten erst zustimmen, ob sie bestimmte Inhalte gezeigt bekommen wollen.

Die Forderung nach Regulierung von TikTok oder anderen Medien wird von rechten Ideologen oft als Angriff auf die Meinungsfreiheit gesehen. Dagegen

kontert der Techunternehmer aus Düsseldorf: »Es ist wichtig zu verstehen, dass es in unserer Demokratie zwar eine Redefreiheit, aber keine algorithmische Verbreitungsfreiheit gibt.«

Kapitel 6

Die gescheiterte Abwehr der Radikalen und die Legende von einer gemäßigen Partei

Die erfolglose Abgrenzung

Es gibt in Deutschland keinen besseren gesellschaftlichen Lift als eine neu gegründete Partei, die aufgrund einer gesellschaftlichen Stimmung ein Magnet für Protestwählerstimmen ist und so die Chance hat, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden.

Glücksritter, Pleitiers und gescheiterte Existenzen werden von solchen Parteien angezogen wie die Motten vom Licht. Daneben hat eine Partei rechts von der Union noch ein Problem: Sie ist ein Anziehungspunkt für all jene, die über Jahrzehnte in rechtsradikalen und rechtsextremen Hinterzimmern der Republik über die Rettung des Vaterlandes debattierten und glauben, Deutschland pflege seit dem Zweiten Weltkrieg einen »Schuldkult« und lasse sich von den Westalliierten, namentlich den USA, knechten. In den 1990er-Jahren, bei den Republikanern, benötigten diese Rechtsradikalen noch keine Mimikry. Der Parteigründer Franz Schönhuber war ein ehemaliger SS-Mann. Bei der AfD war das anders. Der ehemalige BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, der Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der FAZ-Publizist Konrad Adam und die Unternehmerin Frauke Petry aus Sachsen passten nicht zu den Altnazis. Sie waren rechts, aber nicht rechtsradikal. Die AfD-Führung wirkte dadurch für viele seriös, sie war das Abbild eines verunsicherten Bürgertums, das sich von Angela Merkels Eurorettung und Flüchtlingspolitik überfordert fühlte.

Aber hinter den Biedermännern mahlten schon früh die Mühlen völkischer Netzwerker wie Kubitschek. Von Beginn an versuchte die AfD mit Ausschlusslisten, sich gegen Kaperer zu wehren. Auch wenn einige AfD-Funktionäre anfänglich zu dem Verleger aus Schnellroda auf Distanz gingen, so stand er nie auf der Unvereinbarkeitsliste. Seit ihrer Gründung wollte die AfD zwar mit einem rechten Ausfallschritt Debatten provozieren, gleichzeitig aber das Bild der Bürgerlichkeit wahren. Doch der Spagat funktionierte nicht.

Die Unvereinbarkeitsliste und ein antisemitischer Abgeordneter aus Stuttgart

Die AfD setzt bis heute auf ein formalistisches Abgrenzungskonzept. Die Unvereinbarkeitsliste der AfD, die auf der Webseite der Partei veröffentlicht ist, umfasst über 13 Seiten und weist knapp 500 Einträge aus. Die Zahl ist so hoch, weil in der Liste sowohl Gruppierungen der Antifa und islamistische Gruppierungen aufgeführt sind als auch rechtsextreme Parteien und Splittergrüppchen.

Die auf der AfD-Webseite veröffentlichte Liste enthält auf Seite 9 die »Identitäre Bewegung Deutschland e.V.« und auch die »Heimattreue Deutsche Jugend« (abgekürzt HDJ), zu deren Vorläufern, wie beschrieben, der Gastgeber für die Veranstaltung im Landhaus Adlon, Gernot Mörig aus Düsseldorf, zählt.

Die Teilnahme an einem Pfingstlager in der HDJ wurde dem Chef der Brandenburger AfD, Andreas Kalbitz, zum Verhängnis und führte zu dessen Rauswurf aus der AfD. Die Liste umfasst naturgemäß auch die DVU, die NPD und selbst die Republikaner. Aber schon früh war die Unvereinbarkeitsliste eher ein grobmaschiges Netz als eine Mauer.

Während sich die völkischen Netzwerke in der AfD früh einnisteten, konnte sich die Partei teilweise von rechtsextremen Einzelgängern abgrenzen. Ein interessanter Fall ist in diesem Zusammenhang der Arzt Wolfgang Gedeon, der nach dem Wahlsieg der AfD in Baden-Württemberg 2016 (die Partei erhielt aus dem Stand 15,1 Prozent) in den Landtag in Stuttgart einzog. Kurz darauf wurde ein Aufsatz bekannt, den Gedeon am 25. November 2015 veröffentlicht hatte. Die Broschüre hat den Titel *Grundlagen einer neuen*

Politik – Über Nationalismus, Geopolitik, Identität und die Gefahr einer Notstandsdiktatur und ist 56 Seiten lang. CORRECTIV wertete das Werk von Gedeon am 5. Juli 2016 aus. In diesem finden sich folgende Gedanken:

»Seit 1989 weitet sich im Westen die bislang primär militärische, politische und wirtschaftliche Amerikanisierung zu einem alle Lebensbereiche umfassenden System aus. ›Westen‹ bedeutet dabei die De-facto-Annexion Europas durch die USA, und ›amerikanisch-westliches System‹ bedeutet vor allem Folgendes: [...] systematische globale Polarisierung im Sinne eines neuen Kalten Krieges gegen Russland; systematische Auflösung der Nationalstaaten von oben durch Bildung supranationaler Konstrukte (›Vereinigte Staaten von Europa‹); systematische Auflösung der Nationalstaaten von unten durch Bevölkerungsaustausch (Massenzuwanderung). [...] Zunächst einmal müssen wir uns von der Mär verabschieden, die US-Amerikaner hätten den Krieg gegen Deutschland geführt, um die Deutschen und Europa vom Faschismus zu befreien. Hätte sich damals ein demokratisches Deutschland in gleicher Weise zu einer politischen und wirtschaftlichen Großmacht entwickelt wie das nationalsozialistische: Man hätte außenpolitisch und militärisch nicht anders gehandelt, als man es im Fall Hitler-Deutschland getan hat!«

Der Wissenschaftler Marcus Funck vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin erkennt in dem Aufsatz einen »antisemitischen Grundton«.

Gedeon wurde nach der Auswertung seiner Schrift 2016 erst aus der AfD-Fraktion und dann 2022 aus der Partei ausgeschlossen. Der Sound jedoch, den Gedeon damals vorgab, findet sich in der heutigen AfD wieder.

Schon damals lobte der thüringische AfD-Chef Björn Höcke Gedeons Schrift auf Facebook. Gedeon verstehe laut Höcke, »die Lage Deutschlands und Europas – auch im historischen und philosophischen Rekurs – für jeden nachvollziehbar zu entwickeln«, und Gedeon beschreibe, so Höcke, die

»existentielle Bedrohung der europäischen Völker und ihrer Kulturen. In der notwendigen Klarheit benennt er den Feind unserer Freiheit in Vielfalt.«

Eine Distanzierung sieht anders aus. Im Grunde gibt Gedeon das vor, was Höcke in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit 2022 in Gera sagte, als er die USA als »raumfremde Macht« bezeichnete und in dem jetzigen Konflikt die Seite Russlands wählte. Auch in dem Buch von Maximilian Krah finden sich antiamerikanische Thesen, die denen Gedeons ähneln.

Allerdings verzichten die Matadoren des neuen Rechtsrucks in der AfD auf den noch von Gedeon offen formulierten Antisemitismus, wobei der Antiamerikanismus, der Antiliberalismus der rechten Bewegung sowie die Polemiken gegen den Globalismus einer Elite – wie schon gesagt – antisemitische Anklänge an die »vaterlandslosen Kosmopoliten« der Nazizeit tragen.

Die beiden damaligen Parteichefs Jörg Meuthen und Frauke Petry wollten Gedeon aus der Partei werfen, gleichzeitig befanden sie sich in einem Machtkampf untereinander und versuchten so, die rechtsextremen Anhänger, die Gedeon nach wie vor in der Partei hatte, nicht ganz zu verprellen. Den Streit darum, wie die AfD am besten mit Gedeon umgehen solle, trugen Petry und Meuthen auf offener Bühne aus. Meuthen war Landeschef und Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag von Baden-Württemberg, und damit lag der Fall Gedeon klar in seiner Verantwortung. Aber der gerade in den Landtag eingezogenen AfD-Fraktion drohte über den Fall Gedeon die Spaltung. Frauke Petry flog ein, versuchte den Streit zu schlichten und brüsikierte so ihren Mitparteichef Meuthen. Eine Düpierung, die Meuthen Petry nicht verzeihen wollte und die den Machtkampf innerhalb der Partei bis zur Bundestagswahl im September 2017 überschattete.

Genau diesen innerparteilichen Machtkampf konnten die Rechtsextremen um Höcke und den Flügel gezielt nutzen, um mit einer straffen Delegierten-Organisation, obwohl anfangs in der Minderheit,

langfristig die personelle und inhaltliche Ausrichtung der Partei so zu formen, wie wir sie heute sehen. Höcke hatte diesen Weg zur Macht mit viel Geduld vorbereitet. Er begann praktisch kurz nach der Gründung der AfD damit.

Höckes erster Streich: Die Verdrängung von Bernd Lucke

Bernd Lucke galt in der deutschen Öffentlichkeit als ein Wirtschaftsprofessor, der sich Sorgen um die Finanzen machte, man sprach ihm eine gewisse Seriosität zu.

Lucke kommt aus einem evangelisch-klerikalen Umfeld und ist damit Anhänger eines äußerst traditionellen Familienbildes, das er mit seiner kinderreichen Familie auch vorlebt.

Am Abend der Bundestagswahl 2013 spricht der Wirtschaftsprofessor aus Hamburg über »Entartungen der Demokratie«, wie die *Zeit* am 23. September 2013 bei der Wahlauswertung berichtete. Diese Aussage brachte ihm die berechtigte Kritik ein, nationalsozialistisches Vokabular zu benutzen. Aber auch wenn Lucke ein Gegner des Euros war, so war er ein Anhänger der Westbindung und damit auch in Ansätzen der liberalen Demokratie.

Allerdings lief sich damals schon Björn Höcke warm; er verfolgte ein anderes politisches Ziel. Höcke stammt aus einer Familie, die aus Ostpreußen fliehen musste, sein Vater bewegte sich am politisch rechten Rand und war ein Leser von *Die Bauernschaft*, einem Blättchen, das von einem Holocaustleugner verlegt wurde. Nach dem Mauerfall zog Höcke nach Thüringen. Bei der Rede in der später als rechtsextrem eingestuften Ideologieschmiede *Institut für Staatspolitik* am 21. November 2015, in der Höcke über den »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« gesprochen hatte, äußerte er sich auch über den Mauerfall und die Wiedervereinigung. Die Rede wurde am 12. Dezember 2015 auf YouTube hochgeladen. Diese Passagen in dem Vortrag sind zentral, sie zeigen, was Björn Höcke, der im September 2024 die AfD in Thüringen zur stärksten

Macht im Landtag machen will, tatsächlich über den wohl größten Erfolg der jüngeren deutschen Geschichte denkt, nämlich den Mauerfall und die deutsche Wiedervereinigung.

Ich wohnte damals im Rheinland, liebe Freunde. Mein Vater und ich schauten uns diese TagesschauSendung gemeinsam an, und diese Ankündigung hat uns damals gefühlsmäßig überwältigt. Wir lagen uns anschließend in den Armen, und ich spürte die Tränen meine Wangen herunterlaufen. Als wir uns voneinander lösten und uns anschauten, sagte mein Vater einen Satz, den ich niemals vergessen werde. Er sagte: ›Das ist das Ende des deutschen Volkes.‹ Natürlich lehnte mein Vater die kommunistische Diktatur in der DDR ab. Aber er verfolgte auch die seit Jahrzehnten ablaufende Multikulturalisierung Westdeutschlands, und er sah das Anwachsen der nicht assimilierten Parallelgesellschaften in den Ballungsgebieten des Westens. Und die DDR war trotz ihrer ideologischen Ferne zu uns für ihn ein Staat, in dem noch diese über Jahrhunderte gewachsene und belastbare Vertrauengemeinschaft intakt war.«

Höcke und sein Vater weinten nicht etwa vor Freude, sondern für sie war der Mauerfall ein Grund zur Trauer, denn sie sahen darin »das Ende des deutschen Volkes«. Die untergegangene DDR mit Stasi, kaputter Wirtschaft und Mauertoten bezeichnet Höcke als »Vertrauengemeinschaft«, und in den Menschen mit Migrationshintergrund in den westlichen Bundesländern sieht er eine Bedrohung. Vielleicht waren diese Ansichten auch der Grund für den Umzug des Geschichtslehrers nach Thüringen.

Höcke und sein Vater übersahen dabei offenbar, dass die »intakte Vertrauengemeinschaft« nicht zu einem Erfolg geführt hatte. Die DDR war als Staat wirtschaftlich und politisch untergegangen, während die Bundesrepublik in voller wirtschaftlicher Blüte stand.

So landete die Familie Höcke mit ihren vier Kindern in Bornhagen in Thüringen. Ein Leserbrief in der HNA, der *Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen*, brachte Höcke 2006 in Konflikt mit der Leitung der Schule, an der er unterrichtete, wie der *Merkur* 2017 berichtete. Höcke schrieb darin über den Luftangriff auf Dresden im Februar 1945: »In der Weltgeschichte sind niemals zuvor und niemals danach in so kurzer Zeit so viele Menschen vom Leben zum Tode befördert worden wie im ehemaligen Elbflorenz«, geht aber mit keinem Wort auf die industrielle Vernichtung von Millionen von Menschen in den Konzentrationslagern der Nazis ein.

Höcke setzte sich mit dem Herausgeber der *Jungen Freiheit*, Dieter Stein, in Verbindung und suchte zudem Kontakte ins rechtsextreme Lager. 2010 demonstrierte er zusammen mit Neonazis am Tag des Bombardements von Dresden. In der Nachbarschaft von Bornhagen lernte Höcke den militanten NPD-Politiker Thorsten Heise kennen und soll, wie oben erwähnt, unter dem Pseudonym Landolf Ladig in dessen Neonazi-Postillen, *Volk in Bewegung* und *Der Reichsbote*, geschrieben haben. Eine Behauptung, die Höcke zwar dementierte, gegen die er aber, wie ebenfalls bereits aufgezeigt, niemals gerichtlich vorgegangen ist.

Höcke trat früh in die AfD ein und gründete 2013 den Landesverband Thüringen. Er kandidierte erfolglos als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2013. Bei der Landtagswahl 2014 führte er als Spitzenkandidat die AfD über die Fünf-Prozent-Hürde, fiel aber selbst in der AfD mit seinem nationalen Pathos unangenehm auf.

Höcke verließ schnell die Rolle des Sonderlings und griff mit der Gründung des Flügels und der Erfurter Resolution im März 2015 den Führungsanspruch des Parteigründers Bernd Lucke an. Anders als der AfD-Vorstand wollte Höcke sich nicht von der im Dezember 2014 gegründeten

Pediga-Bewegung (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) distanzieren, die in den Städten Ostdeutschlands vor allem in Dresden rassistische Märsche veranstaltete. Bemerkenswert ist, dass sich diese Bewegung über ein halbes Jahr vor dem Flüchtlingssommer 2015 gegründet hat. Die Protestbewegung war also gewissermaßen schon vor dem Ereignis da. In der Erfurter Resolution finden sich alle Bestandteile rassistischer Ideologie wieder. Die Partei sei eine »Bewegung unseres Volkes«, heißt es da, sie sei gegen »Gesellschaftsexperimente« und eine »Widerstandsbewegung« gegen eine vermeintliche »Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands«. Das ist nichts anderes als das Schreckgespenst des »Bevölkerungsaustauschs« der Identitären Bewegung, die die »ethnokulturelle Identität« des deutschen Volkes bedroht sieht.

Die Erfurter Resolution war die Geburtsstunde des Flügels. Der Flügel wurde zu einem Machtinstrument zur Beschaffung von Mehrheiten auf den Parteitagen der AfD, und die Anführer, Höcke und der erwähnte Kalbitz als Co-Chef, waren damit ein Machtfaktor in der AfD. Die Erklärung war auch ideologisch geprägt vom Gedankengut des völkischen Verlegers Götz Kubitschek. Die rechten Kreise schlossen sich zusammen.

Der AfD-Vorsitzende Lucke erkannte die Gefahr, die von Höcke ausging, zu spät. Als dieser forderte, dass die vormalige NPD-Mitgliedschaft für die AfD kein Ausschlusskriterium sein dürfe, wollte Lucke den rechtsextremen Sonderling aus der Partei werfen. Doch er hatte schon keine Macht mehr. An einem heißen Julitag 2015 in Essen wählten die AfD-Mitglieder Lucke als Parteivorsitzenden ab. Die neuen Vorsitzenden waren Frauke Petry und der Wirtschaftsprofessor Jörg Meuthen. Petry hat sich immer gegen den Vorwurf gewehrt, sie habe mit Höcke und dem Flügel paktiert. Aber Fakt ist: Ohne die Stimmen des Flügels wäre der Sturz Luckes nie gelungen. Der Coup war organisiert. Busse aus Thüringen hatten die Höcke-Anhänger in

die Ruhrgebietsstadt gebracht. Lucke trat mit seinen Gefährten, darunter Hans-Olaf Henkel, später aus der AfD aus, behielt allerdings wie Henkel die Mandate im Europaparlament. Die AfD-Fraktion schrumpfte danach auf zwei Personen: Marcus Pretzell, den damaligen AfD-Vorsitzenden aus NRW und nun Ehemann von Petry, und die radikal-klerikale Beatrix von Storch. Höcke hatte seinen ersten Etappensieg erreicht. Weitere sollten folgen.

Höckes zweiter Streich: Das gescheiterte Parteiausschlussverfahren und der Austritt Frauke Petrys

Das Duo Jörg Meuthen / Frauke Petry hielt nicht lange. Im ersten halben Jahr seit dem Amtsantritt bis zu den Wahlen in Baden-Württemberg im März 2015 gab es einen Burgfrieden, allerdings konnte auch Höcke ungestört seine Netze spinnen. Im Dezember 2015 tauchte das bereits erwähnte Video auf, das zeigte, wie Höcke im Institut für Staatspolitik des rechten Verlegers Götz Kubitschek eine Rede über den »lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp« und »den selbstverneinenden europäischen Platzhalter-Typ« hielt. Das NDR-Recherchemagazin *Panorama* publizierte über diese Rede im Dezember 2015 einen Beitrag. Die rassistischen Thesen führten zu einem öffentlichen Aufschrei; sowohl Petry als auch Meuthen verurteilten den Auftritt, hielten aber die Hand über Höcke.

Als im Frühjahr 2016 wegen der antisemitischen Schrift Gedeons der Machtkampf zwischen Petry und Meuthen um die politische Führung ausbrach, versuchte Petry sowohl die Eindämmung von Höckes Flügel als auch gleichzeitig die Entmachtung Meuthens. Dieser suchte dagegen bewusst die Nähe zu Höcke, trat auch auf dessen alljährlichen Kyffhäusertreffen auf und hörte sich die nationalpathetischen Reden des nun selbst ernannten Führers des Flügels an. Nach Höckes Rede in Dresden im Januar 2017 sah Petry ihre Chance gekommen. Höcke forderte eine »180-Grad-Wende« in der Erinnerungskultur und bezeichnete das Holocaustmahnmal in Berlin als »Denkmal der Schande«. Anders als Lucke gelang es Petry, im Bundesvorstand der AfD eine Mehrheit für ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke zu organisieren. Meuthen enthielt

sich – so wie sich auch einst Petry enthalten hatte, als ihr Vorgänger Lucke auf sie gezählt hatte.

Der Antrag, Höcke aus der Partei zu werfen, fand im Bundesvorstand zwar eine Mehrheit, aber kurz danach verlor Petry den Machtkampf gegen Meuthen. Auf dem Parteitag in Köln im April 2017 wurde ihr Antrag, die AfD politisch mehr in die Mitte zu rücken, abgeschmettert, und sie wurde auf offener Bühne von Meuthen gedemütigt.

Petry erholte sich von der Niederlage nicht. Mitten im Bundestagswahlkampf tauchte sie ab, und einen Tag nach der Bundestagswahl, in der der AfD der Einzug in den Bundestag gelang, am 25. September 2017, trat sie aus der AfD aus.

Die neue Parteispitze, die aus Meuthen und Alexander Gauland bestand, verfolgte das Parteiausschlussverfahren gegen Höcke nicht mehr weiter. Der Schriftsatz dazu wurde aber CORRECTIV zugespielt. Die darin enthaltenen Aussagen über Höcke sprechen eine klare Sprache. Der von Petry initiierte Antrag auf einen Parteiausschluss vom 30. März 2017, der im Auftrag des Bundesvorstandes der AfD erstellt wurde, enthält eine Sammlung der zentralen Vorwürfe gegen den Fraktionsvorsitzenden aus Thüringen und völkischen Strippenzieher der Partei. Die Anwälte des damaligen Bundesvorstandes begründeten den Antrag mit der Sorge um ein mögliches Parteiverbotsverfahren gegen die AfD. Björn Höcke als Antragsgegner wird mit der Abkürzung »AG« bezeichnet. Es geht in dem Antrag im Kern um die »Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus« von Björn Höcke.

»Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht bereits sehr früh klargestellt, dass bei einer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus von einer Zielrichtung einer Partei gegen die verfassungsgemäße Ordnung auszugehen ist. [...] Wenn also ein Parteimitglied, insbesondere ein Funktionär wie der Antragsgegner eine Wesensverwandtschaft mit dem

Nationalsozialismus aufweist, muss die Partei sich das zurechnen lassen, so dass ein Verbotsverfahren nicht unmöglich sei.«

Damit ist die Messlatte gesetzt. Und es geht hier vor allem um Höckes berüchtigte Rede vom 17. Januar 2017. Dazu heißt es im Antrag:

»Der Antragsgegner hat am 17.01.2017 in Dresden eine Rede vor Mitgliedern der Jungen Alternative und Gästen gehalten, die zeigt, dass ein direkter Bezug zum Nationalsozialismus gesucht worden ist. [...] Die Exegese der Rede bietet ein erschreckendes Bild. [...] Der AG steht den Parteien ablehnend gegenüber und hält eine Tendenz zur Oligarchisierung und Erstarrung für systemimmanent. Es handele sich um Naturgesetzmäßigkeiten des Parteienstaates. Diese Formulierungen finden sich auch wieder in den Wahlkampfreden von Adolf Hitler im Jahr 1932. [...] Hinzu kommt, dass der Begriff der ›Bewegung‹ für die NSDAP prägend war, ebenso wie für den italienischen Faschismus. Höcke führt aus, dass er Veränderungen will, grundsätzliche Veränderungen: ›Ich will die AfD als letzte evolutionäre Chance für unser Vaterland erhalten. Ich will, dass wir diesen Halben einen Strich durch die Rechnung machen. Wir wollen das, denn wir wissen, es gibt keine Alternative im Etablierten.‹ Im Weiteren: ›Ich (Herr Höcke) würde mich nicht genug um die Junge Alternative kümmern, die Halben übernahmen dort allmählich das Ruder.‹ Auch hier handelt es sich um eine Begrifflichkeit von Adolf Hitler.«

Die Nutzung des Begriffes »die Halben« zeigt für den damaligen AfD-Bundesvorstand, dass Höcke Begriffe aus Hitlerreden übernimmt.

»Höcke lehnt das etablierte Parteiensystem insgesamt ab, weil es im Etablierten keine Alternative gäbe. Damit wendet er sich unmittelbar gegen die verfassungsgemäße Ordnung, die durch das Parteienprivileg ausdrücklich politische Parteien vorsieht. Stattdessen solle eine ›Bewegung‹ entstehen, die nicht in Erstarrung verfällt, weil sie

regelmäßig ›auf die Straße‹ geht. Genau das war das System, mit dem die Nationalsozialisten Parteiarbeit organisiert haben [...] Dem AG als Geschichtslehrer kann die Bedeutung solcher Sentenzen nicht verborgen geblieben sein.«

Der Antrag beschreibt eindringlich den Führerkult von Höcke und zitiert ihn erneut:

»Ich weise euch einen langen, entbehrungsreichen Weg/ich weise dieser Partei einen langen und entbehrungsreichen Weg. Aber es ist der einzige Weg, der zu einem vollständigen Sieg führt, und dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD und deshalb will ich diesen Weg – und nur diesen Weg – mit euch gehen, liebe Freunde. [...]«

Hier geriert sich der AG als Führer, der seinen Anhängern einen Weg weisen kann, ja, der auch der Partei einen Weg weisen kann und darf. Politische Grundsatzentscheidungen werden allerdings im Rahmen der AfD nicht nach dem Führerprinzip verantwortet, sondern werden von den zuständigen Parteigremien vorgegeben. [...] Höcke fordert den ›vollständigen Sieg‹, ein Begriff, der eindeutig dem ›Endsieg‹ entspricht, den die Nationalsozialisten geprägt haben.«

Dann geht das Anwaltsschreiben im Auftrag des damaligen Bundesvorstandes auf die Sichtweisen Höckes zum Zweiten Weltkrieg ein:

»Der AG führt aus: Mit dem Kriegsverbrechen der Bombardierung Dresdens gegen Ende des Zweiten Weltkrieges sei geplant gewesen, ›unsere kollektive Identität zu rauben‹. Eine ›kollektive Identität‹ kann es nur geben, wenn das Volk ›gleichgeschaltet‹ wäre. Dies ist aber von der AfD weder gewollt noch jemals angestrebt worden.«

Das Schreiben kritisiert die Wortwahl »Denkmal der Schande« und gibt einen Gesamteindruck der Rede in Dresden:

»Wer sich die Rede mit der gebotenen Lautstärke anhört, die Augen schließt, fühlt sich in eine Zeit des Dritten Reiches versetzt. Die aufgepeitschte Menschenmenge, die Stimmlage des Redners und die Rufe ›Volksverräter‹ zeigen, dass hier eine Wesensverwandtschaft mit den Reden des Nationalsozialismus vorliegt. [...] Aus dem Gesamtzusammenhang ergibt sich zweifelsfrei, dass die Worte und Sinnverwandtschaft zu Wahlkampfreden Adolf Hitlers nicht zufällig passieren, sondern dass der Antragsgegner auch bei Hitler erkennt, dass nicht alles schlecht war, trotz der millionenfachen Morde, für die Hitler verantwortlich ist.«

Zudem folgt der damalige AfD-Bundesvorstand der Argumentation, dass es sich bei dem Pseudonym Landolf Ladig um Björn Höcke handelt, der vor Eintritt in die AfD für die NPD-Veröffentlichungen *Volk in Bewegung* und *Eichsfeld-Stimme* geschrieben hat.

Es liest sich, als werde Höcke vom AfD-Vorstand als Nazi entlarvt. Allerdings zu spät, denn inzwischen hatte sich die Macht verschoben, Petry war weg, und das Ausschlussverfahren wurde einkassiert. Höcke machte weiter. Es ist spannend, dass schon damals der AfD-Vorstand unter Petry um ein mögliches Parteienverbot fürchtete. Eine Diskussion, die heute wieder Aktualität hat. Die Partei wurde immer rechtsextremer, gleichzeitig hat sie bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg eine reale Machtoption. Vor allem nach der CORRECTIV-Recherche »Geheimplan gegen Deutschland« wird die Möglichkeit eines Parteienverbots erneut diskutiert.

Höckes dritter Streich: Meuthen erringt einen Pyrrhussieg gegen die Rechten und gibt auf

Kaum war Meuthen zusammen mit Alice Weidel Parteichef, versuchte er, Höcke und seinen Flügel einzuhegen. Die Szenen wiederholen sich. Sobald sich ein Parteifunktionär mithilfe der völkischen Stimmen von Höcke sich gegen einen innerparteilichen Gegner durchsetzen konnte, versucht er den gefährlichen Ideologen aus Thüringen wieder zurückzudrängen. Diesmal hatte Meuthen Unterstützung von außen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz begann sich für die AfD zu interessieren. Meuthen wollte die Beobachtung seitens des Verfassungsschutzes verhindern; er fürchtete um die Beamten, vor allem um die Polizisten, die die AfD in ihren Reihen hatte.

Meuthen setzte dafür Roland Hartwig ein, den ehemaligen Bayer-Chefjustiziar, den moderat wirkenden Weltmann aus NRW. Anfänglich war Meuthen erfolgreich. Es gelang ihm im April 2022, Höcke davon zu überzeugen, den Flügel aufzulösen. Höcke folgte dem Vorschlag, er wollte dem Verfassungsschutz keinen Grund zur Beobachtung geben. Aber dann griff Meuthen eine Person an, die Höcke teuer war: Andreas Kalbitz, den AfD-Chef und Fraktionsvorsitzenden aus Brandenburg. Ähnlich wie Höcke pflegte dieser ein nationalistisches Gehabe. Die kurzen Haare Kalbitz' und dessen Nickelbrille erinnerten manche an Hitlers Bluthund Heinrich Himmler. Die Unvereinbarkeitsliste der AfD wurde für Höckes Strategen und Vertrauten Kalbitz allerdings zum Verhängnis. Er war Mitglied der Republikaner gewesen und hatte an einem Pfingstlager der rechtsextremen *Heimattreuen Deutschen Jugend* teilgenommen, in der Kinder und Jugendliche militärisch gedrillt wurden. Das hatte er in seinem Aufnahmeantrag für die

AfD verschwiegen. Kalbitz war für den Flügel der Macher, während Höcke das Gehirn war. Meuthens Kalkül: Ohne Kalbitz würde dem rechtsextremen Flügel das Genick gebrochen werden. Meuthen gelang es, im AfD-Bundesvorstand eine Mehrheit für ein Parteiausschlussverfahren gegen Höckes Vertrauten zu organisieren. Allerdings geschah etwas Unerwartetes: Hartwig wechselte die Seiten und schlug sich auf die Seite von Kalbitz. Gleichwohl konnte Meuthen den Ausschluss durchsetzen, und Kalbitz scheiterte anschließend mit seiner Klage dagegen vor Gericht. Aber Meuthen hatte keine Machtbasis mehr. Höckes Anhänger schossen ihn sturmreif, und Meuthen verließ im Januar 2021 genervt den Vorstand und die Partei. So nah wie Meuthen war kein AfD-Vorsitzender an die Entmachtung von Höcke gekommen. Doch der erholte sich von dem Schlag und kehrte als Sieger zurück in die Partei. Seit dem Weggang von Meuthen prägt er die AfD programmatisch und personell und hat aus der AfD die Partei Russlands und die Partei der Vertreibung gemacht.

Markus Scheer, der Strategie gegen Höcke, verlässt die Partei

Nach Meuthen verließ auch ein Mann die AfD, der jahrelang versucht hatte, die Mehrheit von Höcke auf den Parteitagen zu brechen. Markus Scheer ist den wenigsten außerhalb der AfD bekannt. Er kommt aus Bochum und gehört zu den Erfindern des ersten bekannten digitalen Start-ups in Deutschland, des Computerspiels Moorhuhn. Nach einer Pleite musste er wegen Bilanzfälschung, Kreditbetrugs und Untreue ins Gefängnis. In der AfD fand Scheer ein neues Betätigungsfeld. Er organisierte auf Parteitagen Mehrheiten. Scheer steht nicht in der ersten Reihe, sondern im Maschinenraum der AfD. Gerade auf den volatilen Parteitagen der AfD ist die Organisation von Mehrheiten eine wichtige Kunst. Scheer beherrschte sie.

In der AfD gilt: Das Wichtigste sind die Aufstellungsparteitage für die Landtage, den Bundestag und das Europaparlament – der, dem es gelingt, einen Listenplatz zu ergattern, bekommt Geld und Einfluss. Vor allem kann jeder Abgeordnete bis zu zehn Menschen versorgen, indem er sie direkt anstellt oder ihnen einen 400-Euro-Job besorgt. Ein gewonnenes Mandat ist gleichbedeutend mit einer Aufstiegschance oder einem Auskommen für viele Menschen aus dem AfD-Kosmos. Diese Perspektive ist Teil der Verhandlungsmasse. Die zukünftigen Mitarbeiter für die zukünftigen Mandatsträger stammen aus den Delegierten der Listenparteitage. Scheer hatte eine gewisse Meisterschaft darin errungen, diese zu bündeln und zu organisieren. Es geht häufig in der AfD um Posten, Einfluss und vor allem um Geld. Nicht umsonst wird die AfD auch innerhalb der Partei als »Beutegemeinschaft« bezeichnet.

Politisch sah sich Scheer als Gegner von Höcke und seinen völkischen Freunden. Auch wenn er hin und wieder zu Kompromissen bereit war, um Pöstchen zu verteilen. Als Hartwig Meuthen im Kampf gegen den Flügel von der Fahne ging, sorgte Scheer dafür, dass dieser 2020 nicht mehr auf einem aussichtsreichen Listenplatz für den Bundestag kandidieren durfte. Hartwig wurde zeitweise abseviert.

Aber Meuthens Sieg war nicht von langer Dauer. Nach seinem Abtritt verließ auch sein Helfer Scheer entnervt die Partei und gründete das Bündnis für Deutschland. Diese neue Organisation operiert allerdings unter der Wahrnehmungsgrenze. Hartwig hatte sich bis zu dem Treffen in Potsdam wieder erholt, er wurde jetzt die rechte Hand der Parteivorsitzenden Alice Weidel. Nach Bekanntwerden der Recherche von CORRECTIV zum Potsdamer Treffen entließ Weidel Hartwig jedoch.

Kapitel 7

Der Weg in die Entgrenzung und die Spendenaffäre aus dem Ausland

Am 29. Oktober 2015 fuhr die Parteichefin Frauke Petry zum Flughafen nach Leipzig. Sie erwartete einen wichtigen Mann, und es begann eine der größten Spendenaffären in der Bundesrepublik Deutschland.

Wenige Monate zuvor, im Sommer 2015, hatten die AfD-Mitglieder auf dem hitzigen Parteitag in Essen den Parteigründer Bernd Lucke vom Hof gejagt. Seither leiteten Frauke Petry und Jörg Meuthen zusammen die AfD. Lucke hatte mit seinen Mitstreitern daraufhin die Partei verlassen und die AfD so um fast alle Abgeordneten im EU-Parlament gebracht. Die Umfragen der hochgradig zerstrittenen Partei gingen bergab. Der AfD drohte das Schicksal ihrer rechten Vorläuferparteien: Nach einigen Erfolgen in den Landtagen führen interne Machtkämpfe zu Spaltung und Untergang.

Die Flüchtlingskrise rettet die AfD und danach braucht sie Geld

Doch die Flüchtlingskrise im Spätsommer 2015 rettete der Partei das politische Überleben. Das gab der Grandseigneur und heutige Ehrenvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, Ende 2015 auch offen gegenüber dem *Spiegel* zu. »Natürlich danken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise«, so Gauland, man könne die Krise »ein Geschenk« nennen.

Als Frauke Petry im Oktober 2015 zum Leipziger Flughafen fuhr, stand sie vor gewaltigen Aufgaben. Die Partei brauchte Geld, zumal 2016 und 2017 wichtige Landtagswahlen und vor allem die Bundestagswahl anstanden. Diese zwei Jahre würden darüber entscheiden, ob es der AfD gelingen würde, sich im politischen System zu verankern.

In dieser Notlage meldete sich Henning Conle aus der Schweiz. Er wollte die neue Parteichefin treffen. Da es von Conle keine Fotos im Netz gibt, erhielt Petrys Sekretärin eine Beschreibung aus dem Brüo Conle per SMS: »Herr Conle, dunkle Hornbrille, Lederjacke, kurzer Bart, wenig Haar«. Petry hat, nachdem sie die AfD verlassen hatte, CORRECTIV und dem ZDF-Magazin *Frontal* über das Treffen mit Conle berichtet. Die Recherche dazu wurde am 9. März 2021 veröffentlicht.

Kurz vor der Landung meldete sich Conle selbst per SMS bei der AfD-Chefin: »Werde ca. 11:15 landen, Gruß HC«.

Wer ist Henning Conle? Sein Vater stammt aus Duisburg und machte in der Gründungsphase der Bundesrepublik im Ruhrgebiet mit Sozialwohnungen

ein Vermögen. Zu Zeiten des Vaters war das Conle-Imperium eng mit der sozialdemokratischen Aristokratie unter dem langjährigen SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen verbunden. Das war noch in der alten Bonner Republik.

Henning Conle baute das, was er vom Vater übernommen hatte, zu einem milliardenschweren Immobilienvermögen aus. Er verließ Deutschland und pendelt heute zwischen seinen Wohnsitzen in London und Küsnacht (unweit von Zürich). Henning Conle lebt diskret, dafür unterhält er eine eigene Fluglinie nur für sich auf einem Flugplatz im Süden Deutschlands, von dem aus er in die Welt fliegt. Von dort kam er auch am 29. Oktober 2015 nach Leipzig.

»Was ist die stärkste Triebkraft des Menschen? Angst!«

Nach der Landung traf man sich in einem Viersternehotel unweit des Flughafens, nach der Erinnerung von Petry stellte Conle dabei unter anderem auch die folgende Frage: »Was ist aus Ihrer Sicht die stärkste Triebkraft des Menschen?« Petry antwortete, »Neid und Gier«, Conle korrigierte Petry nach ihrer Erinnerung: »Nein, Angst«. Dieser Wortwechsel steht am Anfang dessen, was später zur AfD-Spendenaffäre werden sollte.

»Mein Eindruck war, dass Henning Conle die AfD unterstützen wollte, und mein Eindruck war aber auch, dass er letztlich dabei nicht persönlich in Erscheinung treten wollte«, sagte Petry gegenüber CORRECTIV. Conle hat Nachfragen dazu nie beantwortet. Was Conle laut Frauke Petry in dem Gespräch vorschlug, ist in Deutschland illegal. Denn nach dem deutschen Parteiengesetz sind anonyme Spenden für Parteien verboten.

Zwischen Conle und Petry kam es – nach ihrer Erinnerung – zu mehreren Treffen. Am 7. Dezember 2015 trafen Petry und ihr damaliger AfD-Co-Chef Jörg Meuthen Conle in dessen Villa in Küsnacht. In einer SMS bestätigte Meuthen diesen Termin gegenüber Petry: »Montag, Zürich, klappt bei mir. LG Jörg«. Auf dem Treffen soll es erneut um Wahlkampfhilfe und Wahlkampf in den sozialen Netzwerken gegangen sein, erinnert sich Petry.

Vor dem Treffen bombardierte Meuthen die Parteifreundin mit Kurznachrichten. In Baden-Württemberg, wo Meuthen derzeit auch Parteichef war, wurde im März 2016 der Landtag gewählt. Wegen der Flüchtlingskrise stiegen die Umfragen für die Partei zwar ohnehin wieder, aber für einen effektiven Wahlkampf brauchte Meuthen Geld.

Am 11. November 2015 schickte er folgende Nachrichten: »Fakt ist, ich brauche Geld für den Wahlkampf«, »wann können wir telefonieren«, »wenn ich also kein Geld für meinen Wahlkampf habe, werde ich keinen aussichtslosen Wahlkampf führen«, heißt es in einer E-Mail von Meuthen an einen AfD-Experten für Social Media, die CORRECTIV am 15. Juni 2021 veröffentlichte.

Ein ominöser Verein spendet Plakate

Die Hilfe für Meuthens Wahlkampf kam, und auch die für seine Parteifreunde in Rheinland-Pfalz. In beiden Bundesländern fanden zur selben Zeit Landtagswahlen statt. Hier hatte die AfD das erste Mal die Chance, in westlichen Bundesländern ebenfalls über die Fünf-Prozent-Hürde zu springen. Und plötzlich tauchten Plakate auf, und diese schürten Angst vor Flüchtlingen und Überfremdung. Blonde Mädchen mit schreckensweiten Augen in der Dunkelheit und dunkle Männer, die in Wohnungen einbrechen. Es war eine Kampagne der Angst, die zur Unterstützung der Partei aufrief. Angst sei die größte Triebkraft des Menschen, hatte Henning Conle zu Frauke Petry gesagt. Aber nicht die AfD, sondern ein »Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten« zeichnete für die Werbeaktion verantwortlich.

Nach dem deutschen Parteiengesetz sind Spenden für Parteien legal, sofern der Spender bekannt ist. Spenden aus dem Nicht-EU-Ausland dagegen sind grundsätzlich verboten. Für die fragliche Plakataktion zeichnete ein Verein verantwortlich, der in Stuttgart gegründet wurde und dem ein gewisser David Bendels vorstand. David Bendels ist ein ehemaliges Mitglied der Jungen Union. 2016 verließ er jedoch die CDU. Die AfD in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und auch im Bund zeigte sich überrascht von der Kampagne. Und erfreut: denn solange die AfD oder deren Funktionäre nicht in die externe Wahlkampagne des Vereins eingebunden waren, musste sie diese auch nicht als Spende angeben. »Parallelaktion« heißt diese Form der anonymen Wahlkampfunterstützung, die legal ist.

Die Wahlkämpfe in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren nur der Anfang. Die Unterstützungsplakate des ominösen Vereins aus Stuttgart überschwemmten auch die anderen Bundesländer bei Landtagswahlkämpfen, so etwa Berlin, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern. Die geheimnisvolle Plakatwelle setzte sich bis zur Bundestagswahl 2017 fort.

Aber es blieb nicht nur bei Plakaten, es wurden auch Wahlzeitungen in Millionenauflage gedruckt, erst das *Extrablatt*, dann der *Deutschland-Kurier*.

»Direktkunde: AfD«

CORRECTIV erhielt 2021 Einblick in die Buchungsunterlagen der Kölner Plakatfirma Ströer, auf deren Werbeflächen die Plakate der Angstkampagne klebten. Es ging um Tausende Plakate in einem Wert von mehr als drei Millionen Euro in den Wahlkämpfen der AfD von 2016 bis 2017.

Die Buchungsunterlagen von Ströer weisen eine Besonderheit auf. Als Direktkunde wird die »AfD« angegeben, also die Partei, die behauptet, mit der Werbung nichts zu tun zu haben, wie CORRECTIV, *Spiegel* und das ZDF-Magazin *Frontal* am 15. September 2021 in einer gemeinsamen Recherche veröffentlichten.

Der Verein von David Bendels taucht bei den Plakataktionen in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Nordrhein-Westfalen oder für den Bundestagswahlkampf aber gar nicht auf. Der Auftraggeber ist demnach eine Werbeagentur aus der Schweiz, die Goal AG und nicht der Verein aus Stuttgart. Der Verein mit dem langen Namen wurde offenbar nur gegründet, um die wahren Auftraggeber zu verschleiern.

Die Goal AG ist in der Schweiz wegen ihren brutalen Kampagnen für die rechtsradikale SVP-Partei zur »Ausschaffung« und für ein »Minarettverbot« bekannt. »Ausschaffung« ist der Schweizer Begriff für Abschiebung. Sie wird geführt von dem deutschen Werbefachmann Alexander Segert, der früher im Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis (VPM) Mitglied war. Die Sekte pflegte enge Kontakte zu rechtsextremen Kreisen in der Bundesrepublik. Von 1991 bis 1994 war Angela Merkel unter dem CDU-Kanzler Helmut Kohl Familienministerin. In dieser Funktion

setzte sie die VPM auf die Sektenliste. Darauf erschien in der FAZ ein Brief in Form einer Anzeige mit der Überschrift »Wo ist ihr Mut zur Ethik, Frau Dr. Merkel«.

Der Verein mit seiner Jugend- und Nachhilfearbeit würde verleumdet, heißt es in dem Brief, dabei sei die VPM »einer christlich-abendländischen Ethik verpflichtet«. Der Brief geht weiter, »Die CDU hat im Jahre 1980 die geistige Wende versprochen und sie bislang nicht durchgeführt. Von daher ist es völlig unbegreiflich einen Verein, der sich für die Werterhaltung einsetzt, so zu diskriminieren. [...] Wir bedauern, daß Sie die Zielsetzung der ethischen Wiederbelebung, an der wir seit einiger Zeit arbeiten, leider total ignorieren«.

Der Brief aus dem Beginn der 1990er-Jahre trägt schon damals den Sound einer Merkelverachtung, der für die AfD bis heute eine Art Lebenselixier ist. Und auch der Titel »Mut zur Ethik« erinnert an den AfD-Slogan »Mut zur Wahrheit«. Die Unterschriftenliste unter dem Brief liest sich wie ein Who-is-Who der rechten Szene der alten Bundesrepublik, von dem damaligen Scharfmacher des ZDF Gerhard Löwenthal bis zu dem ehemaligen Ministerpräsidenten und Nazijuristen Hans Filbinger. Und unter den Unterzeichnern finden sich auch die Eltern von Alexander Segert, der heute die Goal AG in der Schweiz leitet.

Die Goal AG, eine Werbeagentur aus der Schweiz, organisiert die Kampagne der Angst

Es war also die Schweizer Goal AG, die Tausende Plakate für die AfD orderte und sich hinter einem Verein versteckte. Wer für die Plakate tatsächlich bezahlt hat, ist bis heute nicht geklärt. Die Schweizer Werbeagentur unterstützte zudem zwei AfD-Politiker, nämlich Jörg Meuthen und Guido Reil, auch direkt. Im Wahlkampf von Baden-Württemberg organisierte die Goal AG für Jörg Meuthen eine persönliche Kampagne in dessen Wahlkreis Backnang in Baden-Württemberg mit Plakaten und Zeitungsanzeigen.

Frontal und CORRECTIV gelang es am 29. August 2017 zu beweisen, dass Meuthen in diese Kampagne eingebunden war, da er eine Freistellungserklärung für die Plakate unterschrieben hatte. Diese ist immer dann nötig, wenn eine Agentur ein Foto einer Person, in diesem Fall Meuthen, nutzt. Bei der persönlichen Kampagne für Meuthen konnte die Mär von einer Parallelaktion nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Bundestagsverwaltung verhängte für diese Spende eine Strafe von 270000 Euro, die vom Verwaltungsgericht in Berlin bestätigt wurde.

Meuthen nutzte einen »potenziellen Spender« offenbar auch für andere Formen der Wahlkampfhilfe. So war die AfD schon 2016 im Vergleich zu anderen Parteien führend in den sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook. Aber Meuthen wollte das ausbauen, bat den damaligen Social-Media-Experten der AfD um ein Konzept und schrieb ihm dann folgende E-Mail: »Ja, das macht schon klar, was mit mehr Geld und Manpower noch möglich wäre.« Der vermögende Unterstützer werde das Konzept »sicher mit Interesse lesen [...] Demnächst machen wir dann mal einen gemeinsamen Termin, wenn das Interesse fortbesteht, wovon ich ausgehe.« Wie das

Treffen ausging, ist bisher nicht bekannt, allerdings zeigt eine Auswertung von CORRECTIV, dass die Aktivität der Facebook-Konten von AfD-Politikern nach dieser E-Mail relevant zunahm.

Die illegalen Spenden für Meuthen, Reil und Weidel

Aber nicht nur Meuthen erhielt eine persönliche Plakatkampagne von der Goal AG spendiert, sondern auch Guido Reil aus Nordrhein-Westfalen, wie CORRECTIV am 13. Juli 2017 nachwies. Reil war bis 2016 Sozialdemokrat in Essen, er arbeitete in einem der letzten Bergwerke als Steiger, bis er 2019 für die AfD ins Europaparlament einzog. Wegen der Flüchtlingspolitik der Großen Koalition unter Angela Merkel hatte er die SPD verlassen und war in die AfD eingetreten. Die AfD NRW nutzte das Image des abtrünnigen Sozialdemokraten für den Landtagswahlkampf 2017, um mit ihm der SPD möglichst viele Wähler in deren klassischen Hochburgen abzujagen. Das Konzept ging auf. Auch wenn die AfD 2017 in NRW unter den Erwartungen blieb und nur knapp sieben Prozent holte, konnte sie mit dem Posterboy Reil im Ruhrgebiet zweistellige Ergebnisse erzielen und die SPD damit so empfindlich treffen, dass die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft die Wahl verlor.

Monate vor jener Landtagswahl in NRW erhielt Reil einen Anruf von Alexander Segert von der Goal AG, der ihm anbot, für ihn in Essen eine Plakatkampagne zu finanzieren. Die Finanziers wollten nicht mit Namen genannt werden, sagte Reil gegenüber CORRECTIV. Reil unterschrieb wie Meuthen eine Freistellungserklärung und informierte, wie er sagte, die Parteiführung über den Anruf und das Angebot aus der Schweiz. Damit waren auch Reil und die AfD in die Plakataktion eingebunden. Die Bundestagsverwaltung sah in dieser Wahlkampfhilfe nach den Recherchen von CORRECTIV und *Frontal* eine illegale Parteispende. Die AfD musste fast 140000 Euro Bußgeld zahlen.

Die Goal AG und Segert finanzierten der AfD mithin seit 2016, also nur wenige Monate nach dem Treffen von Meuthen und Petry mit Conle in Küsnacht, eine millionenschwere Werbekampagne. Selbst das *Extrablatt* soll von Segert konzipiert und finanziert worden sein. Wer sind die Auftraggeber für die Goal AG für diese Werbeaktion für die AfD? War es der Mann, der im Oktober 2015 mit einem Privatjet nach Leipzig flog? Bisher fehlen dafür die Beweise.

Der Name Conle tauchte bisher konkret nur bei Zahlungen auf, die die SZ und ARD am 4. April 2019 aufdeckten. 2017, wenige Monate nachdem Petry den Machtkampf in der AfD verloren hatte und die bis dahin unbekannte Alice Weidel zusammen mit Alexander Gauland die AfD-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl wurden, gingen gestückelt 132000 Euro auf das Wahlkampfkonto von Alice Weidel ein. Als Überweisungsgrund wurde »Social Media« angegeben. Als Absender war eine Schweizer Pharmafirma genannt. Die AfD überwies das Geld erst Monate nach der Bundestagswahl zurück. Die Bundestagsverwaltung fand: zu spät. Sie verhängte ein Bußgeld von 396000 Euro. Dagegen klagte die AfD über zwei Instanzen und verlor. Überdies leitete die Staatsanwaltschaft Konstanz strafrechtliche Ermittlungen ein, und sie fand heraus, dass hinter den Zahlungen der Mann steckte, der im Oktober 2015 Frauke Petry im Viersternehotel in Leipzig getroffen hatte: Henning Conle.

Zur Zeit ermittelt die Berliner Generalstaatsanwaltschaft in dem Spendenskandal und veranlasste im September 2023 auch eine Durchsuchung der Büroräume der Plakatwerbefirma Ströer in Köln. »Ströer kooperiert mit den zuständigen Behörden hinsichtlich der Ermittlungen«, teilte der Sprecher der Firma gegenüber CORRECTIV damals mit. Die Firma sei in diesem Verfahren lediglich Zeuge. Nach der CORRECTIV-Recherche hatte Ströer die Parteienwerbung ausgesetzt, da sie nicht mit den

Inhalten der Werbung in Verbindung gebracht werden wollte. Wie immer die Ermittlungen ausgehen, eines ist sicher: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik wurde mit einer so massiven Wahlkampfhilfe aus dem Ausland eine neue Partei in die Parlamente gedrückt. »Die damalige Parteichefin Frauke Petry hatte Conle nach ihren Erinnerungen bei einem ihrer letzten Treffen im Frühjahr 2017 vorgeworfen, dass er »das Machtgefüge« in der AfD störe. Nach der Bundestagswahl 2017 verließ Petry die Partei. »Ich muss im Nachhinein feststellen: Das, was für mich ein Tabu war, illegale Spenden anzunehmen, war für andere offenbar kein solches«, sagte die ehemalige Parteichefin gegenüber CORRECTIV. Damit seien aus Petrys Sicht, die radikalen Kräfte in der Partei um Björn Höcke gefördert worden.

Stimmt Petrys Analyse, so wurde die Entgrenzung der AfD zu einer Partei der Vertreibung und zu einer Partei Russlands mit vielen Millionen Euro aus dem Ausland gefördert.

Kapitel 8

Der Siegeszug der Radikalen

»Das freundliche Gesicht des NS« im AfD-Landesvorstand von NRW

Im nordrhein-westfälischen Landesverband, dem größten innerhalb der AfD zeigt sich die Entgrenzung der Partei vor allem in einer bestimmten Personalie. Ende Februar 2024 hielt die AfD ihren Landesparteitag in einer Halle in einem abgelegenen Industrieviertel in Marl ab, in der sonst türkische Hochzeiten gefeiert werden. Es regnete, es war windig und kalt. Gleichwohl gab es dort 2.000 Gegendemonstranten.

Die AfD in Nordrhein-Westfalen wird von Martin Vincentz geführt, einem Allgemeinmediziner, der auch im Landtag sitzt und in Düsseldorf die Fraktion führt. Vincentz ist der Idealtyp des Schwiegersohnes. Er ist Arzt, sieht adrett aus, ist konservativ gekleidet, redet besonnen und ruhig und vermeidet scharfe Parolen. Er wirkt, als hätte er mit Partefunktionären, die dem anhängen, was die CORRECTIV-Recherche zum Geheimtreffen in Potsdam bekannt gemacht hat, nichts gemein. Mit 70 Prozent wählten die AfD-Delegierten den sanftmütigen Mediziner in Marl erneut zum Vorsitzenden.

Mit der hohen Zustimmung für Vincentz sollte ein Zeichen gesetzt werden: Die AfD in NRW sei eben nicht die Partei Russlands und der Vertreibung, sondern moderat und vor allem anschlussfähig ins bürgerliche Lager.

Doch der Schein hielt nur wenige Stunden, dann kam der Paukenschlag. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich, ein Jurist aus Dortmund, kandidierte am Abend ebenfalls für den Vorstand, dieselben AfD-Mitglieder, die Vincentz gewählt hatten, wählten auch Helferich. Dabei ist der Jurist aus Dortmund nicht irgendjemand aus der Provinz, diese Personalie lohnt sich zu betrachten. Helferich bezeichnete sich in einem geleakten Privatchat in einem Zeitraum von 2016 bis 2017 selbst als »das freundliche Gesicht des NS« und verlautbarte, er würde gerne ein »demokratischer Freisler« sein. Roland Freisler gilt als einer der furchtbarsten Richter in der Nazizeit, berüchtigt sind seine Schauprozesse gegen die Organisatoren des fehlgeschlagenen Hitlerattentats vom 20. Juli 1944. Helferich gilt als so extrem, dass er selbst nach der Bundestagswahl 2021 nicht in die AfD-Bundestagsfraktion aufgenommen wurde.

Helferich hat eine lange Geschichte der Grenzüberschreitungen, erst als Mitglied der Jungen Union und später in der AfD. Am 18. November 2006 berichtete die *taz* über ein »anonymes Schreiben«, in dem ausgesagt wird, der damalige Vorsitzende der Schülerunion Helferich habe ein Mädchen als »nicht reinrassig« bezeichnet. Zudem soll Helferich den damaligen Vorsitzenden der Jungen Union Hendrik Wüst antisemitisch beleidigt haben. Er stritt dies allerdings ab. Die *taz* befragte Helferich zu den Vorwürfen, diese kommentierte er mit dem Satz, »mit 14 soll ich homosexuell gewesen sein, mit 18 ein Nazi«. Heute sitzt Helferich also im AfD-Landesvorstand und Wüst ist Ministerpräsident einer schwarzgrünen Koalition in NRW.

Helferich verließ 2016 die CDU und fiel danach in der AfD durch schneidige und völkische Reden auf. 2019 wurde Helferich zum ersten Mal in den Landesvorstand der AfD gewählt. Er versprach bei der Antrittsrede »den Sturm« auf die Rathäuser, und schon damals war bekannt, dass Helferich

hin und wieder die Kornblume ans Revers heftete, das Zeichen der Nazis und Antisemiten in Österreich in den 1930er-Jahren, bevor Hitler das Land einverleibte. Helferich stand bereits damals, also 2019, unter dem Schutz des damaligen Vorsitzenden Rüdiger Lucassen, eines ehemaligen Bundeswehröffiziers, der für die AfD seit 2017 im Bundestag sitzt.

Der Patronage des damaligen AfD-Landesvorsitzenden Rüdiger Lucassen und der Unterstützung der Jungen Alternative verdankte es Helferich, dass er im Frühjahr 2021 auf dem Aufstellungsparteitag des nordrhein-westfälischen Landesverbandes den aussichtsreichen Listenplatz sieben erhielt. Und das, obwohl der Mann im Maschinenraum der AfD, der langjährige Mehrheitsbeschaffer Markus Scheer, mit aller Macht versuchte, Helferichs Wahl zu verhindern. Doch Scheers Kunst, Parteitage nach seinem Gusto zu beeinflussen, scheiterte; der Jurist aus Dortmund wurde auf einen aussichtsreichen Listenplatz gewählt.

Kurz danach veröffentlichten WDR und CORRECTIV Auszüge aus dem Chat, den Helferich mit einem Parteifreund geführt hatte; in welchem er sich als »das freundliche Gesicht des NS« bezeichnete. Er wollte »ein demokratischer Freisler« sein und gab an, Kornblumen in seinem Garten zu pflanzen. Es fielen Sätze wie »Der Führer schreibt: ›Jahrelang mussten mir [sic] den Frieden predigen, um den Krieg vorzubereiten‹ / wir waren nett als ja-Flügel / aber wir können auch anders«. Zudem äußerte sich Helferich positiv über den »Lebensborn«. Das war eine auf Veranlassung Heinrich Himmlers gegründete SS-Organisation in der Nazizeit, die sich zur Aufgabe gemacht hat, »reinrassige« Menschen zu züchten. Zudem brüstete sich Helferich mit seinen engen Kontakten zu der Neonaziszene in Dortmund.

Ein Chat, der in der AfD für Unruhe sorgt

Die Aussagen von Helferich zeigten, was einige in der AfD, vor allem Scheer, befürchtet hatten: Matthias Helferich aus Dortmund ist offenbar ein Neonazi, der keine Scheu kennt, Analogien zu den schlimmsten Naziverbrechern herzustellen.

Lange schwieg Helferich, dann drohte er mit presserechtlichen Konsequenzen. Danach erklärte er, seine Aussagen seien ironisch gemeint gewesen. Der damalige Parteichef Jörg Meuthen schäumte. Er wollte Helferich aus der Partei werfen, ein Parteiausschlussverfahren scheiterte allerdings. Das Schiedsgericht konnte sich nur zu einer zeitweisen Ämtersperre durchringen. Helferich verließ den AfD-Landesvorstand, behielt jedoch den Platz sieben als Kandidat für die Bundestagswahl und zog damit in den Bundestag ein. Jedoch hatten damals die Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla und Alice Weidel noch so viel Sinn für Abgrenzung, dass Helferich nicht Teil der AfD-Bundestagsfraktion wurde, er amtiert als parteiloser Abgeordneter. Gleichwohl ist der selbst ernannte »demokratische Freisler« und das »freundliche Gesicht des NS« in der AfD kein Paria, sondern wurde zu einem wichtigen Strippenzieher auf den Parteitagen, die die endgültige Radikalisierung der AfD weiter trieben. Es heißt, dass bei den Parteitagen in Riesa (2022) und Magdeburg (2023), auf denen die Delegierten für die Entgrenzungen stimmten, Helferich und die Junge Alternative besonders aktiv gewesen seien.

Meuthen erklärte seinen Rücktritt als Parteisprecher und seinen Austritt aus der AfD im Ende Januar 2022 unter anderem damit, dass er es nicht geschafft habe, Helferich aus der Partei zu werfen. Teile der AfD stünden

nicht mehr »auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung«, sagte Meuthen, er sehe »ganz klar totalitäre Anklänge«. »Große Teile der Partei und mit ihr etliche ihrer führenden Repräsentanten haben sich für einen immer radikaleren, nicht nur sprachlich enthemmten Kurs, für politische Positionen und verbale Entgleisungen entschieden«, sagte der ehemalige Vorsitzende der AfD bei seinem Austritt.

Auch als fraktionsloser Abgeordneter hielt Helferich unter Applaus von AfD-Abgeordneten völkische Reden. Am 7. September 2023 sprach er im Bundestag bei der Debatte über den Bundeshaushalt für 2024 über die »Remigration«. Diese Rede hielt er drei Monate vor der Veranstaltung im Landhaus Adlon unweit von Potsdam. Helferich im O-Ton:

»Sie, liebe CDU/CSU-Faktion, hätten aufschreien sollen, und zwar nicht erst aufschreien, als es Ihren Beamten traf, sondern als der Verfassungsschutz begann, die patriotische demokratische Opposition in diesem Land zu drangsalieren. Die Zielsetzung des Haushalts, Einzelplan 06, Innen und Heimat, soll ja dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dienen, und den lassen Sie das deutsche Volk etwas kosten: 120 Millionen Euro mehr für Integrations- und Sprachkurse, 60 Millionen Euro für Erstorientierungskurse für Asylforderer. Und wer dann die Bigamie afghanischer Zuwanderer kritisiert, findet sich in Ihrer millionenschweren Rassismus-Studie wieder. Nicht Millionen Euro werden diese Gesellschaft zusammenhalten, sondern nur Remigration – millionenfache Remigration.«

Auf YouTube wurde diese Rede hochgeladen. Helferich macht nach dem Wort »Remigration« eine Pause, und mit einem kalten Lächeln setzt er als Schlussakkord »millionenfache Remigration« und zieht die Silben dabei genüsslich in die Länge. Diese Rede lässt wenig Spielraum für Interpretation: Helferich will Menschen aus Deutschland vertreiben, und zwar Millionen, das ist sein Ziel.

Bisher konnte sich die AfD damit herausreden, Helferich sei mit der Ämtersperre belegt und sei nicht Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion. Doch nach dem Wochenende in Marl Ende Februar 2024 sitzt der Jurist aus Dortmund mit dem millionenfachen Vertreibungsplan im Landesvorstand des bevölkerungsreichsten Bundeslands mit einem Migrationsanteil von 30 Prozent. In NRW wohnen seit vielen Jahren Menschen aus vielen Ländern. Sie leben dort, arbeiten, haben Familien gegründet. Mit der Wahl Helferichs, des »freundlichen Gesichts des NS«, in den Landesvorstand hat die AfD in NRW zu verstehen gegeben, dass sie diese Menschen zur Disposition stellt.

Der gut in die rechtsextremen Netzwerke eingebundene Helferich lud vor seiner Wahl den völkischen Verleger Götz Kubitschek nach Dortmund ein. Er war Anfang Juli 2023 auch zu Gast in Kubitscheks rechtsextremem Institut für Staatspolitik und rief praktisch zum Systemsturz auf: »Ob wir so blauäugig sind zu glauben, dass wir einfach dieses System praktisch im Schlafwagen niederringen können?«, fragte Helferich in den Saal, wie der WDR am 25. Juli 2023 dokumentierte.

Nach Meuthen: Die Entgrenzung der Partei

Im Januar 2022 warf der damalige Parteichef Jörg Meuthen wie erwähnt entnervt das Handtuch. Ein solcher Schritt ist niemals monokausal. Meuthens Verstrickung in die AfD-Spendenaffäre spielte sicherlich eine Rolle, allerdings musste er auch feststellen, dass er der Radikalisierung der Partei keinen Einhalt mehr gebieten konnte.

Nach Lucke und Petry war Meuthen der dritte Parteichef, der glaubte, mit Höcke und dem völkischen Flügel tanzen und gleichzeitig dessen rechtsextreme Gesinnung einhegen zu können. Doch sie täuschten sich, der völkische Geschichtslehrer tanzte sie aus. Höckes Durchmarsch manifestierte sich auf dem Parteitag in Riesa 2022. Alice Weidel aus Baden-Württemberg und Tino Chrupalla aus Sachsen wurden das neue Spitzenduo der Partei. Den sonstigen Vorstand dominierten die Höcke-Anhänger, darunter Maximilian Krah oder auch die in der DDR geborene und nun in Baden-Württemberg wohnhafte völkisch orientierte Christina Baum. Sie sitzt im Bundestag, gehört zu den Coronaleugnern und ist als Anhängerin der Homöopathie gegen die Impfpflicht.

»Wir Menschen und Völker scheinen nur noch Versuchskaninchen von irgendwelchen Psychopathen zu sein, die uns für ihre Experimente benutzen. [...] Der Pharmalobby ist es tatsächlich gelungen, die Regierungen weltweit derart zu beeinflussen, dass diese an ihren Völkern ein bisher ebenfalls historisch einzigartiges Experiment einer neuartigen ›Gentherapie‹, beschönigend als Impfung bezeichnet, mit massivem Zwang durchsetzen.«

Das schrieb Baum am 14. August 2021 auf Facebook; im Verfassungsbericht Baden-Württemberg für das Jahr 2021 ist das nachzulesen. Die Coronaleugner haben sich in der AfD mit der Personalie Christina Baum im Bundesvorstand endgültig durchgesetzt. Das zeigt eine weitere Form der Entgrenzung der Partei. Vergessen ist die Zeit, als Alice Weidel zu Beginn der Pandemie von der Bundesregierung im März 2021 noch härtere Maßnahmen gegen das Virus forderte und ihr sogar Untätigkeit vorwarf.

Jetzt sammelt die AfD die Coronaleugner als Bündnisgenossen in ihrem Kampf für ein anderes Deutschland.

Christina Baum macht keinen Halt vor Coronaleugnung. Hinzu kommt offener Rassismus, der Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2021 etwa zitiert einen Facebookeintrag Baums. Auch eine Beurteilung des damals schon aufgelösten Flügels von Höcke findet sich dort:

»Ziel des Personenzusammenschlusses [gemeint ist der Flügel] ist die Schaffung eines ethnisch homogenen Volkes, das er vor einer vermeintlichen ›Vermischung‹ bewahren will. Gemäß diesem rein ethnischen Volksverständnis, das dem staatsbürgerlichen Volksverständnis des Grundgesetzes widerspricht, gelten ›kulturfremde Nicht-Deutsche‹ als nicht integrierbar. Als Konsequenz soll ihnen die Bleibeperspektive verwehrt werden. ›Flügel-Anhänger stellen in Abrede, dass deutsche Staatsbürger muslimischen Glaubens zum deutschen Volk gehören.«

Diesen Absatz verfassten die Verfassungsschützer von Baden-Württemberg zwei Jahre vor der Veranstaltung im Landhaus Adlon.

Aber Baum machte auch vor rassistischen Angriffen nicht halt: »Black people – go back to your home in Africa and live there without racism«, schrieb sie über die Black-Lives-Matter-Demonstrationen auf Facebook, wie das *Main-Echo* am 18. Juli 2020 berichtete.

Baum nutzt außerdem die Kampfbegriffe der Identitären Bewegung wie »Umwaltung« und »Bevölkerungsaustausch« und steht auf der Seite Russlands im Krieg gegen die Ukraine. Laut Verfassungsschutz darf Baum als »rechtsextrem« bezeichnet werden.

Höcke selbst trat nicht zur Vorstandswahl an. Aber als er das Parteitagsgelände in Riesa im Juni 2022 betrat, warf er den Reportern den Satz zu »Auf in den Kampf«. Auf dem Parteitag gab Höcke die Marschrichtung vor, er wolle die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen wie der Identitären Bewegung unter dem Ausdruck »Vorfeld« ermöglichen. »Die kulturelle Hegemonie werden wir niemals nur über den parlamentarischen Weg erreichen, wir brauchen dieses Vorfeld, ohne dieses Vorfeld sind wir nichts und werden nicht durchbrechen.« Nach dem Parteitag sagte Höcke im Interview mit dem Fernsehsender *Phoenix*, der AfD-Vorstand sei ganz nach seinem Geschmack. Seither bestimmen die Netzwerke von Höcke und der Jungen Alternative die AfD programmatisch und personell, wie auch der Europaparteitag der AfD in Magdeburg mit der Wahl Maximilian Krahs zum Spitzenkandidaten Ende Juli 2023 zeigte.

Alice Weidel hatte sich schon frühzeitig in die Nähe von Höcke und der Kaderschmiede von dessen ideologischem Freund Kubitschek in Schnellroda begeben. Im September 2019 stattete sie dem rechtsextremen Institut für Staatspolitik einen Besuch ab. »Die Leute sind aktiv, die sind wissbegierig. Man hat so eine gewisse Dynamik, das gefällt mir recht gut«, sagte Weidel bei dem Besuch, wie die *Zeit* in dem Artikel »AfD in Schnellroda: Auf ein Bier mit Identitären« am 21. September 2019 berichtete. Weidel erhielt damit den Segen des rechtsextremen Lagers vor der erfolgreichen Übernahme der AfD. Ob die weibliche Führungskraft überall in der entgrenzten AfD auf Zustimmung stößt, kann angezweifelt werden. Weidel lebt mit ihrer Lebenspartnerin und zwei Kindern in der Schweiz. Das Modell entspricht

nicht der Familienvorstellung der AfD: Im Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahl 2017, bei der Alice Weidel als Spitzenkandidatin antrat, findet sich folgender Passus: »Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen den Versuch ab, den Sinn des Wortes ›Familie‹ [...] auf andere Gemeinschaften auszudehnen.«

Für den EU-Spitzenkandidaten Maximilian Krah sind Frauen als Führungskräfte eher die Ausnahme. In dem Buch *Politik von rechts – Ein Manifest* schreibt er (S. 39): »Der durchschnittliche Intelligenzquotient von Frauen ist dem der Männer nahe, wenngleich anders verteilt: Die Glockenkurve der IQ-Verteilung ist bei Frauen schmäler, es gibt also weniger Gering-, aber auch weniger Hochbegabte als bei Männern, weshalb es keine Frauendiskriminierung ist, daß es weniger Frauen unter Nobelpreisträgern, Mathematikprofessoren oder DAX-Vorständen gibt.«

Es wäre spannend zu wissen, was Weidel gedacht hat, als sie diese Passage in dem Buch ihres Vorstandskollegen Krah gelesen hat.

Aber auch Alice Weidel hat offenbar einen Hang zum Radikalen, obwohl sie 2017 noch für den Parteiausschluss von Björn Höcke gestimmt hatte. Dieser Umstand ist allerdings in der AfD offenbar vergessen. Die AfD-Fraktionsvorsitzende schrie am 16. Mai 2018 in den Bundestag: »Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.«

Die »kluge Volkswirtin mit ungewöhnlicher Biografie« (so die *Welt*) trieben offenbar weitere andere radikale Gedanken um. Die *Welt* zitierte am 9. September 2017 aus einer E-Mail vom Mail-Account einer Frau mit Namen Alice Weidel, die am 24. Februar 2013 geschrieben wurde.

»Der Grund, warum wir von kulturfremden Voelkern wie Arabern, Sinti und Roma etc ueberschwemmt werden, ist die systematische Zerstoerung

der buergerlichen Gesellschaft als moegliches Gegengewicht von Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden. Diese Schweine sind nichts anderes als Marionetten der Siegermaechte des 2. WK und haben die Aufgabe, das dt Volk klein zu halten indem molekulare Buergerkriege in den Ballungszentren durch Ueberfremdung induziert werden sollen.«

Hier findet sich wieder die Idee des »Großen Austauschs«.

Auf Nachfrage der *Welt* antwortete Weidel über einen Anwalt, »der von Ihnen vorgelegte Text wurde von unserer Mandantin nicht verfasst. Es wäre daher falsch und rechtswidrig, öffentlich zu behaupten, unsere Mandantin habe diesen Text geschrieben, oder auch nur diesen Verdacht zu äußern.«

Eine Woche später schrieb die *Welt* dann: »AfD-Spitzenkandidatin Weidel spricht nicht mehr von Fälschung«. Weidels Anwalt hatte nochmal geschrieben: »In dem Anwaltsschreiben heißt es, Weidel sei aus Journalistenkreisen zugetragen worden, dass geplant werde, eine ›mit unserer Mandantin geführte private Korrespondenz zu veröffentlichen‹. Angeblich solle damit der Umstand bewiesen werden, dass sie und der E-Mail-Empfänger in der Vergangenheit tatsächlich eine Mail-Korrespondenz gehabt hätten und Weidel dabei eine besondere Schreibweise verwendet habe. Dazu sei es aber nicht erforderlich, dass weitere Mails veröffentlicht würden. Denn: Beides sei ›unstreitig korrekt und durch die Vorlage von E-Mails daher nicht beweisbedürftig‹.«

Am 1. Februar 2023 konfrontierte das ZDF sie erneut mit dieser E-Mail, doch Weidel blockte ab: »Ich weiß jetzt ehrlich gesagt nicht, was das soll.« Auf die Frage, ob sie die E-Mail geschrieben habe, ließ sie sich nicht ein: »Ich sage dazu nichts weiter.«

Eines ist sicher: Die Schreiberin dieser E-Mail dürfte sich in einem Umfeld von Tino Chrupalla, Maximilian Krah, Björn Höcke, Martin Sellner und Götz Kubitschek wohlfühlen.

Nach dem Parteitag war also klar, dass Höcke die AfD unterwerfen konnte. Was ihn umtreibt, hat er schon früh in seinem Buch *Nie zweimal in denselben Fluss* dargelegt. Höcke beschwört dort ein Untergangsszenario, das die Publizistin Liane Bednarz in einer Rezension, die am 17. Januar 2019 in der inzwischen abgeschalteten deutschen *Huffington Post* erschienen und nunmehr auf *Focus Online* abrufbar ist, zusammenfassend so zitiert:

»Wir erleben die finale Auflösung aller Dinge: von den Identitäten der Geschlechter und Ethnien, den Familien, den religiösen Bindungen über die kulturelle Tradition, den Sinn für Form und Maß [...] bis hin zu den schützenden und formenden Grenzen der Staaten und Kulturen.«

Mit den westlichen Werten, so Bednarz' Rezension weiter, könne Höcke nichts anfangen und beschreibe diese als »aufgeblasenen Werteschaum«, der »nur das tiefe Loch verlorener Identität« überdecke. In dem Buch beschreibe Höcke den »bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch«.

Schon in dem Buch geht Höcke auf den Begriff »Remigration« ein und sagt in diesem Zusammenhang, dass man bei dem »großangelegten Remigrationsprojekt« »nicht um eine Politik der ›wohltemperierten Grausamkeit‹ herumkommen« werde.

Bednarz beschreibt damit vier Jahre vor der Veranstaltung in Potsdam, auf wen Höckes Vertreibungspläne abzielen.

»Dabei differenziert er nicht zwischen Migranten mit und ohne deutschen Pass und schließt somit mindestens implizit Deutsche mit Migrationshintergrund mit ein. Offen bleibt, wer definieren soll, ob jemand ›integrierbar‹ ist; womit Höcke der Willkür die Türen öffnet.«

Das ist der Duktus eines Unmenschen, der seit dem Parteitag von Riesa im Juni 2022 die AfD von der zweiten Reihe aus beherrscht und dessen Geist offenbar auch auf der Veranstaltung in Potsdam präsent war. Liane Bednarz seziert Höckes Gedankenwelt weiter:

»Höcke ›fürchtet‹, dass man bei dem ›großangelegten Remigrationsprojekt‹ nicht um eine Politik der ›wohltemperierten Grausamkeit‹ herumkommen werde. [...] ›Menschliche Härten und unschöne Szenen‹, so Höcke weiter zur Remigration, würden sich ›nicht immer vermeiden lassen‹. Die ›staatlichen Exekutivorgane‹ sollten ›so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen‹.

Eine ›neue politische Führung‹ werde ›dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben‹, denn sie sei ›den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet‹ und müsse ›aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihren eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen«.

Wenn man das liest, drängt sich der Gedanke an Deportationen mehr als auf. Höcke selbst benutzt dieses hässlich klingende Wort nicht, sondern spricht sprachlich verharmlosend von einer ›geordneten Rückführung der hier nicht integrierbaren Migranten in ihre ursprünglichen Heimatländer‹.

Und hat sogar die Chuzpe, sich einen schlanken Fuß zu machen, indem er die Verantwortung für die geplanten Maßnahmen denjenigen zuweist, ›die die Notwendigkeit dieser Maßnahme mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben‹ (S.254). Auch schweben ihm angesichts ›der schlechten Erfahrungen der Vergangenheit‹ neben der Remigration ein ›Interventionsverbot raumfremder Mächte‹, ein ›Investitionsverbot raumfremden Kapitals‹ sowie ein ›Migrationsverbot raumfremder Bevölkerungen‹ (S.283) vor.«

Nach der Veröffentlichung der CORRECTIV-Rercherche »Geheimplan gegen Deutschland« am 10. Januar 2024 brach in der rechten Szene große Empörung aus, weil in der Rezeption der Recherche von »Deportation«

gesprochen wurde. Es ist bemerkenswert, dass Liane Bednarz schon Jahre zuvor das Wort ausbuchstabiert hat, das sich in letzter Konsequenz hinter der Idee der »Remigration« verbergen kann: »Deportation«.

Sellners Sieg: Die AfD übernimmt den Begriff »Remigration«

Höcke öffnete mit seiner Rede von Riesa über das »politische Vorfeld« die AfD auch für Martin Sellners Ideen über den »Bevölkerungsaustausch« und die Ideologie der Identitären Bewegung.

Die Ideen Sellners und die Gedankenwelt Höckes liegen nicht weit auseinander: der Erhalt »der ethnokulturellen Identität«, der »Bevölkerungsaustausch«, die millionenfache »Remigration« auch »nicht assimilierter Staatsbürger«. Was bei Sellner »maßgeschneiderte Gesetze« und »Anpassungsdruck« heißt, nennt sich bei Höcke »wohltemperierte Grausamkeit«.

Der Begriff des »politischen Vorfelds«, das laut Höckes Rede in Riesa gewonnen werden müsse, findet sich auch in Sellners Buch *Regime Change von rechts* (S. 25). Sellner weiter: »Die schädliche, auf Traumatisierung und nationalen Selbsthass ausgerichtete Geschichtserziehung muss einer Bildung weichen, deren Ziel eine positive Grundhaltung zum Eigenen ist.« Diese Forderung sieht Sellner in direktem Zusammenhang zu seinen Vertreibungsidenen. »Der ethnokulturelle Volksbegriff muss enttabuisiert werden«, schreibt er, »der daraus resultierende Grundsatz der Assimilation verlangt notwendig eine andere Migrationspolitik.« Was genau Sellner mit »auf [...] nationalen Selbsthass ausgerichtete Geschichtserziehung« meint, sagt er in Schnellroda im Sommer 2023: »Die Herrschaftsideologie wird immer in Form eines Narrativs erzählt und weitergetragen. Wir wissen ja von Herrn Fischer: Unser Gründungsmythos, das ist die Geschichte und die Erzählung von Auschwitz.« Zum einen spielt Sellner hier auf die Aussagen

des früheren Außenministers Joschka Fischer an, der mit »Nie wieder Auschwitz« 2005 die Intervention im Jugoslawienkrieg rechtfertigte. Aber gleichzeitig kritisiert Sellner die gesamte Erinnerungskultur der Bundesrepublik zu den Naziverbrechen.

Die geforderte Veränderung bei der Vergangenheitsbewältigung oder wie Sellner es nennt »Geschichtserziehung« ist konsequent: Denn wenn in den Schulen und auch sonst in Deutschland nicht mehr über die Nürnberger Rassengesetze, nicht mehr über die Wannseekonferenz, nicht mehr über die Reichspogromnacht, nicht mehr über die Deportationen, die Rampe von Auschwitz und die millionenfache Vernichtung der Juden gesprochen wird, kann die deutsche Gesellschaft sich erneut Gedanken über »millionenfache Remigration« machen, so wie es die Männer und Frauen im November im Landhaus Adlon taten, als sie über den Masterplan von Sellner diskutierten.

In diesen Kontext gehört auch die Passage von Björn Höckes berüchtigter Rede vom 17. Januar 2017 bei einer Veranstaltung der Jungen Alternative (JA) im Ballhaus Watzke. Die Rede ist auf YouTube hochgeladen, und der *Tagesspiegel* hat sie am 19. Januar 2017 abgedruckt. Hier sagt Höcke deutlich, was er mit der »180-Grad-Wende« meint.

»Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad!

[Applaus]

Wir brauchen so dringend wie niemals zuvor diese erinnerungspolitische Wende um 180 Grad, liebe Freunde. Wir brauchen keine toten Riten mehr in diesem Land. Wir haben keine Zeit mehr, tote Riten zu exekutieren [sic!]. Wir brauchen keine hohlen Phrasen mehr in diesem Land, wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen und zuallererst mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt. [...] Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben – wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.

[Applaus]

Und anstatt die nachwachsende Generation mit den großen Wohltätern, den bekannten weltbewegenden Philosophen, den Musikern, den genialen Entdeckern und Erfindern in Berührung zu bringen, von denen wir ja so viele haben – Markus Mohr hat darauf hingewiesen und die Namen stellenweise erwähnt, und es war doch nur eine kleine Gruppe, die er mangels Zeit aufzählen konnte –, vielleicht mehr als jedes andere Volk auf dieser Welt, liebe Freunde! Und anstatt unsere Schüler in den Schulen mit dieser Geschichte in Berührung zu bringen, wird die Geschichte, die deutsche Geschichte, mies und lächerlich gemacht. So kann es und darf es nicht weitergehen!

[Jubel, längerer, stehender Applaus, Rufe: ›Höcke, Höcke!‹]

So kann es, so darf es und so wird es nicht weitergehen, liebe Freunde. Es gibt keine moralische Pflicht zur Selbstauflösung. Die gibt es nicht.«

Liane Bednarz analysierte die Gedanken, die Höcke zur Schuldfrage äußert, treffend:

»Derlei Gerede ist einer der wichtigsten Topoi der deutschen Neuen Rechten, die insoweit oft und gerne auch von einem ›Schuldkult‹ sprechen und die ganze Nation so zum Opfer einer vermeintlichen Verknechtung durch die ›Siegermächte‹ beziehungsweise einer Selbstverknechtung machen.«

In diesem Zusammenhang scheint Höcke mit dieser 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur ein ganz konkretes Ziel zu verfolgen: sie dient der Vorbereitung der Vertreibung von Millionen von Menschen mit migrantischem Hintergrund aus Deutschland.

Und Sellner ist es bis zur Veröffentlichung der CORRECTIV-Recherche gelungen, über die AfD seine Begrifflichkeiten im politischen Diskurs zu etablieren: Aus Abschiebung wird »Remigration« und aus Integration »Assimilierung«.

Nawalny und Taurus: Die AfD und die russische Propagandamaschine

Die AfD hat nach dem Parteitag zur Europawahl im Sommer 2023 in Magdeburg gleichsam auch jegliche Zurückhaltung in Sachen Russland verloren. Das Parteiprogramm setzt in der Präambel auf die »multipolare Weltordnung«, zählt die USA indirekt zu den »außereuropäischen Großmächten«, die in Europa Konflikte schüren, und die Partei wählte mit Maximilian Krah einen Spitzenkandidaten, der auf den Sieg Russlands gegen die Ukraine setzt und hofft, dass es in einer »multipolaren Weltordnung« keine universellen Menschenrechte mehr gibt.

Diese Russlandnähe zeigte sich auch in den Reaktionen der AfD auf die Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny durch das russische Gefängnissystem, auf die Taurusdebatte und auf die von Russland in die deutsche Öffentlichkeit hineingeworfenen Mitschnitte eines Gesprächs von Bundeswehroffizieren über die Effektivität und die Nutzbarkeit des Taurus-Raketensystems für die Ukraine.

Tino Chrupalla warnte nach dem Tod von Nawalny vor voreiligen Schlüssen und voreiligen Verurteilungen Russlands. Höcke schrieb Bundeskanzler Olaf Scholz einen Brief und beglückwünschte ihn zu dem Entschluss, der Lieferung von Taurus-Raketen nicht zuzustimmen. Und als der russische Geheimdienst den Mitschnitt des Bundeswehr-Gesprächs veröffentlichte, empörte sich Krah nicht über den russischen Spionageangriff gegen die deutsche Bundeswehr, sondern folgte der russischen Propaganda in der Lesart, deutsche Soldaten würden Angriffe auf russische Brücken planen und so einen Atomkrieg provozieren.

Höcke in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2024:
»Gehen Sie nicht in die Geschichte ein als ein Mann, dessen Entscheidung, Marschflugkörper zu liefern, den Dritten Weltkrieg ausgelöst hat.«

Damit übernimmt Höcke Aussagen der russischen Propaganda, die versucht, die militärische Unterstützung für die Ukraine mithilfe einer von Putin geschürten Atomkriegsangst zu unterbinden. Der russische Präsident Wladimir Putin gab in seiner Rede an die Nation am 29. Februar 2024 den Ton vor. Er warnte anfangs vor einem Atomkrieg, sollte der Westen die Marschflugkörper liefern, um dann einen Großteil der Rede darauf zu verschwenden, wie er 100 Milliarden Rubel für Sportplätze, Wohnheime, Universitäten, Anti-Alkohol- und Fischereiprogramme ausgeben wolle. Ein Präsident, der über Sportplätze in Sibirien nachdenkt, plant kein atomares Armageddon. Putin will nur die Atomangst in Deutschland triggern, um zu verhindern, dass die Ukraine geeignete Waffen bekommt, um sich effektiv gegen den russischen Aggressor zu wehren. Und mit den unwidersprochenen Äußerungen von Chrupalla und Höcke hilft die AfD dem russischen Präsidenten bei dieser Zersetzungstrategie. Sehr patriotisch ist das nicht.

So warnte Krah am 2. März 2024 in einem Posting auf X:

»Deutsche Luftwaffenoffiziere besprechen einen Raketenangriff auf die russische Krimbrücke, während @Bundeskanzler jede deutsche Kriegsbeteiligung ablehnt. Diese Konferenz muss ein politisches, personelles und juristisches Nachspiel haben!«

Führenden Politiker der AfD fungieren als Claqueure und Verstärker der Putinpropaganda, deren Ziel es ist, die deutsche und europäische

Unterstützung für die Ukraine zu blockieren. Sollten sie ihr Ziel erreichen, würde Europa unter russische Dominanz fallen.

Kapitel 9

Die überdrehte Republik Dünger für die Rechten

Der Energieselbstmord der Grünen

Der rasante Aufstieg der AfD war keine Folge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Bei den ersten Landtagswahlen nach Kriegsbeginn in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022 erlitt die AfD Verluste und schrammte mit 5,2 Prozent knapp an der Fünf-Prozent-Hürde vorbei. In Schleswig-Holstein kam sie am 8. Mai 2022 nicht mehr in den Landtag.

Während die anderen Ampelparteien schwächelten, konnten die Grünen bei den Wahlen überzeugen. Das hatte einen Grund. Der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck erklärte für die Menschen verständlich, was der russische Angriffskrieg für Deutschland und jeden Einzelnen bedeutete. Und es gelang Habeck, Deutschland von russischem Gas abzukoppeln, ohne dass die Menschen in ihren Wohnungen frieren mussten oder die Wirtschaft in die Knie ging. All das hatte die AfD beschworen, all das trat nicht ein. Das war ein Erfolg der Grünen.

Erst ab dem Frühsommer 2023 begann der rasante Aufstieg der AfD in den Wahlumfragen, und die völkische Partei konnte bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023 deutlich Prozentpunkte hinzugewinnen. In Bayern kletterte die AfD auf 14,7 Prozent und erhielt 4,4 Prozentpunkte mehr zur vorherigen, und in Hessen erreichte die AfD sogar 18,4 Prozent und 5,3 Prozentpunkte mehr.

Was war dazwischen geschehen? Dieses Buch nimmt für sich nicht in Anspruch, den plötzlichen Anstieg der AfD in den Umfragen und bei den Wahlen in Bayern und Hessen gänzlich erklären zu können. Allerdings hat der Autor eine These, die auf viele Menschen provokativ wirken kann. Die Ampel, vor allem die Grünen, hätte es in der Hand gehabt, die anfangs erfolgreiche Politik weiterzuführen. Allerdings hat sie sich zerstritten, und die Grünen haben sich verleiten lassen, gewissen programmatischen Kernüberzeugungen Vorrang zu geben, und damit haben sie sich innerhalb kürzester Zeit zu der wohl unbeliebtesten Partei außerhalb ihrer Anhängerschaft gemacht.

Die Grünen und eine überdrehte linke Identitätspolitik sorgten bis tief in die bürgerlichen, aber auch in die früher sozialdemokratischen Wählerklientele erst für Verunsicherung und dann für Wut. Das bedingte das Erstarken der AfD über ihre rechtsextreme Kernwählerschaft hinaus. Die AfD konnte über den Ärger über die Grünen, der der gesamten Regierung angelastet wurde, viele Wähler zu sich locken.

Im Frühjahr 2023 stand eine wichtige Entscheidung an: Steigt die Bundesregierung komplett aus der Kernkraft aus und schließt auch die letzten drei Meiler in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, oder verlängert sie deren Tätigkeit wegen der durch den russischen Angriffskrieg verursachten Energiekrise. Lange war der Ausstieg aus der Kernenergie ein Gewinnerthema der Grünen, seit dem Reaktorunfall in Fukushima in Japan im März 2011 unterstützte eine große Mehrheit den Ausstieg. Doch damals gab es eine Zwischenlösung auf dem Weg zu erneuerbaren Energien: Kraftwerke, die mit billigem russischen Gas betrieben wurden. Der Preis dieser Zwischenlösung zeigte sich im Februar 2022. Die deutsche Rohstoffabhängigkeit gegenüber Russland half dabei den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu befähigen, die Ukraine mit einem Landkrieg

zu überziehen, wie ihn Europa seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gesehen hatte.

Der Krieg führte zu Sanktionen gegen Russland, und die Gaslieferungen von dort wurden gestoppt. Nord Stream II wurde gar nicht mehr in Betrieb genommen, und drei der vier Röhren von Nord Stream I wurden Ende September 2022 gesprengt. Deutschland suchte händeringend nach anderen Gaslieferanten, baute LNG-Terminals und kaufte Flüssiggas in den USA oder Katar. Gleichzeitig wollen die Grünen in der Bundesregierung weithin die Klimaziele erreichen und den Ausstieg aus der fossilen Energie einleiten. Das bedeutet: Autos sollten nicht mehr mit Benzin, sondern mit Strom fahren, Heizungen nicht mehr mit Öl oder Gas, sondern ebenfalls mit Strom betrieben werden. In dieser Gemengelage braucht es kein Studium in Energiewissenschaft, um zu begreifen, dass es klug gewesen wäre, die verbliebenen drei Kernkraftwerke zeitweilig weiterlaufen zu lassen und vielleicht die drei stillgelegten wieder ans Netz zu nehmen, um für die Übergangszeit Kernenergie zu nutzen, bis die erneuerbaren Energieerzeuger entsprechend ausgebaut und die fehlenden Stromtrassen gelegt wären, sodass Deutschland perspektivisch tatsächlich mehr oder weniger problemlos aus Kohle, Öl und Gas aussteigen kann. Wie lange die Übergangszeit hätte dauern müssen, muss hier nicht beschrieben werden, vielleicht fünf, vielleicht zehn Jahre.

Dieser Ansicht war im April 2023 die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, wie eine Umfrage des *Deutschlandtrends* vom 14. April 2023 zeigte. 59 Prozent der Bevölkerung war gegen die Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke, und selbst bei den Grünen lag der Anteil bei stattlichen 18 Prozent.

Dem Autor ist bekannt, dass auch innerhalb der Grünen hohe Verantwortliche das Dilemma erkannten, deshalb über ihren Schatten sprangen und gegen die Abschaltung argumentierten. Doch der Kampf gegen die Kernkraft gehört zum Gründungsmythos der Grünen. Die Ideologen um Jürgen Trittin (der in der Ampel keine Verantwortung mehr trägt und nur als knurrender Grandseigneur von der Hinterbank operiert) verhinderten eine pragmatische Lösung. Dabei wäre das die Chance für die Grünen gewesen, sich zur Volkspartei zu entwickeln. Viele Menschen im Lande hätten es zu schätzen gewusst, wenn die Partei trotz ihrer Ablehnung der Kernenergie in Zeiten der höchsten Not ein Opfer gebracht und für das Wohl des Landes die Kernkraft für eine Übergangszeit von vielleicht fünf Jahren oder 10 Jahren akzeptiert hätte. Zumal das auch der Klimarettung geholfen hätte. Jetzt muss der fehlende Strom über Kohlekraftwerke erzeugt werden, die anders als Kernkraftwerke klimaschädliches CO₂ produzieren.

Mit diesem Zugeständnis hätten sich die Grünen in der Bevölkerung die Unterstützung erkauft, die erneuerbare Energie umzubauen, und, ja, es vielleicht sogar hinbekommen, dass die breite Bevölkerung Wärmepumpen in ihren Häusern akzeptiert hätte.

Die Grünen entschieden anders, viele Menschen verstanden die Entscheidung nicht, und die katastrophale Informationspolitik bei der Vorbereitung des Heizungsgesetzes ließ das grüne Wunder zerplatzen wie einen Luftballon. Aus vormaligem Verständnis für eine Klimapolitik wurde innerhalb eines Jahres Ärger, den die AfD gezielt anzufeuern verstand.

Die Hetzkampagne der AfD gegen die Grünen ist gleichwohl durch nichts zu rechtfertigen und neben der Russlandpolitik und den Vertreibungsfantasien ein weiterer Baustein der Entgrenzung der Partei. Aber die Grünen hätten

es im Frühjahr 2023 in der Hand gehabt, der Bundesrepublik eine andere Richtung zu geben. Leider haben sie diesen historischen Moment verpasst.

Viele Menschen fühlten sich auf einmal überfordert und verunsichert. Das russische Gas war weg, die Kernkraft war weg, die Stromkosten stiegen, Verbrenner sollten durch Elektroautos ersetzt werden, und zu Hause sollte ebenfalls mit Strom geheizt werden. Das befeuerte den Aufstieg der AfD. Allerdings nicht so sehr auf Kosten der Grünen. Verlierer waren vielmehr die Koalitionspartner FDP und SPD, die den Entschluss mitgetragen hatten. Viele ihrer Wähler, vor allem die der SPD, liefen über und wählten auf einmal die AfD. Die SPD verlor in Bayern fast fünf Prozentpunkte.

Die Letzte Generation überspannt den Bogen

Während viele Menschen durch die erratische Klimapolitik der Grünen immer mehr verunsichert wurden, tauchten auf einmal junge Männer und Frauen in roten Westen auf und klebten sich auf die Straße, auf Landebahnen und beschmierten das Denkmal des Grundgesetzes mit Farbe. Sie nannten sich *Letzte Generation*.

Für die *Letzte Generation* ging die Klimarettung zu langsam, sie sah ihren Protest als Notwehr gegen den Klimakollaps und wollte das Leben deshalb im Jetzt stoppen, um darauf aufmerksam zu machen.

Das Problem: Sie blockierten auch Menschen, die täglich zur Arbeit fuhren, Menschen, die in ihren verdienten Urlaub fahren wollten, Menschen, die in täglicher Arbeit versuchten, über die Runden zu kommen.

Während die *Letzte Generation* über ihre Kanäle in ihrer Blase ihre Aktionen feierte, war die Mehrheit der Menschen von den Jungen und Mädchen in roten Westen nur noch genervt. Angefeuert wurde das von der *Welt* und *Bild*, die über »die Klimakleber« mit immer größerer Verachtung berichteten. Zudem wurde eine Sozialneiddebatte angefeuert, denn die meisten der *Letzten Generation* waren aus gutem Hause. Eine perfekte Welle für die AfD, den Zorn der Menschen in ihre Partei zu kanalisieren.

Welch desaströse Auswirkungen die Aktionen der *Letzten Generation* hatten, zeigt eine Statistik, die sich auf der Website des Vereins *More in Common* findet, der versucht die Gründe für die gesellschaftliche Spaltung zu erforschen. Sie zeigt die Zustimmung für die Klimabewegung 2021 und zudem für 2023, also in dem Zeitraum, in dem die *Letzte Generation* sich mit

roten Westen auf die Straße klebte. Über 65 Prozent der Bevölkerung unterstützte 2021 die Ziele der Klimabewegung wie *Fridays for Future*. 2023 sind es nicht einmal mehr 34 Prozent. Selten hat das Image eines wichtigen Anliegens in kurzer Zeit so verloren. Die Statistik von *More in Common* wurde dafür kritisiert, dass die Befragung und deren Zeitpunkt das Ergebnis nicht richtig wiedergebe. Doch selbst wenn diese zutreffen sollte: ein gewisser Verfall der Unterstützung für Klimaziele und die Generativität über die Aktionen der *Letzten Generation* waren zu beobachten.

Die woke Überdrehtheit

Zu der Verunsicherung wegen der Klimapolitik kam über die emanzipatorische Linke eine weitere. Auf einmal tauchten in Zeitungstexten Doppelpunkte auf, und manche Nachrichtensprecherin machte Pausen in den Worten, um Geschlechtergerechtigkeit sprachlich auszudrücken. Das generische Maskulinum sollte seinen Rang verlieren.

Doch Sprache ist eine sensible Sache. Viele Menschen fühlten sich von der aufoktroyierten Sprachveränderung erst verwirrt und dann verärgert. Hinzu kamen Sprachverbote. Eine grüne Politikerin musste sich entschuldigen, weil sie sagte, sie hätte sich an Karneval gerne als Indianerin verkleidet. Bekannte und geliebte Kinderbücher wie *Pippi Langstrumpf* oder *Jim Knopf* werden umgeschrieben, weil dort Worte vorkommen, die nach Ansicht einiger Akademiker und Aktivisten Rassismus und Unterdrückung Vorschub leisten.

Die linke Identitätspolitik begann, Individuen in ein Kollektiv aus Herkunft, Hautfarbe und Abstammung zu drücken. Nur Menschen mit der richtigen Hautfarbe oder dem richtigen Geschlecht sollten bestimmte Rollen spielen können oder bestimmte Gedichte übersetzen dürfen. Dazu ein Gedanke. Am 6. Januar ziehen in katholischen Gegenden als Drei Könige verkleidete Kinder von Haus zu Haus. Früher war einer der König schwarz geschminkt. Das würde heute nicht mehr gehen, es würde als »blackfacing« kritisiert. Dabei wird der Mann mit schwarzer Hautfarbe keinesfalls diskriminiert. Er ist nicht der Unterdrückte, sondern einer der Könige. Er bringt Weihrauch und Myrrhe, kostbare Geschenke. Die Geschichte der drei Weisen ist keine

Geschichte von Rassismus und Unterdrückung. Im Gegenteil, die Drei Heiligen Könige sind die erste diverse Truppe im Abendland.

Auch hier wollte eine bildungsprivilegierte Minderheit den Menschen Verhaltensregeln vorschreiben. Das stieß erst auf Unverständnis, dann (auch befeuert von konservativen und rechten Propagandisten) auf Ärger und auch auf Wut. Ein Geschenk für die AfD, die dieses Feld perfekt bespielt. Natürlich haben diese Diskussionen ihr Recht – aber in der gegenwärtigen Lage ist es ratsam, sich erst auf die Gefahr, die von der AfD ausgeht, zu konzentrieren und ihr keine weiteren Vorlagen zu liefern.

Den Ansehensverlust der Ampel nutzte die AfD 2023 dann zudem bei der Setzung ihres zentralen völkischen Themas: der Angst vor Flüchtlingen und Überfremdung. Dafür gab es auch einen Hintergrund. Im Laufe des Jahres 2023 stiegen die Flüchtlingszahlen um über 100000 auf 351915 Menschen an, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angibt. In den Kommunen klagten die Funktionsträger parteiübergreifend über Überlastungen. Die Ampelparteien hofften, das Problem irgendwie auszusitzen, da sie mit den anderen Themen von Kernkraft bis Wärmepumpe beschäftigt waren.

Und hier kommt die CDU ins Spiel. Deren Vorsitzender Friedrich Merz hoffte in dieser Lage punkten zu können und setzte auf eine gefährliche Tonlage. Am 11. Januar 2023 nannte er in der Talkshow von Markus Lanz Jungen mit Migrationshintergrund »kleine Paschas«. Bei der Welt-Talkshow am 27. September 2023 machte der CDU-Chef über Flüchtlinge folgende Aussage: »die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die Deutschen kriegen keine Termine.«

Friedrich Merz machte so die Flüchtlinge zu Konkurrenten der »Deutschen« und bediente damit genau die Spaltung der Gesellschaft in »Fremde« gegen »Eigene«, auf die das völkische Konzept von Ideologen wie

Götz Kubitschek und Martin Sellner beruht. Mit solchen Sätzen rechtfertigen AfD-Politiker ihre Forderung nach »Remigration«. Solche pauschalen Angriffe gegen Flüchtlinge sehen die Krahs und Höckes in der AfD als Ermutigung, die Schraube weiterzudrehen. Denn mit solchen Behauptungen verschieben Friedrich Merz und andere Parteikollegen den »Raum des Sagbaren« in die völkische Ecke. Genau das will der Ideologe der Identitären Bewegung Martin Sellner, wenn er von »Metapolitik« spricht.

Hier wäre also eine Brandmauer wichtig, die auch klar aus dem Adenauer-Haus kommuniziert werden müsste. Die Brandmauer wird nicht brechen, wenn in irgendeinem Rathaus die AfD mal für einen CDU-Antrag stimmt oder die CDU für einen der AfD; die Brandmauer wird aber niedergerissen, wenn die CDU sich nicht von den »ethnokulturellen« Reinheitsphantasien in der AfD glasklar absetzt. Die CDU und auch Friedrich Merz können natürlich strengere Regeln bei der Flüchtlingsaufnahme und dem »Bürgergeld« in Deutschland fordern, das ist Teil einer notwendigen Debatte in einer Demokratie, dazu mehr im nächsten Kapitel. Die Union darf dabei aber nicht in die Falle tappen, die ihnen die völkischen Ideologen stellen. Denn eines ihrer Ziele hat das AfD-Vorstandsmitglied Maximilian Krah auch offen formuliert: die Zerstörung der CDU.

Kapitel 10

Die Chance der Union und die Möglichkeiten der anderen Parteien

Westbindung gegen Russland

Die Entgrenzung der AfD zur Partei der Vertreibung und zur Partei Russlands bietet vor allem der Union aus CDU und CSU die besten Möglichkeiten, sich mit ihr politisch so auseinanderzusetzen, dass sie die bürgerliche und konservative Wählerschaft nicht nur an sich bindet, sondern auch diejenigen wieder zurückgewinnen könnte, die aus Protest und Unzufriedenheit dazu neigen, der AfD bei den nächsten Wahlen die Stimme zu geben.

Die Brandmauer gegen die AfD bedeutet nicht, dass die CDU und CSU keinen klaren Oppositionskurs fahren können. Die Radikalisierung der AfD gibt der Union vielmehr eine Chance. Sie kann sich inhaltlich gegen die rassistischen Pläne in der Putin-AfD stellen und gleichzeitig für bürgerlich-konservative Positionen gegen die Ampel streiten.

Dazu ein kurzer historischer Rückblick: Wie schon einmal kurz erwähnt, bot 1952 der sowjetische Gewaltherrscher im Kreml, Josef Stalin, mit der »Stalin-Note« der Bundesregierung unter dem Kanzler Konrad Adenauer (CDU) die Wiedervereinigung an. Dafür verlangte Stalin die Neutralität Deutschlands. Der deutsche Kanzler wies dieses vergiftete Angebot zurück und setzte weiter auf die Westbindung mit den USA, Frankreich und Großbritannien. Adenauer lehnte das Danaergeschenk aus Moskau ab, weil er wusste, dass ohne die atlantische Bindung ein wiedervereinigtes

Deutschland und dann Europa gleichsam unter die Herrschaft der Sowjetunion fallen würden.

Diese politische Entscheidung war damals in der noch jungen Bundesrepublik, wenige Jahre nach dem Untergang von Nazideutschland und dem Ende des Zweiten Weltkrieges, alles andere als unumstritten. Teile der Rechten, aber auch einige Sozialdemokraten wollten die »Stalin-Note« nicht so ohne Weiteres zurückweisen. Adenauer setzte sich durch und legte damit den Grundstein für die Westbindung, die der Bundesrepublik in den darauffolgenden Jahrzehnten Freiheit, Wohlstand und Sicherheit bescherte und nach dem Sieg im Kalten Krieg 1990 die Wiedervereinigung ermöglichte.

Ein Jahr nach der »Stalin-Note«, also 1953, führte Adenauer einen aggressiven Wahlkampf für die Westbindung. Bekannt ist das Plakat mit dem Slogan »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau«. Das Plakat wirkt bedrohlich, rote Streifen führen in das Gesicht eines Sowjetoffiziers, von dem nur die Augen unter einer Uniformmütze zu sehen sind.

Adenauers Strategie ging auf, die CDU erhielt zweistellige Zuwachsraten und wurde mit 45 Prozent deutlich stärkste Kraft im Bundestag in der damaligen Hauptstadt Bonn.

Seither ist die Westbindung das Kernelement der Politik der Unionsparteien. In einer Zeit, in der Russland Krieg gegen Europa führt und sich die AfD auf die Seite des Kremls stellt, wäre es für die CDU ein Leichtes, dieses Plakat mit einer leichten Änderung für die politische Auseinandersetzung zu nutzen: Alle Wege der AfD führen nach Russland. Auch würde ein anderer Slogan aus Adenauers Wahlkampfkiste passen: »Wir wählen die Freiheit«.

Diese Aussage würde vielleicht auch in den neuen Bundesländern funktionieren, wenn den Menschen klar und deutlich gesagt würde, was die Russlandnähe der AfD und ihrer Funktionäre wirklich bedeutet. Die AfD-Granden Maximilian Krah, Tino Chrupalla und Björn Höcke scheuten sich nicht, nach dem russischen Spionageangriff mit den sogenannten »Taurus-Leaks« Anfang März 2024 dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im Propagandakrieg gegen Deutschland Schützenhilfe zu geben. Sie fielen Deutschland damit in den Rücken – und das ist für eine politische Kraft, die sich selbst als »patriotisch« bezeichnet, mehr als unpassend.

Auch müsste die Union den Menschen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen offensiv erklären, welche persönlichen Konsequenzen es hätte, sollte die Partei sich mit dieser Russlandpolitik durchsetzen. Deutschland und Europa würden unter russische Dominanz fallen. Freiheit, Wohlstand und Sicherheit wären dahin. Morde wie im Berliner Tiergarten wären dann vielleicht keine Ausnahme. Die Westbindung gegen die »multipolare Weltordnung« der AfD ist leicht zu übersetzen mit »Miami« oder »Sibirien«. Und auch ein Großteil der Menschen in den neuen Bundesländern würde trotz aller möglichen Nostalgie zu der deutsch-sowjetischen Freundschaft kaum wieder in ein politisches Leben zurückwollen, das von einem Herrscher aus dem Kreml dominiert wird. Die Union müsste all das in der Auseinandersetzung mit der AfD nur deutlich genug benennen. Das Muster für das Wahlplakat liegt dafür schon im Archiv des Konrad-Adenauer-Hauses.

Wie klar sich auf die Westbindung setzen lässt, hat gerade im zurückliegenden Europawahlkampf die Europäische Volkspartei (EVP) gezeigt, die eine Brandmauer hochgezogen hat. Der Chef der bürgerlichen Fraktion im Europaparlament, CSU-Politiker Manfred Weber, fordert »Einstieg in europäische Armee«, wie der Nachrichtensender *n-tv* am

2. Februar 2024 berichtete. Das war ein klarer Konter gegen die AfD, denn sie lehnt in ihrem Europaprogramm für 2024 eine gemeinsame europäische Armee ab und will sogar, dass die US-Soldaten das Land verlassen.

»Die AfD lehnt eine europäische Armee ab und hält an einer umfassend befähigten Bundeswehr als Eckpfeiler deutscher Souveränität fest. Mit einer starken eigenen Streitkraft kann Deutschland in die Lage versetzt werden, die amerikanischen Streitkräfte mittelfristig auf deutschem Boden abzulösen.«

Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und den Spionageattacken auf die Bundeswehr kann dieser Satz im AfD-Programm nur als eine Einladung für den Kreml verstanden werden, sich Europas zu bemächtigen.

Geregelte Einwanderung versus Vertreibung

Auch die Vertreibungspläne führender AfD-Politiker bieten der CDU und CSU die Möglichkeit, offensiv gegen diese entgrenzte Partei vorzugehen und im konservativ-bürger-lichen Lager zu punkten.

Die Forderung nach einer geregelten Einwanderung und die ökonomischen Grenzen der Aufnahme sind etwas anderes als die zutiefst rassistische Idee eines monoethnischen Staates, der auch Menschen mit Migrationshintergrund durch die »Remigrationspläne« der Identitären Bewegung und AfD-Politiker wie Björn Höcke oder Maximilian Krah bedroht; Menschen, die seit Generationen und Jahrzehnten hier leben und Teil unserer Bürgergesellschaft sind.

Die Union sollte offensiv dagegen kämpfen, dass die AfD das Wort »Abschiebung«, welches den Umgang mit Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung beschreibt, ersetzt durch »Remigration«, die 25 Millionen Menschen in unserem Land bedroht, wie es der AfD-Europapolitiker Krah aus Sachsen in seinem Buch beschreibt.

Die Union sollte dagegen kämpfen, dass über den Begriff der »ethnischen Wahl« die Staatsbürger mit Migrationshintergrund als kollektiver Feind diffamiert werden; dies widerspricht dem Konzept des souveränen Staatsbürgers gleich welcher Hautfarbe und Religion.

Die Union sollte dagegen kämpfen, den Begriff der Integration gegen den Begriff der »Assimilierung« zu tauschen, wie es die Identitäre Bewegung und der Spitzenkandidat der Europawahl, Maximilian Krah, wollen. Ein

Mensch, der sich in diesem Staat an die Gesetze hält, arbeitet, Steuern zahlt, als Single oder in Partnerschaft lebt oder eine Familie versorgt, kann in den Hindutempel, die Moschee, die Synagoge, die Kirche oder sonst wohin gehen, ohne dass der Staat sich einzumischen hat.

Natürlich soll nicht nur die Union gegen die AfD kämpfen – aber sie hat die größten Chancen, AfD-Wähler für sich zu gewinnen.

Die AfD versucht, die Einwanderungskonzepte der Union mit der rassistischen Ideologie der »ethnokulturellen Identität« zu verwischen – dem sollten Akteure aus der CDU und der CSU nicht auf den Leim gehen, sie sollten die Unterschiede klar herausarbeiten. Denn wie die Russlandnähe führen rassistische Vertreibungspläne unser Land in den Abgrund.

Die SPD muss zurück zur Kernwählerschaft

Vor allem die SPD hat in den letzten zwei Jahren Stimmen in ihren klassischen Hochburgen wie dem Ruhrgebiet oder in den Industriegebieten in Hessen und in Bayern verloren. Diese müssen sie nun mit klassischer sozialdemokratischer Politik wieder zurückgewinnen.

Hier sollte die SPD sich vor allem auf die Interessen der Menschen konzentrieren, die im unteren und mittleren Lohnbereich tätig sind, ihnen muss von dem verdienten Lohn mehr vom Brutto übrig bleiben. Das würde helfen, eine Neiddebatte, die nur der AfD nutzt, zu verhindern.

Auch bieten die Vertreibungspläne führender AfD-Politiker der SPD die Möglichkeit, die deutschen Staatsbürger mit migrantischem Hintergrund anzusprechen. Denn anders als Sellner mit seiner »ethnischen Wahl« behauptet, neigen im Ruhrgebiet viele türkischstämmige Wähler dazu, für die AfD zu stimmen. Die SPD könnte nun diese Menschen direkt ansprechen, zeigen, welche Gefahr von der AfD ausgeht.

Des Weiteren kann den Werktätigen sehr anschaulich erklärt werden, was EU-Feindschaft für deren Arbeitsplatz und Wohlstand bedeutet. Ein Blick nach Großbritannien zeigt den wirtschaftlichen Verfall, den die Brexit-Entscheidung dort nach sich zog.

Die Grünen

Die Grünen sind außerhalb der grünen Kernwählerschaft das Schreckgespenst für AfD-Wähler. Daher sollten sie sich darauf konzentrieren, dass ihre Wählerschaft aktiv zur Wahl geht und nicht zu Hause bleibt.

Die FDP, die Möglichkeit einer bürgerlichen Mehrheit

Der FDP könnte bei der nächsten Bundestagswahl das Aus drohen. In den Umfragen kratzt sie an der Fünf-Prozent-Hürde. Allerdings haben die Liberalen einen interessanten Joker. Durch die Fragmentierung der Parteienlandschaft könnte es passieren, dass nur fünf Parteien in den Bundestag kommen. Eine Forsa-Umfrage vom 5. März 2024 zeigt ein solches Bild. Die CDU hätte 31 Prozent, die SPD 15, die Grünen 14, die AfD 17 und die FDP 5.

Nach dieser Umfrage wären das Bündnis Sahra Wagenknecht, die Linke und die Freien Wähler nicht vertreten. Zusammen mit den Sonstigen wären damit immerhin 18 Prozent der Wähler nicht durch Parteien im Bundestag repräsentiert.

Eine bürgerliche Mehrheit aus Unionsparteien und FDP wäre folglich mit lediglich 42 Prozent der Stimmen zu erreichen. Nach der Forsa-Umfrage liegen CDU/CSU und die FDP im März 2024 zusammen bei 36 Prozent. Sie benötigten lediglich sechs Prozent für eine Neuauflage einer schwarz-liberalen Koalition. Viele jetzige Unterstützer der AfD wollen auf keinen Fall die Grünen weiter in der Bundesregierung sehen. Die Vertreibungspläne führender AfD-Politiker und die Russlandpolitik hat die AfD so radikaliert, dass sie für die Unionsparteien kein Partner sein kann. Der FDP könnte das als Wahlslogan dienen: Jede Stimme für die AfD verhindert eine bürgerliche Mehrheit in den Parlamenten.

Kapitel 11

Gebt Aussteigern aus der AfD eine Chance

Die Radikalisierung der AfD zu einer Partei Russlands und die Vertreibungspläne führender AfD-Politiker missfallen auch vielen ihrer eigenen Mitglieder, Mitarbeiter und Funktionäre. Sie finden Aussagen von Helferich, Krah, Höcke oder Chrupalla unerträglich und denken darüber nach, aus der Partei auszutreten. Sie scheuen diesen Schritt aber, denn sie wissen, dass die Welt da draußen ihnen die Mitgliedschaft in der AfD nicht verzeihen wird.

Eine Person, die mit der Radikalisierung und vor allem mit der Russlandnähe der AfD hadert, sagte dem Autor in einem vertraulichen Gespräch sinngemäß: Wenn du in der AfD bist, bist du für die anderen Menschen ein Nazi, aber du hast in der AfD ein Netzwerk, Freunde und Bekanntschaften und oft auch eine berufliche Perspektive. Verlässt du die AfD, verlierst du dieses Netzwerk. Für die ehemaligen Freunde und Bekannten aus der AfD bist du ein Verräter, und deine beruflichen Perspektiven innerhalb der Partei sind zerstört. Du bist alleine. Die Welt draußen verzeiht dir die Mitgliedschaft und die Arbeit für die AfD nicht, für sie bleibst du ein Nazi.

Seit der Gründung der AfD vor elf Jahren haben viele, auch hohe Funktionäre, die Partei verlassen, weil sie ihnen zu radikal wurde, z.B. Bernd Lucke, Konrad Adam, Frauke Petry, Marcus Pretzell und Jörg Meuthen. Den meisten gelingt keine Wiedereingliederung in das vorherige Leben. Als der Wirtschaftsprofessor Lucke eine Vorlesung an seiner früheren Universität in Hamburg halten wollte, wurde er ausgebuht. Viele von denjenigen, die die Partei verlassen haben, stehen vor dem Problem, wegen ihrer AfD-Vergangenheit gesellschaftlich und beruflich neu anfangen

zu müssen. Oftmals gelingt das nicht. Sie bleiben am gesellschaftlichen Rand.

Als Jörg Meuthen am 28. Januar 2022 die AfD verließ, interviewte ihn exklusiv die ARD für die *Tagesschau*. Der ehemalige Vorsitzende erklärte die Gründe für seinen Ausstieg mit der Radikalisierung der Partei, aber der Journalist beharrte immer wieder darauf, dass Meuthen als jahrelanger Vorsitzender der AfD genau dafür die Verantwortung trage. Das Publikum gewann den Eindruck, dass der Erklärung von Meuthen für den Ausstieg nicht zu glauben sei.

Der ARD-Kollege hatte, was Meuthens Mitverantwortung angeht, in der Sache natürlich recht. Meuthen war seit 2015 Co-Vorsitzender der AfD, er hat den Schulterschluss mit Björn Höcke versucht, vielleicht hat er gedacht, er könne mit dem völkischen Flügel kooperieren, und hat dabei seine Macht und seinen eigenen Einfluss überschätzt. Aber wahr ist auch, dass er ungeachtet dessen offenbar irgendwann erkannt hat, dass er die Radikalisierung der AfD nicht mehr mittragen kann, und sich zum Ausstieg entschlossen hat.

Das enthebt Meuthen, um es noch mal zu betonen, nicht der Verantwortung, die er für die Radikalisierung der Partei trägt. Aber es zeigt, dass er es dann doch geschafft hat, auf die Bremse zu treten und den Wagen zu verlassen. Dieser Schritt hätte auch journalistisch gewürdigt werden können. Das geschah bei diesem Interview aber nicht.

Die Bundesrepublik hat es in ihrer Geschichte immer wieder möglich gemacht, viele Menschen in die demokratische Gesellschaft zu integrieren, deren politische Überzeugung der demokratischen Grundordnung widersprach. Viele von ihnen waren sogar aktive Helfer und Unterstützer der Naziherrschaft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte die Bundesrepublik ja kaum alle Menschen, die zuvor Hitler zugejubelt hatten und die für das Naziregime an verschiedenen Positionen tätig waren, einfach übergehen. Viele von ihnen musste die neue Bundesrepublik übernehmen. Für zahlreiche Zeitzeugen ging diese Übernahme zu reibungslos, und es ist sicher kaum erträglich, dass ein Mensch, der an Standgerichten in der Nazizeit beteiligt war, wie Hans Filbinger, in der Bundesrepublik Ministerpräsident von Baden-Württemberg wurde. Und es war für die junge Bundesrepublik wichtig, dass Filbingers Rolle in der Nazizeit aufgedeckt und diskutiert wurde.

Vielleicht ist aber auch gerade das eine der ganz großen Leistungen der Bundesrepublik gewesen: dass diese vormaligen Nazis in die Gesellschaft aufgenommen wurden, ohne dass sie den demokratischen Aufbau gefährden konnten. Dieses Experiment gelang allerdings gewiss nur deshalb, weil die Alliierten in der Bundesrepublik über die Einhaltung der demokratischen Regeln wachten.

Die Übernahme eines Großteils der Funktionselite aus der Nazizeit in die Bundesrepublik Deutschland unter Bundeskanzler Konrad Adenauer ist sicher eines der umstrittensten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte. Aber sie hat die demokratische Entwicklung des Landes nicht verhindern können.

In der 1968er-Bewegung radikalisierten sich viele Jugendliche mit linksextremen Ideen. Studenten trugen Mao-Bibeln unter dem Arm, zeigten sich von Nordkorea oder Pol Pot in Kambodascha fasziniert, einem Mann, der Millionen Menschen ermorden ließ. In den 1980er- und 1990er-Jahren war es für viele frühere Anhänger dieser linksextremen Ideen möglich, in der Bundesrepublik eine bürgerliche Existenz aufzubauen. Die Grüne Partei sammelte viele dieser Menschen in ihren Reihen und gilt heute, in Zeiten

des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, als einer der wichtigsten Befürworter der Westbindung, obwohl sie in ihrer Gründungsphase den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO gefordert hatte.

Nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung fanden viele ehemalige SED-Mitglieder über die PDS, die sich dann in der neuen Partei DIE LINKE auflöste, den Weg in die neue demokratische Realität der Bundesrepublik.

Dreimal zeigte sich die Gesellschaft der Bundesrepublik also in der Lage, Menschen die Ankunft oder die Rückkehr in die demokratische Mitte zu ermöglichen.

Vielleicht sollte sie diese Fähigkeiten auch bei Menschen entwickeln, die sich durch die Radikalisierung der AfD in der Partei mittlerweile unwohl fühlen, selbst wenn diese vormals viele ihrer Thesen teilten und die eine oder andere Aussage getätigt haben, die einem Anhänger der bürgerlichen Mitte die Haare zu Bergen stehen lässt.

Die Möglichkeit zur Rückkehr in die Demokratie ist auch die Stärke einer Demokratie; wenn sie diese Möglichkeit nicht bietet, schafft sie eine Wagenburgmentalität. Diese kann geöffnet werden. Und vielleicht werden dann einige Mitglieder und Funktionsträger aus der AfD in die Mitte zurückkommen, und vielleicht werden einige berichten, was in der Partei der Entgrenzung vor sich geht und was in den Hinterzimmern gedacht und geplant wird.

Kapitel 12

Die Bewährungsprobe – Was tun angesichts eines möglichen Siegeszugs der AfD

Versuchen wir es mal mit guter Politik: Ein Appell

Bei zentralen Fragen beharken sich die Koalitionspartner Grüne und FDP, und wenn sich beide bei Themen wie der Bewertung der militärischen Hilfe für die Ukraine oder der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern einig sind, blockiert Kanzler Olaf Scholz sie höchstpersönlich.

Von der anfänglichen Dynamik der »Fortschrittskoalition« und den disziplinierten Koalitionsverhandlungen, von denen außer den berühmten Selfies wenig nach außen drang, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Von einem immer wieder versprochenen Neustart ist bisher nichts zu spüren. Für das Land, aber auch für die Parteien in einer Regierungskoalition ist es nicht gut, wenn als einzige Klammer die Angst herhalten muss, bei vorgezogenen Neuwahlen unterzugehen.

Es ist an der Zeit, dass sich die demokratischen Parteien endlich um die Sorgen kümmern, die Menschen dazu bringen, mit ihrer Stimme für die AfD »der Politik da oben« einen Denkzettel zu verpassen. Das Konzept der Protestwahl scheint offenbar zu funktionieren. Die Stimme für die AfD gibt dem enttäuschten Wähler das Gefühl, etwas mit seiner Stimmabgabe auslösen zu können, und wenn es nur die hilflose Empörung der anderen Parteien oder die warnenden Kommentare in Radio, Fernsehen oder Medien sind.

Wenn die AfD Wahlen gewinnt oder einen Landrat in einem Gebiet stellt, von dem zuvor die Republik noch nie gehört hat, ist wenigstens die

Aufmerksamkeit sicher.

Die Entgrenzung der AfD ist allerdings zu weit fortgeschritten, als dass sie noch als Denkzettelpartei tolerierbar wäre. Sie ist eine Partei der Vertreibung, der Parteinahme für Russland und der Relativierung der Menschenrechte geworden, und die Folgen für unser Land, sollte die AfD jemals politische Verantwortung bekommen, wären katastrophal. Für die Sicherheit, für die Freiheit und für den Wohlstand der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Daher liegt die Verantwortung nun bei den Wählern. Sie müssen verstehen, dass Wahlen in Demokratien Konsequenzen haben, und sie müssen verstehen, dass die AfD auch wirklich das umsetzen wird, was ihre Funktionäre in Hinterzimmern und Gasthäusern besprechen oder zum Teil auch öffentlich sagen.

Die Parteien, sowohl die in der Regierung als auch die in der Opposition, müssen Angebote machen, die das Problem lösen. Das Buch hat nicht den Anspruch, den nächsten Koalitionsvertrag zu schreiben. Aber hier sind drei Themenfelder, die vielleicht Menschen wieder für Politik und für das Land begeistern könnten.

Bildung

Kitas und Grundschulen sind wichtig, damit sich Kinder gut entwickeln, und auch, damit Integration von Kindern mit Migrationshintergrund funktionieren kann. Gut ausgestattete Kitas und Schulen befähigen Menschen gleich welcher Hautfarbe und Herkunft, die Fähigkeiten zu erlangen, einen Beruf zu erlernen, zu studieren und so Teil der

Bürgergesellschaft in einer Demokratie zu werden. Der Erfolg der Integration beginnt in den Kitas und Schulen und nimmt den selbst ernannten rassistischen Bewahrern einer »ethnokulturellen Identität« den Wind aus den Segeln. Aber ausgerechnet da ist Deutschland schlecht aufgestellt. Der Soziologe Aladin El-Mafaalani, Autor des Buches *Das Integrationsparadox*, warnt seit Monaten in der *taz*, in der *Zeit* und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor dem Verfall von Kitas und Schulen. »Es gibt keinen Plan, keine Idee für Integration«, »die Infrastruktur bröckelt«, »die Hütte brennt«.

Geringverdiener

Was machen mit Geringverdienern, von deren Bruttolohn nach Abzug der Sozialkosten kaum mehr übrig bleibt als einem Bezieher von Bürgergeld, der über Schwarzarbeit etwas dazu verdient? Warum wird nicht darüber diskutiert, die Sozialkosten für die unteren Gehaltsgruppen auszusetzen, damit die Menschen tatsächlich mehr vom Brutto haben. Damit wäre das Lohnabstandsgebot eingehalten. Die Idee: Die ersten 300 Euro des Arbeitnehmeranteils müsste ein Angestellter oder Arbeiter nicht mehr zahlen. Für eine Familie mit zwei Beschäftigten würde das bedeuten: Sie hätten 600 Euro mehr vom Brutto jeden Monat auf dem Konto. Das würde Leute, die arbeiten könnten, aus dem Bürgergeld locken und für Geringverdiener viele Probleme lösen. Die Neiddebatte der AfD wäre beendet.

Sicherheit und Sauberkeit

Wer sich Sicherheit und Sauberkeit auf Straßen und öffentlichen Plätzen wünscht, ist kein Nazi. Es ist wichtig, dass der öffentliche Raum geschützt und sauber ist. Der Reiche kann sich in Edelviertel zurückziehen und für die Sauberkeit und Sicherheit selber zahlen. Wenn Straßenzüge, Bahnhöfe und Parks nicht vermüllen und verdrecken, gibt es weniger Gründe, den Rattenfängern zu glauben, die das Lied vom Untergang des Abendlandes anstimmen. Denn das Abendland geht nur dann unter, wenn rassistische Ideologien verwirklicht werden – wie die Geschichte zeigt.

Verbotsverfahren

Der Artikel 21 des Grundgesetzes besteht aus fünf Absätzen:

- (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.
- (2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.
- (3) Parteien, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen. Wird der Ausschluss festgestellt, so entfällt auch eine steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien.
- (4) Über die Frage der Verfassungswidrigkeit nach Absatz 2 sowie über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung nach Absatz 3 entscheidet das Bundesverfassungsgericht.
- (5) Das Nähere regeln Bundesgesetze.

Parteien können von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden, wenn sie verfassungswidrig sind und sie können verboten werden. Das Gesetz macht klar, dass darüber nicht das Parlament oder die Regierung, sondern das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden hat.

Dies wurde ins Grundgesetz geschrieben, da die Väter und Mütter des Grundgesetzes in der Nazizeit die bittere Erfahrung gemacht hatten, dass in der Weimarer Zeit die NSDAP über demokratische Mittel an die Macht kam, die Demokratie aushebelte und dann Krieg, Vernichtung und Tod über Deutschland und Europa brachte. Das sollte sich in der Bundesrepublik, die aus den Trümmern Nazideutschlands entstand, nicht wiederholen. Ist die AfD eine Partei, auf die dieser Verfassungsvorbehalt angewendet werden sollte? Das könnte Gegenstand einer Prüfung werden. Deutschland sollte nicht noch mal Opfer eines »Toleranz-Paradoxes« werden. Und eine Partei, in der führende Mitglieder propagieren, Millionen Menschen aus dem Land zu vertreiben, und die Abschaffung universeller Menschenrechte fordern, ohne dass sich partiointerner Widerstand regt, hat diese Grenze eigentlich überschritten. Darüber muss gesprochen werden. Denn Demokratie und Freiheit sind immer dann gefährdet, wenn die Mehrheit schweigt und Dinge einfach geschehen lässt.

Der politische Diskurs

Vor allem ist der politische Diskurs auf allen Ebenen wichtig: in den Parlamenten, in den sozialen Netzwerken, aber auch in den Büros, in den Gärten und Sportvereinen, bei Freundes- und Familienfeiern. Die AfD hat sich für die Entgrenzung entschieden, sie ist die Partei Russlands und der Vertreibung, und jede Stimme für diese Partei trägt dazu bei, diese extremistischen Träume politische Wirklichkeit werden zu lassen. Darüber müssen wir reden.

Ein Ticket nach Panama

Malen wir schwarz. In Sachsen, Brandenburg und Thüringen wird die AfD stärkste Partei, und es gelingt keine Koalition gegen die AfD. Der frühere US-Präsident Donald Trump gewinnt erneut die Wahl, verabschiedet sich von der Westbindung und zieht sich aus Europa zurück. Die Ukraine, abgeschnitten von der Hilfe aus den USA und Europa, kollabiert, und Russland unterwirft das Land. Die Bundesregierung fällt auseinander, und eine neue Mehrheit ist ohne die Putin-Lakaien AfD und Wagenknecht nicht mehr möglich. Während Putin das Baltikum, Moldawien und Polen bedroht, bilden sich in Frankreich, Österreich, Ungarn und Deutschland prorussische Regierungen. Wenn das alles passiert, ja dann, ja dann, ja dann ist es Zeit, ein Flugticket nach Panama zu lösen. Aber das ist Schwarzmalerei. Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland wird auch diese Bewährungsprobe bestehen und stärker aus dieser Krise hervorgehen.

Quellen

in der Reihenfolge ihres Auftretens; Hauptquellen werden nur beim ersten Auftauchen genannt.

zur Einleitung

Oberverwaltungsgericht Münster (2024): Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten, vom 13. Mai 2024, (https://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/23_240513/index.php)

zu Kapitel 1

Marcus Bensmann, Justus von Daniels, Anette Dowideit, Jean Peters, Gabriela Keller (2024): Geheimplan gegen Deutschland, CORRECTIV vom 10. Januar 2024 (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>)

Martin Sellner (2023): *Regime Change von rechts*, Antaios, Schnellroda
Phil Göbel, Tina Kaiser (2024): Extremist, Hetzer und Posterboy der Neuen Rechten. Wer ist Martin Sellner?, *Stern* vom 10. Januar 2024 (Text wird laufend aktualisiert), (<https://www.stern.de/politik/martin-sellner--aktivist--extremist--poster-boy-der-neuen-rechten-34353196.html>)

Justus Bender (2020): AfD setzt Leiter der »Arbeitsgruppe Verfassungsschutz« ab, *FAZ* vom 21. Dezember 2020,

(<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/machtkampf-in-der-afd-vorstand-setzt-roland-hartwig-ab-17113346.html>)

Gernot Mörig (1977): Heimatreue Jugendarbeit, *Nation Europa*, 27 (9), S.17

Martin Sellner (2024): Der »Geheimplan« von Potsdam, *rumble.com* vom 13. Januar 2024, (<https://rumble.com/v46t93k-mslive-livestream.html>)

Thomas Stadler (2024): Der durchsichtige Versuch, CORRECTIV zu diskreditieren, *Internet-Law* vom 1. März 2024, (<https://www.internet-law.de/2024/03/der-durchsichtige-versuch-correctiv-zu-diskreditieren>)

Martin Sellner (2023): Remigration – Wann sagen es Reichelt und Maaßen?, *Compact* vom 23. November 2023, (<https://www.compact-online.de/sellner-remigration-wann-sagen-es-reichelt-und-maassen-endlich/>)

Martin Sellner (2023): Was tun mit Faesers Passdeutschen?, *Compact* vom 28. Dezember 2023, (<https://www.compact-online.de/was-tun-mit-faesers-passdeutschen/>)

Oliver Das Gupta, Alexander Kauschanski (2024): Warum einbrisantes Tonband Viktor Orbán bedroht, *Spiegel* vom 28. März 2024, (<https://www.spiegel.de/ausland/ungarn-warum-ein-brisantes-tonband-viktor-orban-bedroht-a-69779da5-3624-40bc-8987-aa5a2a63851a>)

Transparency International (2023): CPI 2023: Tabellarische Rangliste, (<https://www.transparency.de/cpi/cpi-2023/cpi-2023-tabellarische-rangliste>)

openjur.de (2022): VG Köln, Urteil vom 13. Oktober 2022 – 13 K 4222/18, (<https://openjur.de/u/2455048.html>)

Gottlieb Mittelberger (2017): *Reise in ein neues Leben*, Das Kulturelle Gedächtnis, Berlin

Alexander Aichele (2021): *Deutsch denken – Die Philosophie der Neuen Rechten*, Springer Verlag 2021

Maximilian Krah (2023): *Politik von rechts – Ein Manifest*, Antaios, Schnellroda

Kai Biermann, Astrid Geisler, Martin Steinhagen, Sascha Vendohr (2024): Eine schreckliche rechte Tischgesellschaft, *Zeit* vom 23. Februar 2024, (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-02/maximilian-krah-afd-republikaner-new-york/komplettansicht>)

David Schraven (2016): Das AfD-Programm entschlüsselt, CORRECTIV vom 14. März 2016, (<https://correctiv.org/top-stories/2016/03/14/das-afd-programm-entschlueselt/>)

AfD (2016): Programm für Deutschland, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf)

Tagesschau (2024): AfD trennt sich von Weidels Referent, *Tagesschau* vom 15.01.2024, (<https://www.tagesschau.de/inland/afd-hartwig-100.html>)

Björn Höcke (2023): AfD Stammtisch Gera, YouTube vom 12. Dezember 2023 (https://www.youtube.com/watch?v=F_IqSKd-2kI)

zu Kapitel 2

AfD (2023): Europawahl Programm 2024, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_---Europawahlprogramm-2024_-web.pdf)

AfD (2014): Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt, Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, (https://www.afd-cottbus.de/wp-content/uploads/2014/07/AfD-Europaprogramm_Langfassung.pdf)

FAZ (2024): Wagenknecht hatte jahrelang E-Mail-Kontakt mit Rechtsextremist Mörig, FAZ vom 18. Januar 2024, (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/sahra-wagenknecht-hatte-jahrelang-e-mail-kontakt-mit-rechtsextremist-moerig-19456749.html>)

Justus Bender (2019): AfD will Europaparlament abschaffen, FAZ vom 13. Januar 2019 (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/parteitag-in-riesa-afd-will-europaparlament-abschaffen-15986474.html>)

ARD Mediathek (2023): Höcke: »Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann, *Phönix* vom 29. Juli 2023
(<https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/hoecke-diese-eu-muss-sterben-damit-das-wahre-europa-leben-kann/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvMzIwOTM3Mw>)

Daniel Friedrich Sturm (2023): Höcke-Zitat zur EU – Historiker zieht Parallel zu »Durchhalteparole der Nazis«, *Tagesspiegel* vom 30. Juli 2023, (<https://www.tagesspiegel.de/politik/historiker-zu-hocke-zitat-parallele-zu-durchhalteparole-der-nazis-10234981.html>)

Guy Chazan (2024): German far-right leader hails Brexit as »model for Germany«, *Financial Times* vom 22. Januar 2024,
(<https://www.ft.com/content/5050571e-79f9-4cb7-991c-093702ec8833>)

Marcus Bensmann (2023): Alternative für Russland: Wie sich die AfD systematisch nach Russland orientiert, CORRECTIV vom 22. September 2023, (<https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2023/09/22/alternative-fuer-russland-wie-sich-die-afd-systematisch-nach-russland-orientiert/>) (In dieser Recherche finden sich Quellen von Hans-Thomas Tillschneider, von Alexander Dugin und zur Friedensresolution des Landesverbandes)

Rainer Rothfuß (2022): Europa am Kipppunkt – China und die Neuordnung globaler Geopolitik – Europas strategische Positionierung in Eurasien, Studie für die ID-Fraktion im Europäischen Parlament vom 21. Dezember 2022, (https://www.joachimkuhs.de/wp-content/uploads/2023/01/China-Geopolitik-Studie_Europa-am-Kipppunkt-Rothfuss.pdf)

DPA (2022): Medwedew träumt von »offenem Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok«, *Welt* vom 5. April 2022,
(<https://www.welt.de/politik/ausland/article238010209/Medwedew-will-offenes-Eurasien-von-Lissabon-bis-Wladiwostok.html>)

Anton Shekhortsov (2022): Vermittler zwischen AfD und Russland, *Tagesschau* vom 29. September 2022, (<https://www.tagesschau.de/investigativ/ochsenreiter-afd-russland-101.html>)

Melanie Amann, Stephan Heffner, Martin Knobbe u.a. (2019): Moskaus Marionetten, *Spiegel* vom 5. April 2019, (<https://www.spiegel.de/politik/moskaus-marionetten-a-259af024-0002-0001-0000-000163282633>)

Markus Günther (2015): Geopolitisches Tamtam, *FAZ* vom 6. März 2015, (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/goldgrund-eurasien-von-dimitrios-kisoudis-13466036.html>)

Tino Chrupalla (2023), X vom 11. Oktober 2023
(https://twitter.com/Tino_Chrupalla/status/1712056218640945390)

Marcus Bensmann (2023): Parteiinterne Kritik am Umgang der AfD-Spitze mit dem Terrorangriff der Hamas gegen Israel, CORRECTIV vom 12. Oktober 2023, (<https://correctiv.org/aktuelles/neurechte/2023/10/12/parteiinterne-kritik-am-umgang-der-afd-spitze-mit-den-terrorangriffen-der-hamas-gegen-israel/>)

Norbert Kleinwächter (2023): Krahs »Politik von rechts« und die Antidemokratie Chinas, (<https://norbert-kleinwaechter.de/wp-content/uploads/2023/07/Krahs-Politik-von-rechts-und-die-Antidemokratie-Chinas.pdf>)

Björn Höcke (2022): Tag der Deutschen Einheit – Meine Rede am 03.10.2022 in Gera, YouTube vom 4. Oktober 2022, (<https://www.youtube.com/watch?v=QVdwdw2gB5Y>)

Spiegel (2023): »Im Bundestag nichts verloren«, *Spiegel* vom 11. August 2024, (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/affaere-um-kremlnahen-afd-mitarbeiter-im-bundestag-nichts-verloren-a-bb250b08-55c2-4fce-96e4-2f1617b2f4bb>)

Marcus Bensmann, Till Eckert (2023): Möglicher Einfluss des FSB auf AfD-Abgeordnete: Fragwürdiger Lobbyist war 2021 im Bundestag, CORRECTIV vom 23. Oktober 2023, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2023/10/23/moeglicher-einfluss-des-fsb-auf-afd-abgeordnete-fragwuerdiger-lobbyist-war-2021-im-bundestag/>)

Marcus Bensmann, Ulrich Stoll (2022): Der russische Angriffskrieg spaltet die AfD vor NRW-Landtagswahl, CORRECTIV vom 10. Mai 2022, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2022/05/10/afd-russland-ukraine/>)

Marcus Bensmann, Till Eckert (2023): Möglicher Einfluss des FSB auf AfD-Abgeordnete: Fragwürdiger Lobbyist war 2021 im Bundestag, CORRECTIV vom 23. Oktober 2023, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2023/10/23/moeglicher-einfluss-des-fsb-auf-afd-abgeordnete-fragwuerdiger-lobbyist-war-2021-im-bundestag/>)

Alexander De CROO (2024): X vom 17. April 2024,
(<https://twitter.com/alexanderdecroo/status/1780625256790552800>)

Maik Baumgärtner, Roman Höfner, Martin Knobbe u.a. (2024): Europäische Politiker sollen Hunderttausende Euro aus Russland bekommen haben, *Spiegel* vom 27. März 2024,
(<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/verdaechtiges-internetportal-voice-of-europe-westliche-geheimdienste-enttarnen-russische-desinformationskampagne-a-338f85ac-1714-4a05-b472-6eoac3678675>)

Welt (2024): »Russische Einflussoperation« – Tschechien setzt Webseite auf Sanktionsliste, *Welt* vom 27. März 2024,
(<https://www.welt.de/politik/ausland/article250780338/Voice-of-Europe-Tschechien-setzt-Webseite-auf-Sanktionsliste.html>)

Marcus Bensmann, Till Eckert, Ruta Jukneviciute (2023): Heimlicher Abstecher. AfD-Politiker vertuscht Reise nach Belarus, CORRECTIV vom 8. Februar 2023, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue->

[rechte/2023/02/08/heimlicher-abstecher-afd-politiker-vertuscht-reise-nach-belarus/](https://www.rechte.de/2023/02/08/heimlicher-abstecher-afd-politiker-vertuscht-reise-nach-belarus/))

Christian Fuchs, Martin Nejehleba, Holger Stark (2024): Neue Indizien belasten AfD-Politiker Bystron, Zeit vom 19. April 2024, (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-04/petr-bystron-afd-russland-zahlungen-voice-of-europe>)

Ann-Katrin Müller, Maik Baumgärtner (2024): AfD-Politiker Bystron soll sich über Stückelung der Geldscheine beschwert haben, *Spiegel* vom 24. April 2024, (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-petr-bystron-soll-sich-ueber-stueckelung-der-geldscheine-beschwert-haben-a-286416d6-bb5f-4f8e-b62d-153de52503fc>)

Maik Baumgärtner, Martin Knobbe u.a. (2024): Videoaufnahmen sollen AfD-Politiker Bystron belasten, *Spiegel* vom 19. April 2024, (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-verdacht-auf-russische-geldzahlungen-videoaufnahmen-sollen-petr-bystron-belasten-a-9722ca66-9ddd-4027-8ea5-b115ac57c9d4>)

Maik Baumgärtner, Jörg Diehl u.a. (2024: FBI befragte AfD-Spitzenpolitiker zu möglichen Zahlungen aus kremlnahen Quellen, *Spiegel* vom 16. April. 2024, (<https://www.spiegel.de/politik/maximilian-krah-fbi-befragte-afd-spitzenpolitiker-zu-moeglichen-prorussischen-zahlungen-a-iae13b75-4368-4732-853b-a1cd50eb7878>)

Florian Flade, Katja Riedel u.a. (2024): AfD-Politiker Krah und seine »Bargeldreserve«, *Tagesschau* (ARD) vom 17. April 2024, (<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-krah-byston-voice-of-europe-russland-100.html>)

Pierre Winkler (2023): Lucassen wirft AfD-Kollegen »Volksverrat« vor, ZDF vom 13. April 2023, (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-lucassen-afd-propaganda-ukraine-krieg-russland-100.html>)

Maik Baumgärtner, Roman Höfner, Martin Knobbe u.a.: Europäische Politiker sollen Hunderttausende Euro aus Russland bekommen haben,

Spiegel vom 27. März 2024,
(<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/verdaechtiges-internetportal-voice-of-europe-westliche-geheimdienste-enttarnen-russische-desinformationskampagne-a-338f85ac-1714-4a05-b472-6eoac3678675>)

zu Kapitel 3

Maik Baumgärtner, Christoph Giesen, Roman Höfner u.a: (2024): Chinas Stasi, ein belgischer Handlanger und Spuren zur AfD, *Spiegel* vom 15. Dezember 2023, (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/wie-chinas-stasi-einen-belgischen-politiker-anwarb-und-spuren-zur-afd-a-3ce67a4d-bbaa-4d39-baf3-7e2bb5b51b74>)

Mark Fehr, Thomas Schmelzer (2017): Die AfD-Frontfrau mit Vorliebe für Döner, *Wirtschaftswoche* vom 25. Juli 2017,
(<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017/alice-weidel-die-afd-frontfrau-mit-einer-vorliebe-fuer-doener/20098840-all.html>)

Laurens Cerulus (2020): »Beijing's influence in European Parliament draws fresh scrutiny«, *Politico* vom 26. November 2020,
(<https://www.politico.eu/article/china-influence-european-parliament-friendship-group/>)

Jonas Mueller-Töwe, Annika Leister, Lars Wienand u.a. (2023): Das China-Gate des AfD-Spitzenkandidaten, *t-online* vom 1. Oktober 2023,
(https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100247784/afd-maximilian-krah-das-geld-aus-china-und-die-geheimdienste.html)

Cornelius Dieckmann, Christoph Giesen u.a. (2024): Wer ist der mutmaßliche Chinaspion im Europaparlament, *Spiegel* vom 24. April 2024,
(<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-festgenommener->)

[mitarbeiter-von-maximilian-krah-wer-ist-der-mutmassliche-china-spion-im-eu-parlament-a-29ff68f8-75c6-4ba1-91c4-1076537f8dc3](https://www.merkel-kontakt.de/mitarbeiter-von-maximilian-krah-wer-ist-der-mutmassliche-china-spion-im-eu-parlament-a-29ff68f8-75c6-4ba1-91c4-1076537f8dc3))

Generalbundesanwalt (2024): Festnahme wegen mutmaßlicher geheimdienstlicher Agententätigkeit, Presseerklärung vom 23. April 2024, (<https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/Pressemitteilung-vom-23-04-2024.html>)

Spiegel (2024): »Werde nicht selbst in Sack und Asche gehen», Spiegel vom 24. April 2024, (<https://www.spiegel.de/politik/maximilian-krah-afd-zuvorwuerfen-gegen-mitarbeiter-werde-nicht-selbst-in-sack-und-asche-gehen-a-e686d17d-4f2c-44bc-82e7-ed77991b144a>)

Christian Fuchs, Astrid Geisler u.a. (2024): Schampus-Max und die Chinesen, *Zeit* vom 24. April 2024 ([https://www.zeit.de/2024/18/\[245\]maximilian-krah-afd-spionage-china/komplettansicht](https://www.zeit.de/2024/18/[245]maximilian-krah-afd-spionage-china/komplettansicht))

Götz Kubitschek (2024): Es geht um Macht und Mehrheit. Nicht um Parolen und China, *Sezession* vom 23. April 2024, (<https://sezession.de/69179/es-geht-um-macht-und-mehrheit-nicht-um-parolen-und-china>)

Martin Sellner (2024): Telegram (Martin Sellner), ab 23. April 2024
Götz Kubitschek (2023): Magdeburg und Wien, Krah und Sellner, die Partei und ihr Vorfeld, *Sezession* vom 31. Juli 2023, (<https://sezession.de/67798/magdeburg-und-wien-krah-und-sellner-die-partei-und-ihr-vorfeld>)

Chan-jo Jun (2024): X vom 23. April 2024, (https://twitter.com/Anwalt_Jun/status/1782829842754314688)

Jonas Mueller-Töwe, Annika Leister, Lars Wienand u.a. (2023): Das China-Gate des AfD-Spitzenkandidaten, *t-online* vom 1. Oktober 2023, (https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100247784/afd-maximilian-krah-das-geld-aus-china-und-die-geheimdienste.html)

Marcus Bensmann (2022): Die AfD und die »Anbiederung an menschenverachtende Regime«, CORRECTIV vom 23. November 2022, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2022/11/23/die-afd-und-die-anbiederung-an-regime-wie-china-russland-und-iran/>)

Alexander Nabert, Frederik Schindler (2022): Während das Mullah-Regime Proteste niederschlägt, wirbt eine AfD-Clique für mehr Handel, Welt vom 17. November 2022, (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article242183401/Iran-Wie-AfD-Leute-fuer-mehr-Handel-mit-dem-brutalen-Regime-werben.html>)

Deutscher Bundestag (2022): Kleine Anfrage vom 20. Juli 2022: Der Iran als Energieproduzent und Energielieferant, (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/028/2002816.pdf>)

Eugen Schmidt (2022), YouTube vom 19. Februar 2022, ([youtube.com/watch?v=Gw1hMKCpvFO](https://www.youtube.com/watch?v=Gw1hMKCpvFO))

Robert Wagner (2023): Lob für Taliban und Nähe zu den Identitären – das ist AfD-Mann Krah, Frankfurter Rundschau vom 2. August 2023, (<https://www.fr.de/politik/afd-maximilian-krah-parteitag-europawahlen-bjoern-hoecke-magdeburg-portraet-92434879.html>)

Severin Weiland (2018): Ach was Syrien, Brasilien ist gefährlicher, Spiegel vom 19. März 2018, (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-politiker-erklaeren-ihre-syrien-reise-zum-assad-regime-a-1198854.html>)

Info-Direkt (2022): Roger Beckamp nach Syrien-Reise: »In weiten Teilen Frieden«, YouTube vom 21. August 2022, (<https://www.youtube.com/watch?v=UCTIlFV-8eQ>)

Bundestag (2023): Humanitäre Katastrophe lindern – Sanktionen gegen Syrien aufheben, vom 9. November 2023, (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/092/2009225.pdf>)

Bundestag (2019): Sanktionen gegen die Arabische Republik Syrien aufheben – Wiederaufbau ermöglichen, vom 12. November 2019, (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/150/1915065.pdf>)

zu Kapitel 4

Ulrike Herrmann (2011): Der Klub der alten Kläger, *taz* vom 1. Juli 2011, (<https://taz.de/!5117381/?goMobile2=1583798400052>)

IDW – Informationsdienst Wissenschaft (1998): UBT-Profis für Euroverschiebung, vom 10. Februar 1998, (<https://idw-online.de/mobile/de/news1767>)

Spiegel (2010): Mitterand forderte Euro als Gegenleistung für die Einheit, *Spiegel* vom 25. September 2010, (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/historischer-deal-mitterrand-forderte-euro-als-gegenleistung-fuer-die-einheit-a-719608.html>)

Rebecca Barth, Marcus Bensmann, Lea Albring (2016): Kruzifix!, Katholiken, Protestanten und die AfD, CORRECTIV vom 15. September 2016, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2016/09/15/kruzifix-katholiken-protestanten-und-afd/>)

Deutschlandfunk (2018): Vor 40 Jahren: Rolf Hochhuth nannte Hans Filbinger »furchtbaren Juristen«, *Deutschlandfunk* vom 17. Februar 2018, (<https://www.deutschlandfunk.de/vor-40-jahren-rolf-hochhuth-nannte-hans-filbinger-100.html>)

Liane Bednarz (2020): Man lasse sich nicht blenden, wenn Rechte sich als »konservativ« bezeichnen, *NZZ* vom 21. Januar 2020, (<https://www.nzz.ch/meinung/man-lasse-sich-nicht-blenden-wenn-rechte-sich-als-konservativ-bezeichnen-ld.1527336>)

Alice Brauner-Orthnen (2001): *Die Neue Rechte in Deutschland*, Leske + Büdrich, Leverkusen.

Jean-Philipp Baeck, Anne Fromm (2024): Braune Eminenz, *taz* vom 26. Januar 2024, (<https://taz.de/Rechtes-Geheimparkett-in-Potsdam/!5985429/>)

Maximilian Krah (2023): Die Zerstörung der #CDU kommt, auf TikTok vom 26. August, 2023, (https://www.tiktok.com/@maximilian_krah/video/7271549710278642976)

Alexander Dugin (2022): Die Eurasische Idee: Ein Weg zur multipolaren Weltordnung, *Compact* vom 25. September 2022, (<https://www.compact-online.de/die-eurasische-idee-ein-weg-zur-multipolaren-weltordnung/>)

Markus Baumgärtner, Martin Knobbe u.a. (2024): Die geheimen Geldgeber des *Compact*-Magazins, Spiegel vom 22. März 2024, (<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-die-geheimen-geldgeber-des-compact-magazins-a-d3b664ff-0a25-44f3-8b31-eaa6534bd50a>)

AfD: Unvereinbarkeitsliste, vom 18. Dezember 2024, (https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/08/Unvereinbarkeitsliste-Mitgliedschaft-AfD-2023_12_18.pdf)

Linda Hinz (2017): Vom Schmuddelkind zum Schattenchef: Wie Höcke sich ins Machzentrum vorarbeitet, *Focus* vom 9. August 2017, (https://www.focus.de/politik/deutschland/bringt-sich-gegen-petry-instellung-vom-schmuddelkind-zum-schattenchef-wie-hoecke-fast-unbemerkt-die-afd-kontrolliert_id_5714448.html)

Ralf Dargent (2015): Wirrer AfD-Politiker hisst Deutschlandfahne bei Jauch, *Welt* vom 19. Oktober 2015, (<https://www.welt.de/vermisches/article147757587/Wirrer-AfD-Politiker-hisst-Deutschlandfahne-bei-Jauch.html>)

Andreas Kemper (2021): Höcke bleibt Ladig, vom 18. August 2021, (<https://andreas-kemper.org/2021/08/18/hoecke-bleibt-ladig/>)

Matthias Meisner (2017): Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden – Björn Höcke Seit' an Seit' mit Neonazis, *Tagesspiegel* vom 14. Februar 2017, (<https://www.tagesspiegel.de/politik/bjorn-hocke-seit-an-seit-mit-neonazis-6878413.html>)

Björn Höcke (2017): Rede Björn Höcke Dresden live bei der Jungen Alternativ AfD – Dresdner Gespräche, YouTube vom 18. Januar 2024, (<https://www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFIs>)

Lars Wienand (2024): Sellner schmiedet Plan für AfD-Geheimdienst, *t-online* vom 5. März 2024, (https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_100347856/martin-sellner-will-afd-geheimdienst-aufbauen.html)

Jonas Miller, Pirmin Breninek (2023): Fall Halemba: Neonazi-Aufkleber bei »Teutonia Prag«, *Bayerischer Rundfunk* vom 10. November 2023, (<https://www.br.de/nachrichten/bayern/fall-halemba-neonazi-aufkleber-bei-teutonia-prag,TvotPFO>)

zu Kapitel 5

Liane Bednarz (2018): *Die Angstprediger*, Droemer, München

Dominik Lenze (2024): Mit dem Umfragehoch fallen die Tabus, *Zeit* vom 9. Februar 2024, (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2024-02/afd-wahlkampf-rassismus-europawahl-maximilian-krah>)

Naika Foroutan (2024): »Deutschland mag uns nicht, egal was wir machen«, *Zeit* vom 10. März 2024, (<https://www.zeit.de/2024/11/afd-migrantische-waehler-bundestagswahl-2025-tiktok/komplettansicht>)

Maximilian Krah (2024): Bürgerdialog in Teterow, YouTube vom 20. Januar 2024, (https://www.youtube.com/watch?v=mP_MY03lNDQ)

Jan Schroeder (2024): AfD Inside Report, *The Pioneer* vom 25. März 2024. (<https://www.thepioneer.de/originals/others/articles/afd-inside-report>)

Friederike Haupt (2024): Weidels Erklärungen reichen Le Pen nicht, *FAZ* vom 8. März 2024, (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/remigration-weidels-erklaerungen-reichen-le-pen-nicht-19570169.html>)

Martin Sellner (2023): TikTok-Patriotismus, Kanal Schnellroda auf YouTube vom 12. Oktober 2023, (<https://www.youtube.com/watch?v=lFDlYmYR-58>)

Erik Ahrens (2023): TikTok von Rechts – Impuls vortrag von Erik Ahrens auf der Sommerakademie 2023, Kanal Schnellroda auf YouTube vom

23. November 2024, (www.youtube.com/watch?v=kDv5ZL_nptQ)

zu Kapitel 6

Marcus Bensmann (2016): Antisemiten für Deutschland, CORRECTIV vom 5. Juli 2016, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2016/07/05/antisemiten-fuer-deutschland/>)

Christian Bangel (2013): Eine beinahe sehr wichtige Partei, *Zeit* vom 23. September 2013, (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/AFD-bundestagswahl>)

Björn Höcke (2015): Asyl: Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS, Kanal Schnellroda auf YouTube vom 12. Dezember 2015, (www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqlQ)

Merkur (2017); Leserbrief aus 2006: So tickte Björn Höcke als Lehrer, *Merkur* vom 21. Januar 2017, (<https://www.merkur.de/politik/leserbrief-aus-2006-so-tickte-heutige-afd-mann-bjoern-hoecke-als-lehrer-zr-7316577.html>)

Erfurter Resolution (2015), (https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/afd_-_die_erfurter_resolution_-_wortlaut_und_erstunterzeichner_-_maerz_2015.pdf)

Marcus Bensmann, Justus von Daniels (2017): Er passt besser in die NPD, CORRECTIV vom 1. Dezember 2017, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/12/01/er-passt-besser-in-die-npd/>)

zu Kapitel 7

Marcus Bensmann, Gabriela Keller, Justus von Daniels (2021): Der Schattenmann, CORRECTIV vom 9. März 2021, (<https://correctiv.org/top-stories/2021/03/09/frauke-petry-ueber-geheime-treffen-der-afd-parteispitze-mit-immobilien-milliardaer/>) (Die im Text erwähnten SMS-

Nachrichten von Frauke Petry und weitere Dokumente finden sich, wenn nicht anders erwähnt, in den CORRECTIV-Recherchen zur Spendenaffäre)

Marcus Bensmann, Gabriela Keller, Jonathan Sachse u.a. (2021): AfD-Spendenaffäre: Das doppelte Spiel, CORRECTIV vom 15. September 2012, (<https://correctiv.org/aktuelles/afd-spendenskandal/2021/09/15/afd-spendenaffaere-dokumente-doppelte-spiel/>)

Marcus Bensmann, Justus von Daniels (2017): AfD-Meuthen und die Spende aus der Schweiz, CORRECTIV vom 29. August 2017, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/08/29/afd-meuthen-und-die-spende-aus-der-schweiz/>)

Marcus Bensmann, Justus von Daniels (2017): Schweizer Plakatgeheimnis, CORRECTIV vom 13. Juli 2017, (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/07/13/schweizer-plakatgeheimnis/>)

Marcus Bensmann, Till Eckert, Gabriela Keller u.a.: Das Facebook-Wunder der AfD und ein »potentieller Unterstützer«, CORRECTIV vom 15. Juni 2021, (<https://correctiv.org/aktuelles/parteispenden/2021/06/15/das-facebook-wunder-der-afd-und-ein-potentieller-unterstuetzer-neue-vorwuerfe-im-afd-spendenskandal-parteispenden-anonym/>)

Markus Grill, Sebastian Pittelkow, Katja Riedel (2018): Spende an AfD floss angeblich um Auftrag eines Dritten, *Süddeutsche Zeitung* vom 17. November 2018, (<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-spende-schweiz-1.4207911>)

Sebastian Pittelkow, Katja Reidel (2021): Strafverfahren im Parteispendenfall um Alice Weidel eingestellt, *Süddeutsche Zeitung* vom 20. September 2021, (<https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-weidel-verfahren-eingestellt-1.5415743>)

Marcus Bensmann, Justus von Daniels (2022): AfD-Spendenskandal: Durchsuchung bei der AfD-Parteizentrale und an weiteren Orten, CORRECTIV vom 28. September 2022, (<https://correctiv.org/aktuelles/afd-spendenskandal-durchsuchungen-bei-afd-partizentrale-und-an-weiteren-orten-1.5415743>)

[spendenskandal/2022/09/28/afd-spendenskandal-durchsuchung-bei-afd-parteizentrale-und-an-weiteren-orten/](https://www.spiegel.de/politik/afd/spendenskandal-durchsuchung-bei-afd-parteizentrale-und-an-weiteren-orten/))

zu Kapitel 8

Marcus Bensmann (2021): Vorwürfe gegen Dortmunder AfD-Kandidat Matthias Helferich, *Ruhrnachrichten* vom 28. Juli 2021, (<https://www.ruhrnachrichten.de/dortmund/vorwuerfe-gegen-dortmunder-afd-kandidat-matthias-helferich-w1658641-2000270259/>)

Oliver Auster (2024): Rechtsextremist Helferich in den Landesvorstand der AfD-NRW gewählt, *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 26. Februar 2024, (<https://www.ksta.de/politik/nrw-politik/afd-landesparteitag-rechtsextremist-helferich-in-den-landesvorstand-der-afd-nrw-gewaehlt-746903>)

Bundestag Plenarprotokoll vom 7. September 2023, darin Rede Helferichs über »Remigration«, (<https://dserver.bundestag.de/btp/20/20119.pdf>)

Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2021 über Christina Baum und »Der Flügel«, (https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/publikationen/Verfassungsschutzbericht_BaWu_2021_Web.pdf)

Main-Echo (2020): Diskussionen über Büro-Schließung der AfD-Abgeordneten Baum, *Main-Echo* vom 19. August 2020, (<https://www.main-echo.de/region/kreis-main-tauber/diskussionen-ueber-buero-schliessung-von-baum-art-7094572>)

Frederik Schindler (2022): Erneut zeigt die AfD, dass sie weder liberal noch konservativ ist, *Welt* vom 19. Juni 2022, (<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus239451469/Parteitag-in-Riesa-Erneut-zeigt-die-AfD-dass-sie-weder-liberal-noch-konservativ-ist.html>)

Henrik Merker (2019): AfD in Schnellroda: Auf ein Bier mit Identitären, *Zeit* vom 21. September 2019, (https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2019/09/21/afd-in-schnellroda-auf-ein-bier-mit-identitaeren_29022)

AfD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017, Passus über Familienpolitik S. 39, (https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/election-program-files/afd_wahlprogramm_btw2017komplett.pdf)

Sven-Felix Kellerhoff, Martin Lutz u.a. (2017): Alice Weidel will Veröffentlichung rassistischer E-Mail stoppen, *Welt* vom 9. September 2017, (<https://www.welt.de/politik/article168489086/Alice-Weidel-will-Veröffentlichung-rassistischer-E-Mail-stoppen.html>)

Martin Lutz, Uwe Müller (2017): AfD-Spitzenkandidatin Weidel spricht nicht mehr von Fälschung, *Welt* vom 16. September 2017, (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article168695526/AfD-Spitzenkandidatin-Weidel-spricht-nicht-mehr-von-Faelschung.html>)

David Gebhard, Julia Klaus (2023): Haben Sie die Mail geschrieben, Frau Weidel?, ZDF vom 1. Februar 2023, (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/weidel-email-afd-10-jahre-100.html>)

Liane Bednarz (2019): Der ultimative Guide für die Radikalisierung der AfD, *Focus* vom 25. März 2019, (https://www.focus.de/panorama/welt/inside-hoecke-der-ultimative-guide-fuer-die-radikalisierung-der-afd_id_10500336.html)

Liane Bednarz (2019): Die Aufstandsfantasien des AfD-Rechtsaußens, *Focus* vom 25. März 2019, (https://www.focus.de/panorama/welt/inside-hoecke-teil-2-die-aufstandsfantasien-des-afd-rechtsaussens_id_10500386.html)

ZDF (2024): Chrupalla nennt Nawalnaja-Rede »Inszenierung«, ZDF vom 20.02.2024, (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/afd-chrupalla->

nawalnaja-rede-tod-nawalny-100.html)

Focus (2024): Björn Höcke schreibt Olaf Scholz einen Brief, lobt ihn für Taurus-Entscheidung, *Focus* vom 28. Februar 2024,
(https://www.focus.de/politik/taurus-lieferungen-bjoern-hoecke-schreibt-olaf-scholz-einen-brief-lobt-ihn-fuer-taurus-entscheidung_id_259714660.html)

zu Kapitel 9

Deutschlandtrend vom 14. April 2023 zum Ausstieg aus der Kernenergie,
(<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3357.html>)

More in Common (2024) über die Akzeptanz der Klimabewegung,
(<https://www.moreincommon.de/klimabewegung/>)

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asylgeschäftsstatistik im Gesamtjahr und Dezember 2023,
(<https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2024/240108-asylgeschaefsstatistik-dezember-und-gesamtjahr-2023.html?nn=284830>)

Marcel Görmann (2023): Flüchtlinge: SPD-Bürgermeister schlägt Asyl-Alarm – »Muss dringend etwas passieren«, *Der Westen* vom 31. März 2023,
(<https://www.derwesten.de/politik/fluechtlinge-asyl-kommunalgipfel-id300473546.html>)

WDR (2023): Bürgermeister vom Radevormwald: Mehr Flüchtlinge: »Nicht verantwortbar«, WDR vom 14. Dezember 2023,
(<https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/radevormwald-protest-gegen-weitere-fluechtlinge-100.html>)

Bernd Stieber (2023): Flüchtlingspolitik mach ratlos, *taz* vom 7. Juli 2023,
(<https://taz.de/Schwaebischer-Buergermeister-aus-Syrien/!5942018/>)

ZDF (2023): »Pascha«-Aussage: Heftige Kritik an Merz – ZDFheute, ZDF vom 11. Januar 2023, (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/merz-pascha-aussage-heftige-kritik-an-merz-100.html>)

[silvester-integration-paschas-lanz-kritik-100.html](#))

Welt Talk (2023): Friedrich Merz: »Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen«, *Welt Talk* vom 27. September 2023, (<https://www.youtube.com/watch?v=oSAZrbEqEvU>)

zu Kapitel 10

Konrad Adenauer Haus, Kalter Krieg, (<https://www.konrad-adenauer.de/seite/kalter-krieg/>)

N-tv (2024), EVP-Chef fordert Einstieg in europäische Armee, n-tv vom 2. Februar 2024, (<https://www.n-tv.de/politik/EVP-Chef-Weber-fordert-Einstieg-in-europaeische-Armee-article24707157.html>)

zu Kapitel 12

Aladin El-Mafaalani (2023): »Die Infrastruktur bröckelt«, *taz* vom 4. November 2021, (<https://taz.de/Soziologe-El-Mafaalani-ueber-Integration/!5968033/>)

Aladin El-Mafaalani (2023): »Die Hütte brennt«, *SWR3* vom 22. August 2023, (<https://www.swr3.de/podcasts/aladin-el-mafaalani-die-huette-brennt-100.html>)

Aladin El-Mafaalani (2023): »Es gibt keinen Plan, keine Idee für die Integration«, *Zeit* vom 15. Dezember 2023, (<https://www.zeit.de/2023/53/integration-schulen-aladin-el-mafaalani-pisa-studie>)

Dank

Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen von CORRECTIV. Ohne sie wären die Recherchen zur AfD und ihrer Entgrenzung nicht möglich gewesen. Besonders möchte ich Justus von Daniels, Anette Dowideit, Gabriela Keller und Jean Peters nennen, der uns den Weg zu der Geheimplan-Recherche gelegt hat. Auch gehört mein Dank Ulrich Stoll vom ZDF, mit dem ich bei den langjährigen Recherchen zum Spendenskandal der AfD und anderen Themen toll zusammengearbeitet habe, und natürlich der Geschäftsführerin von CORRECTIV Jeannette Gusko und Publisher David Schraven, die es mir ermöglichten, dieses Buch zu schreiben.

Dieses Buch war ein Husarenritt, so danke ich besonders dem Verleger Wolfgang Hörner und vielen geduldigen Menschen, die bei der Drucklegung des Buches mitgeholfen haben.

Zum Schluss gehört meiner Familie Dank und vor allem meinem Sohn Jonny, der schon früh lernen musste, dass die Arbeit eines Journalisten sich nicht an Zeitvorgaben hält.



KiWi-NEWSLETTER

jetzt abonnieren

Impressum

© 2024, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten

Covergestaltung: Lisa Neuhalfen

Lektorat: Wolfgang Hörner

ISBN 978-3-462-31327-7

Verlag Kiepenheuer & Witsch GmbH & Co. KG, Bahnhofsvorplatz 1, 50667 Köln

Der Inhalt dieses E-Books ist urheberrechtlich geschützt. Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen der Inhalte kommen. Jede unbefugte Verarbeitung, Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung, insbesondere in elektronischer Form, ist untersagt.

Die Nutzung unserer Werke für Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG behalten wir uns explizit vor.

Alle im Text enthaltenen externen Links begründen keine inhaltliche Verantwortung des Verlages, sondern sind allein von dem jeweiligen Dienstanbieter zu verantworten. Der Verlag hat die verlinkten externen Seiten zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung sorgfältig überprüft, mögliche Rechtsverstöße waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Auf spätere Veränderungen besteht keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.

Schrift Deja Vu: © 2003 by Bitstream, Inc. All Rights Reserved.

Schrift Alegreya/Alegreya Sans: © 2011, Juan Pablo del Peral (juan@huertatipografica.com.ar), with Reserved Font Name »Alegreya«/»Alegreya Sans«

Schrift Unifraktur Maguntia: © 2010–2017 j. 'mach' wust, Gerrit Ansmann, Georg Duffner with Reserved Font Name »UnifrakturMaguntia«. Copyright © 2009, Peter Wiegel.

Schrift Scheherazade: © 1994–2015, SIL International (<http://www.sil.org/>). licensed under the SIL Open Font License, Version 1.1, with Reserved Font Names »Scheherazade« and »SIL«.

Schrift Caveat: © 2015 Google Inc. All Rights Reserved. Licensed under the SIL Open Font License, Version 1.1.

Schrift Special Elite: licensed under the Apache License, Version 2.0.

Facebook, Instagram logo, Tweet, Tiktok and Youtube icons created by Freepik - Flaticon

Hinweise zur Darstellung dieses E-Books

Damit dieses E-Book optimal dargestellt wird, empfehlen wir Ihnen, in den Einstellungen die Verlagsschrift auszuwählen.

Die Wiedergabe von Gestaltungselementen sowie von Trennungen und Seitenumbrüchen kann vom Verlag auf den einzelnen Lesegeräten nicht beeinflusst werden.

Wir können daher leider nicht garantieren, dass auf Ihrem Reader alle Gestaltungselemente wiedergegeben werden. Das betrifft zum Beispiel gesperrte Schrift, die Darstellung von Kapitälchen oder Initialen.

Wenn Seitenzahlen seitlich oder im Text (z.B.: **123**) angezeigt werden, entsprechen sie der Print-Ausgabe (ISBN 978-3-86971-311-3).